235. Ausgabe • 43. Jahrgang Einzel-Nummer 20 Pf. Österreich: 35 Groschen

Bayernausgabe „Freiheit und Brot!" Bayernausgabe

München, Freitag, 3. Oktober 1930

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Herausgeber Adolf Hitler

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Illustrierter Beobachter

30 000 Mark Pension erhält Boeß zum Dank für seine Mißwirtschaft

Die Plädoyers im Reichswehrprozeß — Die Phantasien des Reichsanwalts

Der Kampf um die Ehre des deutschen Soldaten

Der Reichsanwalt als Vertreter eines absterbenden Systems — Der Konflikt zwischen Vaterland und Verfassung — R.-A. Frank beantragt Freisprechung im Reichswehrprozeß

Die Strafanträge gegen die Ulmer Reichswehroffiziere

Leipzig, 1. Oktober.

In dem Prozeß gegen die Ulmer Reichswehroffiziere in Leipzig beantragte der Reichsanwalt gegen alle drei Angeklagten eine Festungshaft von zwei Jahren sechs Monaten unter voller Anrechnung der Untersuchungshaft, ferner beantragte er gegen die Angeklagten Ludin und Scheringer Dienstentlassung. Der Angeklagte Wendt gehört bekanntlich nicht mehr der Reichswehr an.

*

Leipzig, 1. Oktober.

Am 7. Verhandlungstage im Hochverratsprozeß gegen die Ulmer Reichswehroffiziere teilt der Vorsitzende, Reichsgerichtsrat Dr. Baumgarten zunächst mit, daß alle beteiligten Parteien auf weitere Beweisaufnahme verzichtet hätten und daß deshalb in aller Form die Beweisaufnahme geschlossen wurde.

Dann folgt eine Rechtsbelehrung an den Angeklagten Leutnant Scheringer des Inhalts, **daß die Strafverfolgung wegen der Veröffentlichung des in der Verhandlung verlesenen Artikels im „Völkischen Beobachter", der, wie erinnerlich, aus dem Gefängnis auf nicht zu klärende Weise herausgeschmuggelt wurde, zum Gegenstand dieser Verhandlung gemacht werden könne.**

*

Leipzig, 1. Oktober.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weyersberg ergänzte den Strafantrag des Reichsanwalts gegen die Ulmer Reichswehroffiziere aufgrund des Militärstrafgesetzbuches dahin, **daß er gegen den Angeklagten Scheringer wegen Gefährdung der Schlagfertigkeit und Ausbildung der Truppen eine weitere Festungshaft von zwei Monaten forderte, die mit der Hauptstrafe auf zwei Jahre sieben Monate Festung zusammengezogen werden sollen.**

Zum Strafantrag erklärte Reichsanwalt Nagel **rechtlich sei der Tatbestand der Vorbereitung des hochverräterischen Unternehmens erwiesen(?) Auf Zuchthaus könne nicht erkannt werden, weil die Angeklagten nicht aus ehrloser Gesinnung gehandelt hätten, sondern nur, wenn auch aus falschverstandener Vaterlandsliebe heraus.** Es sei also auf Festungshaft zu erkennen. Die Strafe aber dürfe nicht milde sein. Die einzigen Milderungsgründe seien die Jugend der Angeklagten und die Tatsache, daß ihr Unternehmen im Keime erstickt werden konnte.

Der Reichsanwalt betonte, es sei nichts Alltägliches, daß sich Offiziere der Wehrmacht zu verantworten hätten unter der Anschuldigung, einen Sturz der verfassungsmäßigen Reichsgewalt vorbereitet zu haben. Der Reichsanwalt beleuchtete dann zunächst die seelische Struktur der Angeklagten und ging dann auf die psychologische Seite der Reichswehr überhaupt ein. **Die Angeklagten seien von ihren Vorgesetzten als über den Durchschnitt stehende hervorragende Offiziere geschildert worden.** Sie hätten auch sehr lebhaftes politisches Interesse gezeigt. **Es sei jetzt schwerer, ein zufriedener Soldat zu sein als früher. Das Deutsche Reich verfüge nicht mehr über das glänzende Heer der Vorkriegszeit, dem keine Armee der Welt überlegen gewesen sei.** Dem jungen begabten Offizier ständen nicht mehr viele Möglichkeiten offen. Heute sei auch der Mannschaftsdienst ein Beruf und der Rock des Trägers verleihe nicht mehr wie früher dem Träger in allen Volkskreisen schlechthin Ansehen.

(Darum hat der Herr Braune wahrscheinlich auch geglaubt, daß er es sich leisten kann, Offiziere wie „Verbrecher" zu behandeln.)

*

Leipzig, 1. Oktober. In seinem Vortrag sagte der Reichsanwalt weiter, **das Heer sei nicht, wie das die Angeklagten erklärten, nur eine Polizeitruppe. Erste Soldatenpflicht sei es, das Vaterland zu schützen, darnach folge die Pflicht zum Schutze der Verfassung, denn dieser Schutz der Verfassung sei in erster Linie Sache der Polizei. Wenn die Angeklagten meinten, die Erklärung, die Reichswehr sei ein Führerheer, sei eine Behauptung ohne Inhalt, so irrten sie. Da die Reichsregierung mit Entschiedenheit für die gleiche Behandlung auf militärischem Gebiet eintrete und andererseits nach den jüngsten Erklärungen der auswärtigen Staaten nicht damit zu rechnen sei, daß die Nachbarstaaten ihre Heere dem unserigen anpassen würden, so sei anzunehmen, daß wir einmal ein stärkeres Heer besitzen würden.**

(Man vergleiche dazu die pflaumenweiche Haltung des Reichsaußenministers Curtius bei der gegenwärtigen Abrüstungsdebatte in Genf!)

Das Ergebnis der Besprechungen der Angeklagten mit der Leitung der N.S.D.A.P. in München wolle er in negativem Sinne feststellen. Scheringer und Ludin seien nicht in der Überzeugung aus München geschieden, daß die führenden Herren der N.S.D.A.P. es unter allen Umständen ablehnten, sich mit der Reichswehr in Verbindung zu setzen, daß sie an der Zusammenarbeit mit den Offizieren kein Interesse hätten und eine verfassungswidrige Betätigung der Partei unter allen Umständen ablehnten. Die Angeklagten hätten ja gewußt, daß der oberste Parteiführer schon einmal einen Gewaltstreich unternommen habe. Die hier gemachten Aussagen des obersten Parteiführers Hitler haben damals noch nicht vorgelegen.

Der Reichsanwalt kam zu dem Schluß, **daß die Angeklagten die verfassungsmäßige Reichsregierung hätten stürzen und durch eine Diktatur, sei es eine persönliche oder die eines Direktoriums, hätten ersetzen wollen.** Diese Regierung habe unter allen Umständen unter Anwendung von Gewalt eingesetzt werden sollen. Der Reichsanwalt schloß sein Plädoyer mit einer **Ehrenrettung für den Untersuchungsrichter Dr. Braune (!)** und stellte dann die Strafanträge.

*

Das Kernstück des Plädoyers des Reichsanwalts ist die erneut aufgestellte Behauptung, daß die N.S.D.A.P. auf dem Wege der gewaltsamen Verfassungsänderung die Macht erobern will. **Der Reichsanwalt geht also über die beeidigten Erklärungen Adolf Hitlers sowie der drei anderen Zeugen Pfeffer, Wagener und Weiß glatt hinweg.** Damit beweist er erneut, daß seine Anklage auf den denkbar schwächsten Füßen steht. Vielleicht merkt er selbst nicht, daß er auf einem verlorenen Posten kämpft. Sein System, das er zu verteidigen hat, zeigt damit nur seine eigene innere Hohlheit. Es ist überreif zum Zusammenbruch. Und es **wird** ganz von selbst zusammenbrechen, ohne daß wir dazu einen Finger zu rühren brauchen. Das ist es, was der Herr Vertreter der Anklage selbst noch nicht gemerkt hat. Wer heute immer noch von einem „nationalsozialistischen Gewaltstreich" phantasiert, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Von einem berufsmäßig zum „Schutz der Republik" verpflichteten Reichsanwalt kann man das auch nicht erwarten. Der glaubt erst dann daran, wenn er eines Tages auf ganz legalem Weg im „Dritten Reich" wieder aufwacht.

*

Leipzig, 1. Oktober. Ergänzend ist mitzuteilen, daß Reichsanwalt Nagel am Schluß seines Plädoyers folgende Erklärung abgab. **Wenn der Senat bei der Urteilsfindung Wert darauf legt, welches die Absichten und Ziele der N.S.D.A.P. sind, dann behalte ich mir vor, Vertagung zu beantragen, um das Material der Reichsregierung heranzuziehen.**

*

Im Anschluß daran nahm als erster Verteidiger Rechtsanwalt

Dr. Frank II,

München, das Wort, der die Freisprechung **des Angeklagten Wendt** beantragte, der vollkommen unschuldig sei. Der Verteidiger bezeichnete als Grundfrage dieses Prozesses die **seelische Not der Soldaten,** der angesichts des marxistischen Wehrprogrammes mit der Möglichkeit rechnen müsse, daß einmal ein Sozialdemokrat das Reichswehrministerium in die Hand bekomme. **Wie solle, so fragte der Verteidiger, der Soldat sein Leben opfern für Menschen, die erklärten, sie kennen kein Vaterland, das Deutschland heißt?** Hier liege der Keim für die krisenhafte Erschütterung des Reichswehrsoldaten. Im Reichswehrministerium sitze der Übergang vom reinen Soldatengeist der Front zu den politischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten des Heeres im Rahmen der politischen Gesamtlage. Die Offiziere hätten sich hierüber ihre Gedanken gemacht und sich von ihren Vorgesetzten zur Klärung dieses Problems nicht genügend gestärkt gefühlt. **Das ganze Verfahren sei ja der Ausdruck der politischen Angst des Reichswehrministeriums vor der Kritik der Wehrgegner. Man fürchtet sich einfach vor der Pressemeute von links. Im entscheidenden Augenblick stelle sich das Ministerium nicht vor seine Offiziere, sondern man gebe vor den roten Treibern sofort klein bei. Der Soldat habe dort das Vaterland über die Verfassung zu stellen, wo die Verfassung in die Hände von Vaterlandsverrätern geraten sei.** Der Verteidiger schloß mit der Erklärung, daß nichts anderes übrigbleibe, als den Gedanken an ein hochverräterisches Unternehmen der Angeklagten fallen zu lassen und aufsteigen zu lassen — die **Ehre des deutschen Soldaten.** —

*

In der Nachmittagssitzung kam als zweiter Verteidiger Rechtsanwalt

Dr. Kamecke

zu Wort. Der Angeklagte Ludin sei mit voller Begeisterung ins Heer eingetreten, die aber angesichts des mangelnden Schutzes der Offiziere durch die Regierung und der sonderbaren Befehle, wie z. B. in Breslau und Ulm immer mehr erkaltet sei. **Der Geist, der in der Regierung zur Zeit der Tat geherrscht habe, sei gerade entgegengesetzt von dem, was die Reichswehr eigentlich tun solle, nämlich den Geist der Wehrhaftigkeit zu schaffen und zu erhalten.** Es sei sehr eigenartig, wenn man die Freiheit durch einen Tribut über 59 Jahre erkaufe. Die Angeklagten hätten dahin wirken wollen, daß die Offiziere wieder, wie vor dem Kriege, als Führer im Volke angesehen und geachtet werden.

Leipzig, 1. Oktober. **Dr. Kamecke beantragte Freisprechung und Enthaftung. Die Angeklagten hätten zu Unrecht in der Haft gesessen, wenn auch nicht umsonst. Jetzt habe man den Konflikt, in den notwendigerweise die Reichswehr in unserem parlamentarischen Staate hineinrutschen müsse, kennengelernt.**

*

Urteil am Samstag

Der militärische Verteidiger des Angeklagten Ludin, Hauptmann Meindl, wies auf die **besonderen Umstände der Verhaftung von zwei der Angeklagten vor versammeltem Offizierskorps** und im Beisein der Mannschaft hin. **Die Wirkung auf das Regiment könne sich nur der vorstellen, der wisse, von welchem Geiste dieses Regiment beseelt sei. Unter den Kameraden habe Niedergeschlagenheit und tiefe innere Zerrissenheit geherrscht.** Die Begehung eines Hochverrats habe niemand für möglich gehalten. **Es habe kaum einen pflichttreueren, ernster denkenden und sich selbst in den Hintergrund stellenden Offizier gegeben, als Ludin. Keiner von der ganzen Mannschaft habe den Glauben an Ludin verloren, auch nicht an Scheringer, der das volle Vertrauen seiner Untergebenen gehabt habe.** Sonst wäre es undenkbar, daß ein „Hochverräter" von seinen Mannschaften Blumen, Kartengrüße und Liebesbeweise in jeglicher Form in die Zelle bekomme. **Der Verteidiger suchte im** einzelnen darzutun, **daß auch Vergehen gegen die Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches kaum in Frage kämen und bat um Freisprechung. Disziplinäre Verfehlungen sollten auf dem Disziplinarwege geahndet werden.**

Am Donnerstag wird Rechtsanwalt Dr. Sachs sprechen. **Die Urteilsverkündung ist für Samstagvormittag** vorgesehen.

Dr. Frantzen Innenminister von Braunschweig

Braunschweig, 1. Oktober.

In der Sitzung des Braunschweigischen Landtages am Mittwoch wurden für den Kandidaten der bürgerlichen Einheitsliste Oberregierungsrat Dr. Küchenthal, und für den Kandidaten der Nationalsozialisten Amtsgerichtsrat Dr. Frantzen je zwanzig Stimmen abgegeben. Für den Kandidaten der Sozialdemokraten, den bisherigen Staatsminister Dr. Jasper, stimmten nur seine 17 Parteifreunde. Die Kommunisten und der Vertreter der Staatspartei enthielten sich der Stimme. Dr. Küchenthal und Dr. Frantzen sind somit zu Staatsministern gewählt worden.

Kürzung der Bezüge auch bei Reichswehr und Polizei

Berlin, 1. Oktober. Gegenüber anderslautenden Mitteilungen in der Presse wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß auch die Bezüge der Angehörigen der Reichswehr und der Polizei den gleichen Kürzungsbestimmungen unterliegen, wie die Bezüge der Beamten. Kürzungsfrei bleiben allein Bezüge bis zu 1 500 M. jährlich.

Das „Deutsche Landvolk" fordert eine Rechtsregierung

Berlin, 1. Okt. Unter dem Vorsitz des Parteiführers Höfer, St. Bernhard, traten am Mittwoch Parteivorstand und Reichstagsfraktion der Christl. Nationalen Bauern- und Landvolkpartei zusammen. Die Fraktion wählte den Abg. Dobrich einstimmig zum Fraktionsvorsitzenden und wird im Reichstag unter dem Namen „Deutsches Landvolk" (Christl. Nationale Bauern- und Landvolkpartei) auftreten. Es wurden zwei Entschließungen einstimmig angenommen. Die Entschließung zum Wahlergebnis drückt die Genugtuung darüber aus, daß der Wille des deutschen Volkes zur nationalen Selbstbehauptung zum Ausdruck gekommen sei.

In der Entschließung zur politischen Lage heißt es, daß die Stellung der Partei zur Reichsregierung auch jetzt völlig frei sei. **Der bei der Wahl zutage getretene Volkswille verlange eine entschieden nationale Politik und eine stärkere Berücksichtigung der rechtsgerichteten Kreise auch in der Regierung. Diese Regierung müsse ein Kabinett der nationalen Führung sein. Es wird deshalb eine Umbildung der Reichsregierung auch unter Heranziehung der N.S.D.A.P. gefordert. Eine Regierung, die marxistisch beeinflußt sei oder auch nur von marxistischen Parteien geduldet werde, wird abgelehnt.** Die Mehrheit des deutschen Volkes verlange eine Abkehr von den bisherigen Wegen der deutschen Außenpolitik und den Kampf um die Befreiung von den Tributlasten. **Das Regierungsprogramm enthalte davon kein Wort.**

Der Fall Braune

Die weitgreifende Entrüstung über das Verhalten des Untersuchungsrichters Braune hat den Vorsitzenden des Leipziger Prozesses zu einer gewissen Abwehr veranlaßt. Die Presse wurde darüber belehrt, daß sie in ihrer Kritik an Herrn Braune zu weitgegangen sei und daß offenbar keine richtigen Vorstellungen über die Aufgaben eines Untersuchungsrichters bestünden. Man wird dem Vorsitzenden aus diesen Belehrungsversuch keinen Vorwurf machen dürfen. Er fühlte sich eben verpflichtet, aus Prestigegründen irgendetwas zu sagen. Aber seine Belehrung wird darum nicht überzeugender.

Nach der Strafprozeßordnung — und diese Bestimmung gilt für jede Art von Vernehmung eines Beschuldigten — soll dem Beschuldigten „Gelegenheit zur Beseitigung der gegen ihn vorliegenden Verdachtsmomente und zur Geltendmachung der zu seinen Gunsten sprechenden Tatsachen" gegeben werden. Herr Braune aber hat in der Verhandlung die Aussagen zahlreicher Zeugen nicht widerlegen können, aus denen einwandfrei hervorgeht, daß er nur daran dachte, **Schuld**beweise zusammenzutragen, unter allen Umständen Schuldbeweise, um den Forderungen seiner Auftraggeber Genüge zu leisten. Herr Braune hat nicht selbständig gehandelt, wie ein Untersuchungsrichter, sondern er war in allem, was er tat, das Sprachrohr der Obereichsanwaltschaft, mehr noch, er war ein politischer Kommissar der Herren Gröner und Wirth. Es mag sein, daß er damit selbst zum Opfer eines Systems geworden ist, das seine Werkzeuge braucht, rücksichtslos braucht, um im Kampfe um seine wankende Herrschaftsposition „Tatbestände" zu konstruieren, die sich politisch auswerten lassen.

Über die bedenkliche Art und Weise, wie die Protokolle des Herrn Braune in der Voruntersuchung entstanden sind, haben wir hier schon berichtet. Am bedenklichsten aber ist wohl die Methode der sogenannten Aktenvermerke, die bei der Vernehmung des Zeugen Hptm. Jäger so ganz zufällig nebnbei noch herausgekommen ist. Herr Landgerichtsdirektor Braune, der es liebte, bei seinen Vernehmungen eine undurchsichtige Maske scheinbarer persönlicher Uninteressiertheit zur Schau zu tragen, **machte bei dem Zeugen Jäger, nachdem dieser seine Aussage unterschrieben und sich selbst entfernt hatte, nachträglich in das Protokoll einen Vermerk, in dem die Aussage erst noch kritisch gewürdigt und in ihrer Glaubwürdigkeit angezweifelt wurde.** Selbstverständlich ohne den Zeugen davon zu verständigen! Ob das formell zuläßig ist oder nicht, steht nicht zur Debatte. Menschlich und moralisch ist ein derartiges Verfahren, das die ganze protokollarische Einvernahme zu einer Farce macht, im höchsten Grade verwerflich. Denn es würdigt die mündliche Vernehmung selbst lediglich zu einem Scheinmanöver herab, das nur den Zweck hat als Material für die Stilübungen des Herrn Untersuchungsrichters zu dienen. Im Falle Jäger kam die Sache zufällig auf. **Aber wissen wir denn, wieviele derartiger „Geheimprotokolle" in diesem Hochverratsverfahren von der Hand des Herrn Braune noch angefertigt wurden?** Man muß das annehmen, weil man es einfach nicht für möglich halten kann, daß sich anders die Reichsanwaltschaft einem so katastrophalen Zusammenbruch ihrer Anklage in der Hauptverhandlung ausgesetzt hätte. Sie kann sich heute bei Herrn Braune und seinen „Aktenvermerken" bedanken.

Leider ist damit der Fall um Braune noch nicht zu Ende. Wie sehr dieser in der Handhabung seiner Amtsgeschäfte unter Druck handelte, beleuchtet nichts besser, als die schon kurz beleuchtete, unwürdige Szene bei der Verhaftung der be-

Das System schützt seinen Boeß

Urteil des Oberverwaltungsgerichts: 3000 Mark Geldstrafe — Keine Dienstentlassung Keine Kürzung der Pension

Berlin, 1. Oktober.

Der Senat des Oberverwaltungsgerichts hat Mittwoch morgen um 2 Uhr nach zweitägiger Beweisaufnahme das Urteil gegen den ehemaligen Oberbürgermeister Böß gesprochen. Das frühere Urteil vom 20. Mai 1930 (Dienstentlassung bei gleichzeitiger Pensionskürzung) wird in eine Geldstrafe von 3000 Mark umgewandelt. Dieses Urteil ist unabänderlich.

So ist es dem System doch gelungen, einen seiner Exponenten herauszuhauen. Allerdings wagt Böß es doch nicht, in sein „Amt" zurückzukehren, vielmehr wird er jetzt gleich einen Urlaub antreten und sich dann pensionieren lassen.

Wundern darf man sich über dieses Urteil nicht. Das Gefühl für peinlichste Sauberkeit der Amtsführung und persönliche Vornehmheit des staatlichen Würdenträgers ist den Funktionären des herrschenden Systems längst abhanden gekommen. Wer heute nicht gerade silberne Löffel gestohlen hat, braucht keinerlei Nachteile zu fürchten, man behält ihn gern im Dienst. Warum auch kleinlich in solchen Dingen sein? Das System hat Herrn Böß freigesprochen, um sich selbst zu entschuldigen.

*

Die Begründung des Urteils gegen den Oberbürgermeister Boeß.

Berlin, 1. Oktober. In der Begründung des Urteils des Oberverwaltungsgerichts gegen den Oberbürgermeister Boeß, die amtlich noch nicht veröffentlicht worden ist, führte der Vorsitzende des Senats u. a. aus, daß in allen Punkten ein Dienstvergehen des Oberbürgermeisters nicht als vorliegend erachtet worden sei. **Auch in der Pelzangelegenheit sei der Kauf der Pelzjacke bei der Firma Sklarek an sich nicht bedenklich.** (Hört! Hört!) Eine unehrenhafte Handlung des Oberbürgermeisters habe hier keineswegs vorgelegen. **Zu beanstanden sei die Art und Weise wie Boeß diesen Kauf reguliert habe,** insbesondere, daß er sich nicht hinreichend darum gekümmert habe, ob die von ihm gewünschte Regelung auch folgerichtig durchgeführt worden sei. Dieser Verstoß sei aber keineswegs mit Dienstentlassung, sondern lediglich mit einer Ordnungsstrafe zu ahnden gewesen.

*

Wie man erfährt, wird Oberbürgermeister Böß dem Magistrat sofort ein Gesuch um Pensionierung einreichen. Die Pensionierung soll auf Grund eines ärztlichen Attestes wegen eines schweren Nierensteinleidens erfolgen. **Böß wird Zeit seines Lebens dafür, daß er die Stadt Berlin an den Rand des Ruins gewirtschaftet hat, eine Pension von 29 945 Mark erhalten.** Die Verurteilung zur Zahlung des Monatsgehalts in der ungefähren Höhe von 3000 Mark trifft ihn nicht hart, denn es müssen ihm für die Monate Mai bis September 6000 Mark des während der Dispensierung vom Amt gekürzten Gehalts auf einen Rest nachbezahlt werden. Da der Magistrat annimmt, daß die Behandlung aller dieser Dinge in der Stadtverordnetenversammlung zu schweren Protesten und wohl auch zu Tumulten führen würde, will der Magistrat mit Zustimmung des Oberpräsidenten, eines Parteifreundes von Herrn Böß, das Personalgesuch ohne Befragen der Stadtverordnetenversammlung erledigen und dieser lediglich von den vollzogenen Tatsachen Mitteilung machen.

schuldigten Angehörigen des Reichsheeres. Welches Schauspiel für die Truppe, wenn der Führer vor den Augen der Geführten als halber Verbrecher in Uniform weggeholt wird! Soll man Herrn Braune dennoch glauben, wenn er jetzt nachträglich erklärt, er habe die Verhaftung „möglichst unauffällig und ohne Schädigung militärischer Interessen" durchführen wollen? Nein, wir glauben ihm auch darin nicht, das ist ein höchst trauriger Beschönigungsversuch, die Tatsachen sprechen für das Gegenteil. Kann man hier überhaupt noch von einem „militärischen Interesse" reden, wenn der Truppe die Offiziere vom Platz weg durch Kriminaler verhaftet werden? Und was hat es für eine Bewandtnis mit der „Weisung" des Oberreichsanwaltes, im Falle von „Schwierigkeiten" dem Regimentskommandeur zu sagen, alles geschehe im Auftrag des Reichswehrministers und des obersten Befehlshabers der Reichswehr, des Reichspräsidenten: Abgesehen davon, daß sich in der Hauptverhandlung herausstellte, daß dieser „Auftrag" mehr oder minder ein Bluff war, muß man fragen: Seit wann werden denn Befehle an die Truppe durch Zivilpersönlichkeiten überbracht, und noch dazu in so unbestimmter und auslegungsfähiger Form?

Der Regimentskommandeur wäre daher durchaus im Recht gewesen, wenn er die Verhaftung seiner Untergebenen abgelehnt hätte, solange er keine unmißverständliche und unmittelbare Weisung der allein dazu befugten vorgesetzten militärischen Kommandobehörde in Händen hatte. Und selbst dann wäre es richtig gewesen, wenn unter Ablehnung der erschienenen Kriminalbeamten die Verhaftung durch beauftragte Offiziere vorgenommen worden wäre. Aber auch das ist nicht geschehen. Ein Beweis für den ungeheuren Druck, unter dem heute der verantwortliche Offizier im Reichsheer steht, ein Beweis aber auch für den Widersinn der von der Novemberdemokratie betriebenen Aufhebung der Heeresgerichtsbarkeit, die auch sonst eine Kette von Schäden und Unmöglichkeiten für das Wehrinteresse in sich schließt.

Es handelt sich gewiß nicht um die Person des Herrn Braune. Aber selten ist das System derart an den Pranger gestellt worden, wie soeben in Leipzig. Möge das Heer daraus gelernt haben, welche ungeheure Gefahr für ein gesundes Wehrprinzip dieses System verkörpert, und wie notwendig es sein wird, durch einen gründlichen Umbau der Rechtsordnung dem Landesverteidiger auch innerpolitisch das zu geben, was ihm gebührt.

*

Neudeutscher Finanzbolschewismus

Das sogenannte „Reform"-Programm der Regierung Brüning

Das sogenannte „Reform"-Programm des Kabinetts Brüning zerfällt in zwei Teile. Einmal in die tatsächlichen Maßnahmen, die getroffen werden sollen, und das sind durchweg Steuererhöhungen oder Gehaltskürzungen. Zum andern in eine Reihe von leeren Versprechungen, die nach bewährtem Muster dem deutschen Volke auch diese neuen Aushungerungsabsichten schmackhaft machen sollen.

Herr Brüning verlangt eine 6prozentige Gehaltskürzung und eine Erhöhung der Tabaksteuer. Entgegen den Versprechungen der Regierung vor drei Monaten sollen außerdem die Ledigensteuer und der Einkommensteuerzuschlag als regelmäßige Steuer beibehalten werden. Damit ist aber das Milliardendefizit des Reichshaushalts noch nicht gedeckt. Ein Überbrückungskredit soll die noch fehlenden 900 Millionen beschaffen.

Schon dieser Vorschlag allein ist ein finanzpolitisches Verbrechen! Es muß oberster Grundsatz jeder einigermaßen gesunden Finanzgebarung sein, Ausgaben nur aus entsprechenden Einnahmen zu decken. Heute ist es in Deutschland üblich geworden, die regelmäßigen Fehlbeträge dadurch „auszugleichen", daß das Reich auf Jahrzehnte hinaus mit Milliardenbeträgen verschuldet wird. Das Defizit des letzten Jahres wurde durch die berüchtigte Kreuger-Anleihe beseitigt. Seitdem ist unsere Zündholzfabrikation in ausländischen Händen. Deutschland bekam dafür nur 500 Millionen Mark, die sofort verbraucht waren und lediglich dazu dienten, das heutige System noch einige Zeit länger am Leben zu erhalten. Jetzt soll sich dieser Vorgang wiederholen. Der Zentrümler Brüning reiht sich würdig an den Juden Hilferding an! —

Über diesen Vorschlag hinaus ist das Programm des Kabinetts wieder ein Schritt auf dem endlosen Weg der deutschen Verelendung. In immer rascherem Tempo geht seit Jahren die steuerliche Belastung des deutschen Volkes weiter. Und immer wieder sind die Methoden die gleichen. Zuerst wird von einem harmlosen Kassendefizit gesprochen, und dann stellt es sich plötzlich heraus, daß vierteljährlich Hunderte von Millionen mehr aus dem deutschen Volk herausgepreßt werden sollen. Dezember 1929, April 1930, Juni 1930, diese Daten bezeichnen die letzten drei Etappen des Steuerraubzuges neudeutscher Regierungskunst. Sie allein haben uns Steuererhöhungen in dem riesigen Ausmaß von 1100 Millionen Mark gebracht! Trotzdem stehen wir heute vor einem neuen Fehlbetrag von annähernd 1 Milliarde, und wiederum wagt es die sogenannte deutsche „Regierung", mit neuen Steuern eine weitere Verelendung des deutschen Volkes zu fordern!

Wie immer verspricht die Regierung für die neuen Steuern auch Steuerermäßigungen. Und zwar sollen die Realsteuern mit Hilfe von 400 Millionen Hauszinssteuergeldern gesenkt werden. Dabei wird aber erklärt, daß diese Senkung nicht möglich ist, bevor nicht das Steuervereinheitlichungsgesetz erledigt ist, das bedeutet, daß diese Ermäßigung niemals eintritt! Seit Jahren wird bekanntlich an der neuen Steuergesetzgebung „gearbeitet", im „Sparprogramm" des Herrn Moldenhauer war sie genau so „vorgesehen" wie jetzt im „Reformprogramm" des Dr. Brüning. Tatsächlich ist nichts geschehen und wird nichts geschehen, da dieses System zu jeder wirklichen Reform unfähig ist! Und wirklich gibt auch das Kabinett zu, daß das Gesetz vor dem 1. April 1932 „nicht funktionieren könne". Wenn trotzdem von einer Steuersenkung gesprochen wird, so sind das leere Phrasen, mit denen versucht wird, das deutsche Volk auch jetzt wieder zu übertölpeln.

In Wirklichkeit werden also auch die 400 Millionen der Hauszinssteuer für die allgemeinen Verwaltungszwecke verwendet. Gleichzeitig spricht Herr Brüning von einem großen Wohnungsbauprogramm. Die fehlenden Mittel sollen wieder einmal durch Anleihen aufgebracht werden. Die einfache Folge ist eine weitere Verteuerung der Neubauten und damit unerschwinglich hohe Mieten. Gerade diese Art der Wohnungsfinanzierung macht die erste Voraussetzung einer Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft, nämlich den Bau von genügend billigen Wohnungen, zur Unmöglichkeit. Außerdem nehmen aber die 400 Millionen Hauszinssteuermittel, die dem Wohnungsbau entzogen werden, wiederum Tausenden von Arbeitern Arbeit und Brot! Damit ist auch dieser Teil des „Reformprogramms" in seiner ganzen verantwortungslosen Plattheit genügend gekennzeichnet!

Schließlich ist auch noch auf die geplante Neuregelung der Arbeitslosenversicherung hinzuweisen. Herr Brüning „löst" dieses Problem sehr einfach. Die Versicherung soll sich in Zukunft „ohne Inanspruchnahme des Reichshaushalts" selbst tragen. Das heißt, das Reich lehnt künftig alle weiteren Zahlungen für die Arbeitslosen ab! Wenn also in den nächsten Monaten, wie angenommen werden muß, die Arbeitslosigkeit im heutigen Umfang weiter fortbesteht oder gar noch zunimmt, so bleibt nichts anderes übrig, als die Versicherungsbeiträge abermals zu erhöhen — oder die Arbeitslosen ihrem Schicksal zu überlassen! Eine neue untragbare Belastung der arbeitenden Schichten oder entsetzliches Elend sind die Folgen dieser „Reform"!

Was bleibt also schließlich von dem ganzen Programm? Neue Steuern, neue Verelendung der Gesamtheit! Auf dem Rücken des zusammenbrechenden Volks wird versucht, diesem System eine weitere Gnadenfrist zu verschaffen. Kein Wort aber ist zu lesen über die eigentlichen Ursachen unseres Elends. Kein Protest wird erhoben gegen die Youngversklavung, in keinem Absatz ist etwa von der Absicht zu lesen, daß dem herrschenden Futterkrippensystem zu Leibe gegangen werden soll. Hier sind die beiden alleinigen Ursachen unserer jetzigen Lage und darüber schweigt die Regierung wie immer! Kampf gegen die untragbaren Tribute ist eine Sünde wider den Geist des heutigen Systems, zu dessen geschätzten Hausschmocks ein Bursche wie Emil Ludwig (Cohn) gehört, der erst jetzt wieder in Paris erklärt hat, das Schlimmste, was Deutschland zustoßen könne, wäre, wenn ihm plötzlich hundert Milliarden zur Verfügung ständen!! Und Kampf gegen die schamlosen Zustände unserer Parteiwirtschaft, die jährlich Hunderte von Millionen verschlingen, ist ebenso unbeliebt. Denn jeder dieser Häuptlinge hofft ja selbst davon wieder Vorteile für seine eigenen Günstlinge, die ihn „gemanaged" haben!

Dafür wagen es aber diese Herren, vierteljährlich den deutschen schaffenden Menschen, Handarbeitern, Bauern, Handwerkern und Beamten immer neue Steuern aufzuzwingen. Und haben dann die Stirn, hier von „staatspolitischen Notwendigkeiten" zu sprechen! Wo bleibt die Herabsetzung der Riesengehälter in der Privatwirtschaft? Wo bleibt die Erfassung der Tantiemen, wo bleibt die scharfe Besteuerung aller Börsengeschäfte? Wo ist das Gesetz, das es unmöglich macht, daß heute einzelne Millionen verdienen, während Millionen Volksgenossen verhungern? Und wo bleibt vor allem der Kampf der Regierung gegen die Young-Tribute?

Wir fordern eine Regierung, die eine Neuregelung der Tribute einleitet. Wir verlangen, daß man erklärt, das deutsche Volk könne diese Belastung nicht mehr tragen. Wir verlangen, daß bes. die höheren Beamtenstellen auf ein Mindestmaß eingeschränkt werden und alle Kreaturen der Parteischiebungen ohne Pension zu verschwinden haben. Wir verlangen ein Gesetz gegen die Kapitalflucht! Wir verlangen eine sofortige Besteuerung der Banken und Börsen!

Hier sind die Punkte, wo ein „Reformprogramm" einzusetzen hat! Hier ist Gelegenheit, das deutsche Volk wirklich zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammenzuschweißen, in dem aller Luxus und jeder Profit auf Kosten der Schaffenden unterbunden wird, und nicht die Millionenvermögen auf der einen, Hunger und Elend auf der anderen Seite noch mehr gestärkt werden!

Das Kabinett Brüning hat mit seinem „Reformprogramm" wiederum und endgültig bewiesen, daß es nicht fähig und nicht gewillt ist, Deutschland wirklich aus dem Elend herauszuführen. Es hat sofort zu verschwinden! —

Dr. Walther Schmitt.

Der österreichische Nationalrat aufgelöst

Wien, 1. Oktober. Bundespräsident Miklas hat am Mittwochabend gemäß einem Beschluß des Ministerrats den Nationalrat aufgelöst. Für die Neuwahlen ist der 9. November in Aussicht genommen.

Die britische Reichskonferenz

London, 1. Oktober. Die britische Reichskonferenz wurde am Mittwochvormittag im Foreign Office feierlich eröffnet. An der Eröffnungssitzung nahmen teil die Mitglieder des englischen Kabinetts, sowie Vertreter der sechs Dominien und Indiens. Macdonald führte den Vorsitz. Er begrüßte die Vertreter, worauf als erster der Ministerpräsident von Kanada, Benett, antwortete. Dann sprachen der Reihe nach der Ministerpräsident von Australien, der Ministerpräsident von Neu-Seeland, General Hertzog von Südafrika, der Außenminister des irischen Freistaates, der Ministerpräsident von Neufundland und der Staatssekretär für Indien, Wedgewood Benn.

„§ 218" in Jena

Das Oberverwaltungsgericht zu Jena beschäftigte sich am Montag, den 29. September, mit der Klage des Verbandes proletarischer Freidenker gegen das Thüringische Innenministerium, die auf Aufhebung des Verbotes der Aufführung des Schandstückes des wegen Abtreibung bestraften Arztes Credé „§ 218" in der Inszenierung von Herrn Piscator gerichtet war. Minister Dr. Frick war nicht erschienen.

Für den kommunistischen Verband erschienen die Rechtsanwälte Löwenthal (I), Berlin, und Schubert, Jena.

Rechtsanwalt Löwenthal hatte nichts besseres zu tun, als das Gericht über eine Stunde lang mit einem Ablehnungsantrag gegen die ihm nicht ganz „koschere" Person des Jenaer Staatsrechtlers Professor Dr. Koellreutter zu beschäftigen.

Das Gericht lehnte erfreulicherweise diesen Antrag ab, dem die Auffassung zugrunde lag, Professor Koellreutter, der der „Deutschen" „Volks"partei angehörte, wegen seines nur der wissenschaftlichen Überzeugung entsprungenen Eintretens für die Rechte des Landes Thüringen vor dem Staatsgerichtshof der besonderen Zuneigung zu Frick verdächtigen zu müssen.

Zu Beginn der Verhandlung verlas Professor Koellreutter den Tatbestand des Streitfalles. Er berichtete, daß das Thüringische Innenministerium die Aufführungen in Thüringen verboten habe mit der Begründung, daß das Stück die Abtreibung propagiere. Nicht nur deutsches, nein — jedes anständige Empfinden wird durch Stück und Aufführung aufs gemeinste beschimpft, wird doch verlangt, daß eine deutsche Frau mitansehen muß, wie auf offener Szene die Abtreibung vorgenommen wird.

Der jüdische Rechtsanwalt wollte davon natürlich nichts wahrhaben, ebenso wie er die verlogene Zeichnung der Typen deckte, an der sein großer Rassengenosse Karl Marx seine helle Freude gehabt hätte, wäre er Zeuge gewesen, wie herrlich seine Saat, deutschen Arbeiter gegen deutschen Bürger zu stellen, aufgegangen ist.

Rechtsanwalt Schubert konnte es nicht unterlassen, sogenannte weite „fortschrittlich" gesinnte Kreise, die wir Nationalsozialisten als Reaktionäre nur zu bezeichnen gewohnt sind, als mit dem Stück einverstanden in Anspruch zu nehmen, während der Hebräer, ob dieser Rattenfängermelodien ermutigt, Piscator als „Unerhört künstlerische Kraft" bezeichnete.

Die Vertreter der Klage bestritten, daß es durch die Aufführung zu Störungen der öffentlichen Ordnung gekommen wäre. Das Jenaer Publikum sei ja so vernünftig!

Wir unsererseits würden dieses Publikum nur bedauern können, wenn sich in ihm nicht Mannhaftigkeit genug fände, dieser Schlammflut einen Damm entgegenzusetzen!

Wir haben auch der weiterhin angeführten Tatsache, daß das „Werk" über zweihundertmal störungslos über deutsche Bühnen gegangen und in Berlin vor den Augen einer „deutschen" Regierung aufgeführt ist, nur ein Bedauern und eine Anklage gegen die Spießbürgerlichkeit der Masse und die Unverantwortlichkeit der entsprechenden „Führer" entgegenzusetzen.

Man wird sich bei dem fehlenden gesetzlichen Schutz des deutschen Empfindens in diesem Staate von dem am Mittwoch ergehenden Urteil nicht allzuviel versprechen können.

Brüning kämpft um eine Galgenfrist

Berlin, 2. Okt. Reichskanzler Brüning hat gestern Abend zur Erörterung seines Programms mit der Landvolkpartei und mit den Volkskonservativen kurz verhandelt. Morgen sollen die entsprechenden Besprechungen der Staatspartei und Wirtschaftspartei und Deutscher Volkspartei stattfinden. Ebenso wird wahrscheinlich schon am Freitagabend mit den Sozialdemokraten Fühlung aufgenommen werden. **Zu Anfang nächster Woche will Herr Brüning sich dann ebenfalls mit Deutschnationalen und Nationalsozialisten in Verbindung setzen. Die Aussichten des Kabinetts verschlechtern sich, wenn es überhaupt noch möglich ist, täglich mehr und mehr.** Die Sozialdemokratie, die gestern eine Funktionärversammlung abhielt, hat erkennen lassen, daß sie den bisherigen Kurs Brüning auf das schärfste bekämpfen wird. Auch aus den anderen bisher führenden bürgerlichen Parteien ist das Echo gegenüber den Brüningschen Sanierungsplänen außerordentlich wenig nachhaltig.

Grundsätzlich muß Herrn Brüning der Vorwurf gemacht werden, daß seine Politik nicht versucht, einen System- und Kurswechsel insbesondere in bezug auf die Erfüllungspolitik durchzuführen. Durch sein Programm der mechanischen Ersparnisse und Kürzungen kann somit eine wirksame Abhilfe überhaupt nicht geschaffen werden. Angesichts des geringen Entgegenkommens der Parteien will Brüning nach Zusammenschluß des Reichstags anscheinend sich vorläufig damit begnügen, durchzusetzen, daß die bisher erlassenen Notverordnungen nicht aufgehoben werden, und daß man ihm die Aufnahme eines neuen Pumpes im Ausland einen sogenanten Überbrückungskredit erlaubt. **Über sein Sanierungsprogramm selbst will er dann im Rahmen der ordentlichen Haushaltsberatungen erneut verhandeln lassen, so daß er, da diese Verhandlungen erfahrungsgemäß bis in den März oder April hinein dauern, eine längere Galgenfrist gewonnen haben würde.**

Weitere Ausdehnung der Streikbewegung in Spanien

Paris, 2. Oktober.

Nach den letzten Meldungen aus Madrid nimmt die Generalstreikbewegung in Spanien immer größeren Umfang an. Besonders in der spanischen Provinz Galicia zeigt man sich äußerst beunruhigt. Von Santiago und La Coruna aus hat die Bewegung auf Pontevedra übergegriffen. Auch in Orense wurde am Montagabend der Generalstreik ausgerufen. Sämtliche Geschäfte sind geschlossen und die Zeitungen erscheinen nicht.

Auch die Arbeiterschaft von Vigo wird sich der Bewegung anschließen, so daß in allen größeren Städten der Provinz Galicia das Wirtschaftsleben vollständig lahmgelegt ist, bis die Bevölkerung von Lugo Genugtuung erhalten hat und der Gouverneur dieser Provinz von seinem Posten abberufen ist.

Die Regierung von Ecuador zurückgetreten. Neuy[illegible] 1. Oktober. Wie in Buenos-Aires gerüch[illegible]verlautet, ist die Regierung von Ecua[illegible]getreten.

Kleine Nachrichten

Verbot aller kommunistischen Organisationen in Finnland. Kopenhagen, 1. Oktober. Nach Meldungen aus Helsingfors ist im finnischen Innenministerium im Zusammenhang mit den heute und am Donnerstag stattfindenden Reichstagswahlen am Dienstag ein Verbot aller kommunistischen Organisationen ausgefertigt worden.

*

Kommunistischer Mißtrauensantrag gegen die preußische Regierung. Berlin, 1. Oktober. Die kommunistische Fraktion des Preußischen Landtages hat einen Mißtrauensantrag gegen das Gesamtministerium in Preußen eingebracht. Der Ältestenrat des Preußischen Landtags ist für Montag nächster Woche zusammenberufen worden, um sich über die parlamentarische Behandlung dieses Mißtrauensantrages schlüssig zu werden.

*

Der Vorstand der Preußischen Zentrumspartei einberufen. Berlin, 2. Oktober. Der Vorstand der Preußischen Zentrumspartei, ist, wie die „Germania" berichtet, auf den 12. Oktober zu einer Sitzung nach Berlin eingeladen worden. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der politischen Lage.

*

Ungünstiger Eindruck der Briandrede in Rom. Rom, 2. Oktober. Briands Schlußrede in Genf hat in Italien den denkbar ungünstigsten Eindruck gemacht. Die „Tribuna" stellt fest, daß Frankreich in unmißverständlicher Weise die Verantwortung für die Politik der großen Rüstungen auf sich nehme. Wohin diese These führe, beweise die Tatsache, daß Frankreich zusammen mit der kleinen Entente und Polen über 10½ Milliarden Lire jährlich für das Landheer ausgebe, ungeachtet des berühmten Chervn-Millionenfonds. Der gute Wille Frankreichs in den Verhandlungen mit Italien sei so oft betont worden, daß man nicht einmal mehr in Genf daran glaube.

*

Macdonald über die Abrüstungsfrage. London, 1. Oktober. In der Eröffnungssitzung der Weltreichskonferenz ging Macdonald in bemerkenswerten Ausführungen auf die Abrüstungen und die allgemeine Abneigung der Rüstungsfrage ein. Die Stärke der heutigen Regierungen, den Frieden durch Herabsetzung der militärischen Machtmittel zu fördern, müßte zu einem neuen Rüstungswettbewerb führen, demgegenüber sich auch die friedfertigste Nation nicht indifferent verhalten könnte. Der Ausblick sei beunruhigend.

*

Reichswehrmassenkonzert zu Ehren Hindenburgs. Berlin, 1. Okt. Zu Ehren des Reichspräsidenten fand am Mittwochabend, dem Vorabend seines 83. Geburtstages, auf dem Flughafen Tempelhof ein Reichswehrmassenkonzert mit großem Feuerwerk statt. Es wirkte mit die gesamte Reichswehrmusik und das Trompeterkorps von Groß-Berlin und Potsdam (8 Kapellen mit 250 Mann) unter Leitung des Heeresmusikmeisters Schmidt. Da das Konzert nicht wie sonst üblich mit dem Deutschlandlied beendet wurde, protestierte das Publikum lebhaft und es stimmte schließlich spontan die Nationalhymne an.

*

Der neue Präsident der österreichischen Bundesbahnen. Wien, 1. Okt. Der Ministerrat hat den Vizekanzler des Verwaltungsausschusses der Bundesbahnen und Direktor der niederösterreichischen Landwirtschaftskammer Dr. Dolfuß an Stelle des zurückgetretenen Präsidenten Bahnhals zum Präsidenten der Bundesbahnen ernannt.

Geschäftliches

Für S.A. und S.S.-Leute fertigt das bekannte Sportschuh-Werk Kiermeier, München, Augustenstraße 58, Schaftstiefel und Motorradstiefel. Die Firma liefert Maßarbeit in bester, wasserdichter Qualität schon von 30.50 Mark an. Versand auch nach auswärts. Wir verweisen auf die wöchentlich erscheinenden Anzeigen.

Hauptschriftleitung: Alfred Rosenberg.
Chef vom Dienst: Wilhelm Weiß.
Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Walter Buch.
Für Anzeigen: Ernst v. Westernhagen.
Verlag: Franz Eher Nachfolger, G. m. b. H.
Walter Buch in Solln b. München; alle übrigen in München.
Rotationsdruck: Münchner Buchgewerbehaus

Ich fälle kein Urteil über Deutschlands Handlung, ich bewundere und achte das deutsche Volk. Ich bin stolz auf das deutsche Blut in meinen Adern. Wenn eine Nation fühlt, daß der Ausgang eines Kampfes, in den sie aus irgend einem Grunde verwickelt ist, Leben oder Tod für sie bedeuten wird, so muß sie sich unvermeidlich durch ihre Handlungen vor Vernichtung zu bewahren und ihr Leben zu erhalten trachten. Was in Deutschland geschehen ist, ist geschehen, weil es nach unzweifelhafter aufrichtiger Meinung der Deutschen durch Deutschlands Lebenskampf erfordert wurde.

Th. Roosevelt,
am 28. Sept. 1914 im „Outlook".

Eine überflüssige Gastspielreise durch Deutschland

Das heruntergekommene Boston-Orchester.

Im nächsten Jahre beabsichtigt das Boston-Symphonie-Orchester mit dem russischen Dirigenten Goussowitzky eine Gastspielreise durch Deutschland zu machen. Das B.S.O. wurde, wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, vor 47 Jahren von einem sehr deutschgesinnten und kunstsinnigen Bankier Higgenson mit lauter deutschen Kräften begründet; seitdem hatte es auch nur deutsche Dirigenten, und bei Kriegsbeginn war dank einer zehnjährigen Tätigkeit Dr. Mucks das Orchester vielleicht das beste der Welt. Die 100 Mitglieder waren zu ⅓ geborene Deutsche mit amerikanischem Bürgerrecht, ⅓ Deutsche, ⅓ Franzosen, Italiener, Engländer usw. Mit dem Eintritt Amerikas in den Krieg wurde bekanntlich Dr. Muck interniert, und 35 deutsche Musiker setzte man auf die Straße. Sie suchten als Handwerker, Fabrikarbeiter, Hotelmusiker usw. notdürftig ihre Existenz zu fristen — einer erhängte sich aus Verzweiflung.

Nach Dr. Mucks Internierung kamen nun nacheinander zwei Franzosen und der obenerwähnte Russe. Die hinausgeworfenen Deutschen wurden durch Mitglieder der Pariser Garde Republicaine, Konservatoristen und ehemalige (alte) Mitglieder ersetzt, aber das künstlerische Niveau dieses Orchesters sank dadurch derart herab, daß auswärtige Konzerte, wie in der Neuyorker Carnegie-Hall, zu denen unter Muck trotz jahrelanger Vormerkung kein Sitzplatz zu haben war, die Säle knapp zu zwei Dritteln füllen konnten, ja verschiedene Konzerte wegen ungenügenden Kartenverkaufs sogar ausfallen mußten. Orchester, wie die Neuyorker Philadelphia oder Detroit-Symphonie, haben die Bostoner weit überflügelt, so daß, rein künstlerisch betrachtet, diese Gastspielfahrt durchaus unnötig ist, ja, daß es sogar auf uns, Deutsche, herausfordernd wirkt, wenn dieses so heruntergewirtschaftete Orchester, das seinen ganzen Ruf nur den Deutschen verdankt und, wie gesagt, durch den Krieg entdeutscht wurde, sich nach Deutschland wagt!

Zentrum und Kinderrepubliken

Auf dem „katholischen" Vertretertag in Münster hat man sich mit der sozialistischen Erziehung beschäftigt. Pater Desiderius Breitenstein befaßte sich ausführlich mit der sozialistischen „Kinderfreundbewegung" (K.F.B.) und ihren „Kinderrepubliken". Daß der Haupttreiber dieser Bewegung Löwenstein heißt, ist ihm nicht aufgefallen — wohl aber, daß die „Republiken" sich mit einer gewissen Vorliebe in katholischer Umgebung einnisten. Trotzdem schimmert ein leichtes Wohlwollen auf seinem Bilde. Er ermahnt die anderen Kritiker aus seiner Partei, den „Kinderfreunden" gegenüber vorsichtiger und hier und da auch gerechter zu sein. Warum die Schweiz einer dorthin vorgedrungenen deutschen sozialistischen „Kinderrepublik" die Türe gewiesen hat, erwähnt er nicht. Daß den Lagerkindern der „Republiken" antireligiöse Akte vorgeworfen werden, läßt er auf sich beruhen. Zwar sieht er, daß der Löwensteinsche Geist von Haus aus areligiös ist und sein muß; aber doch glaubt er, darin „ethisch gerichtete Strömungen" zu entdecken. Sein verhaltenes Wohlwollen macht aus diesen angeblichen Strömungen einen „Riß durch das Gebäude bis zu den Fundamenten" des Sozialismus, und er sieht diesen (den marxistischen, wohlverstanden!) „auf einem Wege, der zu einer Begegnung mit allen jenen führt, die auch mit ethischen Mitteln die Versöhnung der Volksklassen herbeizuführen suchen."

Für die Beziehungen zwischen Zentrum und Marxismus stimmt das sicher. Wir andern erkennen klar, daß diese beiden Machtkreise einander gar nicht feindlich sind. Wer mit dem Zentrum zusammen gegen den Marxismus zu Felde zieht, wird mit tödlicher Sicherheit die Rolle des Esels dabei spielen.

Neue Bücher

Der Verlag Georg Müller in München kündigt als Neuerscheinungen dieses Herbstes folgende Bücher an:

Von Wilhelm Schäfers „Hauptmann von Köpenick", eine Volksausgabe, von Emil Strauß ein Erzählungsband „Der Schleier", von Hans Heinrich Ehrler den Roman „Die Frist", von E. G. Kolbenheyer ein neues Stück „Jagt ihn — ein Mensch" und „Stimme", gesammelte Aufsätze.

Ferner Paul Ernst: „Erdachte Gespräche"; Paul Madsack: „Tamotua", Roman; Willy Seidel: „De Buschhahn", Roman; Barbara Ring: „Die Schwester aus Paris"; Richard Schaukal: „Gedanken"; Emanuel bin Gorion: „Die schönsten Geschichten der Welt".

Seine Memoirenliteratur setzt der Verlag fort mit einer deutschen Ausgabe des „Geheimtagebuches des Sir Samuel Pepys" (1660—1669). Giorgi Vasari: „Nachlaß", Band II. Und endlich erscheint auch der dritte und abschließende Band der großen Wedekind-Biographie von Artur Kutscher.

Die Großnichte Franz Schuberts in Not. Die Großnichte Franz Schuberts befindet sich in bitterer Not. Die 63jährige Frau ist seit neun Jahren schwer krank und es fehlt ihr an der nötigsten Pflege. Es ist anzunehmen, daß ihr Appell an das goldene Wienerherz den entsprechenden Widerhall finden wird. Spenden sind an Maria Kolowrat-Schubert, 17. Bezirk, Blumengasse 52, Tür 10, zu richten. — Könnten nicht die Erzeuger der Operette „Das Dreimäderlhaus", die ihren Bombenerfolg nur den darin verwendeten Schubertschen Melodien verdankt, der armen Frau eine Rente aussetzen, die sie vor der Not schützt?

Zeitschriftenschau

„Die Sonne" (Alexander Duncker Verlag, Weimar) bringt in Heft 9 wieder eine Anzahl sehr wertvoller Aufsätze zur Rassenfrage. Bernhard Schultze, Naumburg, untersucht in „Handschrift und Rasse" die rassischen Grundlagen der Graphologie. 7 Abbildungen sind dem Aufsatz beigegeben. Dr. H. A. Ritter beleuchtet in „Verbrecherherrschaft" das bolschewistische Mordregiment in Rußland von rassenbiologischen Gesichtspunkten aus und schreibt zum Schluß: „Kein Kulturvolk ist vor der Verbrecherherrschaft sicher, besonders ein solches nicht, das sich nicht fortgesetzt mit durchgreifendem Eifer von den in seiner Mitte aufwachsenden verbrecherischen Erbstämmen säubert, sondern diese ungestört wuchern läßt. Seit vielen Jahren schon haben wir die richtige Erkenntnis durch die Kenntnis der Vererbungsgesetze gewonnen. Nur nutzen wir sie nicht nur nicht, sondern treiben unter der Staatsleitung Ungeeigneter einen Kult mit Verbrechern. Das ist heute nicht mehr Dummheit, sondern Schlimmeres." Univ.-Prof. Ritterhaus macht auf die große Wahrscheinlichkeit aufmerksam, welche die Stillung von Kindern durch niederrassige Ammen auf die Rassenvernichtung haben dürfte. („Eine noch unbeachtete Ursache der Rassenmischung?") Dr. Harald v. Bredow behandelt „Die wechselnde Besiedelung Ostelbiens in frühgeschichtlicher und geschichtlicher Zeit"; O. Zienau schreibt über „Das finnische Doppelsprachenproblem" und Christian Leben gibt „Persönliche Erinnerungen an Fritjof Nansen".

„Die völkische Schule" (Berlin-Reinickendorf, Bernerstraße 8) bringt in ihren letzten Heften „Anregungen für die deutsche Schule", „Deutsche Erziehung auf der Nordischen Tagung", „Gegen das Fremdtum im Bildungswesen", „Die Macht der Freimaurerei in Mecklenburg auf dem Gebiete der Schule und Kunst", „Die Ernte im Brauchtum", „Friedrich Nietzsche 1844—1900", „Der Film und seine Beherrscher", „Die Heimat im Religionsunterricht der Grundschule", „Siegfried Wagner †", „Esperanto in der Praxis", und einen Hinweis auf eine seltsame Einstellung von Meyers Konversationslexikon.

„Sudetendeutschland" (Wien 8, Fuhrmannsgasse 18a) bringt zur Herbsttagung des Völkerbundes einen großen Beitrag von Dr. Viktor Lefford, „Der Völkerbund — seine Pflichten und die Rechte der Minderheiten und des deutschen Volkes". Dr.

„Deutsche Erde" (Terra-Verlag, Berlin W 9, Linkstr. 31) bringt in Heft 23 von Erich v. Hartz „Das mythische Urteil des Volkes", von Fritz Heinz Reimesch „Deutsche Sprachinselschicksale", ein illustrierter Aufsatz über die deutschen Sprachinseln in Bosnien und in Iglau, von Paul Hornbrecher „Im schönen Land an der Saar", von Dr. Friedrich Lüers „Mythologie und Volkskunde", von Hans Busen „Alte deutsche Lügengeschichten", von Kurt Reinhard Dietz „Vom Leben unserer Muttersprache", von Dr. G. Tischer „Siegfried Wagner", von A. Müller einen Vogelbeitrag „Die Meisen", von Ernst Trebesius „Vom Gummibaum zum Autoreifen" sowie vier Kurzerzählungen.

„Deutsche Heimat" (Deutscher Heimatverlag, Plan bei Marienbad) enthält in Folge 8 u. a. die Erzählungen „Der Königsbote" von Karl von Eisenstein, „Das Geheimnis der alten Scheune" von Anton Adalbert Hofmann und „Hochwaldwunder" von Luise Nowak, die Gedichte „Der Garten der Kindheit" von Hild Bergmann, „Sterbender Tag in Mähren" von Ernst Hollmann, „Idylle" von Josef Wolf, „Wiegenlied" von Karl Franz Leppa, „Im letzten Abendlicht" von Josef Mühlberger, die Würdigung des Malers Richard Axmann von Gustav Willscher, „Die Höritzer Passionsspiele" und „Einige bemerkenswerte römische Altertümer aus Böhmen" von Dr. Helmut Preidel sowie zwölf Bildwiedergaben und vier Kunstdruckbeilagen.

„Asgard" (Sonnenverlag, Hannover, Sallstraße 88) bringt in Heft 9 von G. H. Lomer „Neue Glocken", von Dr. Lomer „Die tausend Uhren Gottes", von Dr. Pudor „Die Uhr, ein Beitrag zur Mythenforschung", von Volkwin „Was steht in deiner Hand?" In der Zeitschriftenschau werden, diesmal ohne Polemik, die „Nationalsozialistischen Monatshefte" zitiert. Dr.

Gertrud v. Wenckstern: Isabella von Lothringen. Historischer Roman. Schlieffen-Verlag, Berlin 35. 249 Seiten.

Wenn deutsche Prinzessinnen nach Frankreich heirateten, so haben sie alle dort ein leiderfülltes Schicksal zu tragen gehabt. Es genügt, die Namen Marie Antoinette und Liselotte von der Pfalz zu nennen. Und diese beiden hatten im 15. Jahrhundert bereits eine Vorgängerin in Isabella von Lothringen, der Enkelin des deutschen Kaisers Ruprecht von der Pfalz und Tochter der heiligen Margarete. Es klingt wie ein Wunder, daß die deutsche Prinzessin für ihren in Burgund gefangen gehaltenen Gatten, René „den Guten", jahrelang das Königreich Neapel regiert und gegen die Aragonesen verteidigt. Nach dem Verlust Neapels werden ihre beiden Söhne durch den Dauphin von Frankreich durch Mord beseitigt, ihre Tochter Anna wird vom Blitz getötet, Margarete als Königin von England in den Krieg der weißen und roten Rose verstrickt und ihr Gemahl schenkt sein Herz der jungen Johanna von Laval. Gertrud von Wenckstern hat das Schicksal Isabellas in meisterhafter Sprache mit tiefem Gemüt und einer jener fernen Zeit entsprechenden Stimmung dargestellt. Dr.

Die Hintergründe der Prager Ausschreitungen

Begreiflicher Haß gegen die verjudete Oberschicht, der sich auch gegen die Deutschen wendet — Deutsche Gegenmaßnahmen

Angesichts der wüsten Ausschreitungen des Prager Pöbels gegen deutsche Kinos und Theater erscheint es uns angebracht, einmal die gesamte Vernichtungspolitik der Tschechen gegen die Deutschen in Böhmen, die 30 Prozent der ganzen Bevölkerung ausmachen, etwas näher zu beleuchten. Die Aufsätze dieser Seite werden dazu wertvolle Dienste leisten. Die Deutschen in Böhmen stehen in einem Kampf auf Tod und Leben um ihr Deutschtum.

*

Von unterrichteter deutschböhmischer Seite geht uns folgender Bericht zu, dessen Gedankengänge jedenfalls ernstere Beachtung verdienen:

Mit Recht verurteilt man überall, wo gesittete Menschen wohnen, die Vorgänge, die sich in den letzten Tagen in Prag und nun auch in Provinzstädten abgespielt haben und die hoffentlich zu ernsten

Gegenmaßnahmen des deutschen Volkes,

weil man ja mit solchen der Reichsregierung nicht rechnen kann, führen werden. Was tschechischer Herkunft ist, muß boykottiert werden! Wobei man wohl endlich in Deutschland eine Unterscheidung machen wird, die leider gerade von Reichsdeutschen selten genug gemacht wird zwischen Tschechen und Deutschböhmen!

Die Prager Minderheit ist zum Unterschied von der deutschböhmischen Provinz, wenn man Pilsen, Brünn und Ostrau abzieht, sehr stark von jüdischem Element durchsetzt.

Die gesamte „deutsche“ Oberschicht Prags ist zu zwei Dritteln jüdisch oder verjudet,

Hochschulen, Zeitungen, Theater sind ausschließlich jüdische Domäne. Dazu kommt, daß dieses Prager Bürgertum, was schon seine repräsentativen „Dichter“ beweisen, man denke an Werfel, Brod, Pick, oder was andere „Künstler“ bewiesen haben, man denke an Reinhardt-Goldmann oder Orlik, stark tschechisch orientiert ist. Alle „Versöhnungsmacherei“ ist vom Prager Judentum ausgegangen und unter deutscher Flagge gesegelt.

Die Straßenbewegung, die sich natürlich wieder in ihren letzten und empfindlichsten Auswirkungen gegen die arischen Deutschen und nicht die jüdischen Deutschsprechenden gewendet hat, war in ihren Ursprüngen gegen die reiche jüdische Bourgeoisie gerichtet.

Die Bewegung, die unter den Tschechischen eingesetzt hat und sich faschistisch nennt, ist eine antisemitische Bewegung. Leider sind die Figuren, die sie führen, sehr zweifelhafter Natur, gegen den ehemaligen Gesandten in Amerika, Pergler, sind die ärgsten Anschuldigungen erhoben worden, ohne daß er Gelegenheit zur Untersuchung gab, Gajda ist der desertierte österreich.-ungar. Reservefeldwebel Heidl, der sich in Serbien als Arzt ausgegeben hat und zuletzt der Führer der tschechischen Legionen in Rußland war, wo diese wie Räuber gehaust haben, und der als spionageverdächtig als Chef des Generalstabes degradiert werden mußte, und eine der übelsten parlamentarischen Figuren, Stribrny, der in seinen Moralanschauungen „Anarchist“ ist.

Getroffen soll die „Burg“ werden, d. h. in der Person Masaryks, den man ja den unehelichen Sohn einer Jüdin nennt, und des Freimaurers und Lieblings der europäischen Judenpresse Benesch, das regierende Tschechentum, das die schleichende Entdeutschung betreibt und dabei „europäische“ Formen wahrt.

Was nun die Kämpfe zwischen tschechischem Proletariat und jüdischer Großbourgeoisie anlangt, so können sie uns Deutsche ganz kalt lassen.

Und ob eine tschechische Regierung aalglatt und unter süßen Schalmeien entdeutscht oder ihre Brutalitäten auch brutal und ungeschminkt durchführt, das kommt letzten Endes auf eines heraus. Aber, daß bei diesem Kampf die wirklichen Deutschen Prags, die fast lauter arme Teufel aus der Provinz sind, wie die Studenten, zum Handkuß kommen, das ist eine Angelegenheit des Gesamtdeutschtums.

Ob die moralischen Qualitäten der jetzt Regierenden besser sind als die der sogenannten Faschisten, weiß man nicht genau; das mögen die Tschechen selbst entscheiden. Über das Schicksal der Tschechoslowakei werden sie ja ganz zuletzt nicht zu entscheiden haben!

Eine Parallele zwischen den Prager Faschisten und der Hitlerbewegung zu ziehen, ist eine Frechheit!

Das zeigt schon die Schilderung der Prager Führer.

Wenn die Prager Tschechen keine jüdischen Filme wollen, ist das ihr Recht; wir wollen weder jüdische, noch tschechische Filme; auf die letzteren sollte fortlaufend aufmerksam gemacht werden, wie sich auch die Bayerische Staatsoper die Aufführung der „Geliebten Stimme“ des jüdisch-tschechischen Jaromir Weinberger etwas überlegen sollte.

Die Verdrängung der Deutschen vom Arbeitsmarkt

Ein Vernichtungsfeldzug gegen deutsche Industrielle, Arbeiter Beamte und Angestellte

Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei, die bekanntlich durch einen Minister in der Prager Regierung vertreten ist und gemäß ihrer Einstellung heute wie immer ihre „gemeinsame Kampffront tschechischer und deutscher Arbeit“ betont und „mit der tschechischen sozialdemokratischen Partei und den tschechischen Gewerkschaften für den Staat arbeiten“ will, hielt kürzlich eine Reichstagung der Partei und der Gewerkschaften ab.

Anlaß hierzu bot nach den Worten des Vorsitzenden „die furchtbare, nicht mehr zu ertragende Notlage der deutschen Arbeiter“; die Tagung hatte die „Aufgabe, einen Aufschrei und eine ernstliche und deutliche Mahnung an alle Verantwortlichen des Staates und an die gesamte Öffentlichkeit zu richten, mit dem

Vernichtungsfeldzug gegen die deutschen Arbeiter und Angestellten

endlich ein Ende zu machen“.

Auf der Tagung entwarf Abg. Anton Pohl in seinem Bericht über „Die wirtschaftliche Situation und die deutsche Arbeiterklasse“ ein geradezu erschütterndes Bild des wirtschaftlichen Elends der sudetendeutschen Bevölkerung, die zum großen Teil „auf die ganz verfehlte Wirtschaftspolitik des tschechischen Staates seit seinem Bestehen zurückzuführen ist“ und nach den Worten des Prager „Sozialdemokraten“ „verschärft wird durch den chauvinistischen staatlichen Protektionismus, durch die planmäßige Tschechisierung, die fast alle amtlichen Stellen üben“.

Sehr bedeutend ist der Unterschied zwischen den deutschen und tschechischen Arbeitern in der Frage der Arbeitslosigkeit, die nicht bloß begründet ist „in der geographischen Struktur der deutschen Siedlungsgebiete, die eine vorwiegende Exportindustrie haben“, und beim Zurückgehen der Ausfuhr schwerer als die tschechischen Gebiete betroffen werden, sondern auch die „Passivität der Staatsorgane, die Untätigkeit des Staates“ verursacht wird; denn „eine sehr kräftige reale Basis“ hat das Gefühl der deutschen Arbeiter, daß „für die Exportindustrie nichts geschieht, weil es sich um deutsche Beschäftigte handelt“. Ein Vergleich von 61 Gerichtsbezirken Böhmens, die entweder rein tschechisch sind oder eine tschechische Mehrheit haben, mit 41 deutschen Bezirken ergibt, daß nach dem Stande vom 31. Mai 1930

auf je 1000 deutsche Einwohner in den deutschen Bezirken rund 18, auf je 1000 tschechische Einwohner nur 9 Arbeitslose

entfallen, daß also die Deutschen die doppelte Anzahl der Arbeitslosen (und zwar die amtlich gemeldeten, die nur ein Bruchteil der wirklich Arbeitslosen sind) zählen müssen.

Das „traurigste Kapitel“ ist die Stellung der Deutschen zum Staate als Arbeitgeber. Bis zum Jahre 1929 wurden 33 100 Deutsche abgebaut, darunter Leute, die noch ruhig hätten 10 bis 15 Jahre dienen können. Dieser vorzeitige Abbau kostet den Staat seit seinem Bestande 4 Milliarden Kronen an überflüssigen Pensionen. Die Zahl der deutschen Eisenbahnangestellten (ohne Beamten!) ist von rund 22 000 auf 11 000 gesunken; der Abbau der deutschen Beamten bei den Bahnen beträgt 6000 bis 10 000.

Derzeit sind von 600 Oberbeamten im Eisenbahnministerium nur 2 Deutsche, unter den 109 Oberbeamten bei den Staatsbahndirektionen gibt es keinen Deutschen, von 37 Abteilungsvorständen sind 3 Deutsche; von 411 Gruppenleitern 18 Deutsche, von 122 Vorständen der Bahnerhaltungssektion kein Deutscher, von 111 Vertretern 17 Deutsche, von 37 Heizhausvorständen kein Deutscher, von 1375 Stationsvorständen 48 Deutsche und von 72 Kassenrevisoren 4 Deutsche.

„Der Machtbereich der Eisenbahn dringt bis zur Klosettfrau und zur Zeitungsverkäuferin, bis zum Restaurateur und dem Pikkolo.“

Im Postdienst wurden mehr als 50 v. H. Deutsche durch Tschechen ersetzt; Neuanstellungen von Deutschen werden nicht vorgenommen; derzeit sind beim Postwesen 7,5 bis 18 v. H. Deutsche und 82,5 bis 92,5 v. H. Tschechen angestellt; dieses Verhältnis trifft auch bei den Bezirksbehörden, Steuerämtern, Bezirksgerichten und der Gendarmerie zu, in einzelnen Fällen ist es noch schlimmer.

Hierbei ist zu beobachten, daß die Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien 30,6 v. H. der Staatsbürger ausmachen! (Von den vielen Beispielen, die Abg. Pohl anführte, seien genannt: bei der Post in Graslitz 22 Tschechen und 5 Deutsche, in Weipert 25 und 3, in Eger 113 und 60, in Saaz 81 und 34; beim Kreisgericht in Eger 148 Tschechen und 71 Deutsche, beim Steueramt in Karlsbad 30 Tschechen und 25 Deutsche, bei der Bezirks- und Steuerbehörde in Krummau 31 Tschechen und 9 Deutsche, beim Steueramt in Reichenberg 22 Tschechen und 3 Deutsche!)

Bei der Tabakregie werden in den „historischen Ländern“ 70 v. H. Tschechen und 30 v. H. Deutsche aufgenommen, aber nur in Fabriken, die in deutschen Städten liegen; freilich müssen aber 50 v. H. aller freien Stellen den Legionären zugeteilt werden, und erst die restlichen 50 v. H. werden zwischen Tschechen und Deutschen aufgeteilt.

Auf den staatlichen Kohlengruben sind gut zwei Drittel deutscher Bergarbeiter, zusammen weit über 1000, entlassen und durch tschechische ersetzt worden. Bei der Verweigerung der Neueinstellung deutscher Beamter und Arbeiter herrscht heute „ein ungeschriebenes Gesetz:

Deutsche werden nicht eingestellt“.

Hier entscheidet „die Bürokratie, und sie entscheidet so, wie es der Narodni Vybor oder die Jednota anordnet. Dagegen gibt es keinen Schutz, keine Instanz, keine Berufung, das ist der Staat im Staate, wie er den Deutschen an jedem Tag entgegentritt“.

Die Vergebung von öffentlichen Lieferungen erfolgt fast nur an Tschechen.

„Ich weiß“, erklärte Pohl, „daß die Vergebung von öffentlichen Lieferungen durch Einwirkung der Narodni Vybors oder der Jednota nach einem ungeschriebenen Gesetze niemals an einen Deutschen erfolgen darf.“

Die Postverwaltung, das Eisenbahnministerium und die Heeresverwaltung haben vor kurzem 252 000 Meter Blusen-, Hosen- und Mantelstoff ausgeschrieben. Die Vergebung ging restlos an vier tschechische Firmen in Humpoletz. Jährlich werden 40 bis 50 Millionen für Kohle fürs Eisenbahnministerium vergeben. Die Firmen, die die schlechtesten Marken haben, sind in der Krise voll beschäftigt, weil sie Staatslieferungen haben, und andere Schächte können nur zwei bis drei Schichten arbeiten.

Die von den Brucher Kohlenwerken vor etwa sechs Wochen entlassenen 1000 Bergarbeiter sollten beim Bau des Rangierbahnhofes in Brüx und Kopitz Verwendung finden. Wenn bei der Bauleitung aber ein deutscher Arbeitsloser vorspricht, bekommt er überhaupt keine Antwort, dafür aber werden Slowaken zu Hunderten hingebracht, obzwar in der Gegend massenhaft Arbeitslose sind.

„Bei den Bauarbeiten wird kein Fenster, kein Beschlag oder keine Blechbedachung an Leute vergeben, wo Deutsche beschäftigt sind. Alles geht restlos ins tschechische Gebiet. Dazu kommt noch die Wirkung der Bodenreform, dasselbe gilt von der Wälderverstaatlichung.“

Diese, wie der Prager „Sozialdemokrat“ schreibt, „furchtbaren und anklagenden Zahlen“ stehen im schreienden Widerspruch zu allen schönen Reden des Präsidenten, und sie widerlegen die von Dr. Benesch und seiner Auslandspropaganda immer wieder verbreitete Behauptung von der Gleichberechtigung aller Staatsbürger in der tschechoslowakischen Republik!

Tschechisches Heldentum

Ihr niederträchtiger Verrat in Sibirien — Diebstahl und Fahnenflucht war von ihnen sanktioniert – Sie halfen den Bolschewisten zur Vernichtung der russischen Armee

Tschechische Kultur / Zerstörte Gebäude in Prag

Von allen Tschechen wurden die Legionäre nach ihrer Rückkehr aus Rußland umjubelt, ihr Marsch nach dem Osten wurde als „Sibirische Anabasis“ gefeiert, noch heute werden sie als die Schöpfer des Vaterlandes gepriesen und gelten als Verkörperung alles Heldentums.

Und besonders ihr General Gajda, der einstige österreichische Sanitätsunteroffizier, wurde in den Himmel gehoben, der

schließlich als Hochstapler entlarvt

und kürzlich mit Entscheid des obersten Gerichtes endgültig degradiert und als Landesverräter gebrandmarkt wurde, der gefeierte Held, dessen Brust mit vielen Orden der Ententestaaten geschmückt ist.

Und dieses Lobpreisen der tschechischen Masse wurde durch Bücher tschechischer Saatsmänner gebilligt und in die ganze Welt hinausgetragen. Masaryk weiß in seiner „Weltrevolution“ zu erzählen von der „undemoralisierten“ tschechischen Armee in Sibirien, er rühmt ihren Geist, der „auch nach der nicht militärischen Tätigkeit beurteilt werden“ muß, er preist ihre „wirtschaftliche“ Tätigkeit und den „heroischen Ruhm der Anabasis“; und nach Dr. Benesch („Der Aufstand der Nationen“, S. 554) „verdient besondere Anerkennung die wissenschaftliche, finanzielle und kulturelle Arbeit unserer (tschechischen) Sibirischen Armee“; in ihr äußere sich nach seinen eigenen Worten“ am besten der Genius der tschechischen Rasse“.

Die ehemaligen Kriegsgefangenen wissen freilich von den tschechischen Legionären so manches, aber nur keine Heldentaten zu berichten,

und in der 1921 in Tokio erschienenen Schrift eines hohen russischen Offiziers, „Die tschechischen Argonauten in Sibirien“, wurden „die Berichte der Tschechen über die militärischen Heldentaten ihrer Landsleute als Produkte lebhafter Phantasie erwiesen“.

Aber die Legionäre blieben weiter die verehrten Helden ihres Volkes, bis nun einer kommt, der ihre Tätigkeit als Augenzeuge kennengelernt und selbst verspürt hat und

ihnen die Maske des Heldentums schonungslos herunterreißt.

Es ist dies der ehemalige russische Generalleutnant Konstantin W. Sakharow, ein Mitkämpfer Koltschaks, der kürzlich im H. W. Hendriock-Verlag, Berlin-Charlottenburg 2, ein Buch über „Die tschechischen Legionen in Sibirien“ erscheinen ließ, in dem er wohl mit unverhohlenem Haß gegen die Verräter, aber mit soldatischer Schlichtheit und tief erschütternd

„die Geschichte des unerhört niederträchtigen Verrates der Tschechen in Sibirien“

schildert. Sakharow erbringt unwiderlegliche Beweise dafür, daß die tschechischen Legionäre in Rußland und Sibirien durchaus keine Helden waren, sondern „ein Schwarm schwarzer Krähen“, der das unglückliche Land auszog und plünderte, und Leute, die sich „als Diebe, Räuber und Feiglinge im Namen des Rechts, des Gesetzes und der Humanität“ benahmen.

Auf Grund der durch Dokumente belegten Darstellung Sakharows entpuppt sich der vielgerühmte „Heldenkampf“ der Tschechen gegen die Bolschewisten als „eine Reihe von kleinen unbedeutenden Gefechten“; sie spielten bloß die Befreier, ließen aber die russischen freiwilligen Truppen kämpfen, denen es nicht leicht fiel, den „ungebildeten tschechischen Generälen und Führern Gehorsam zu leisten“; im Rücken des russischen Heeres, das im August und September 1918 besonders schwere Kämpfe zu bestehen hatte, bei denen die Tschechen untätig zusahen, wurde von ihnen „spekuliert, gehandelt, gestohlen und geraubt“; „die Stimmung ihrer Armee sank auf den Nullpunkt.

Diebstahl und Fahnenflucht waren sanktioniert“,

heimlich verließen sie, „ohne auch nur einer Menschenseele von dieser Absicht Mitteilung zu machen“, das Gebiet von Kasan, so daß die Stadt wieder in den Besitz der Bolschewisten kam, „schleppten alles, was sie an Hab und Gut der russischen Regierung erreichen konnten, mit sich fort“, beluden „alle vorhandenen Züge mit ihrer Beute und zogen nach Osten ab“ und haben es so „verschuldet, daß damals unschuldiges russisches Blut und Tränen in Strömen flossen“.

Die 50 000 Tschechen fuhren in 20 000 ‚requirierten‘ Waggons zurück und nahmen alles mit, was nicht niet- und nagelfest war:

Heeresbekleidung, Waffen, Munition, Tuchballen, Lebensmittel, Fußbekleidung aller Art, Metalle, Rohmaterialien, Maschinen, Rassevieh, Medikamente, Kautschuk, Gummi, Kupfer, ja selbst die Bibliothek und das Laboratorium der Permschen Universität „beschlagnahmten“ sie; ihr Raub war, „niedrig gerechnet, eine Rußland auferlegte Kontribution von mehreren hundert Millionen Goldrubel“.

Den Winter 1918/19 verbrachten die Tschechen in den reichsten Städten Sibiriens, und während die weißrussische Armee „ihre Pflicht tat und dabei den größten Entbehrungen ausgesetzt war“, lungerten die Tschechen „faulenzend herum, schacherten und spekulierten“. Zu seinem Unheil hatte Reichsverweser Koltschak in blinder Vertrauensseligkeit Gajda zum Kommandanten der ersten Sibirischen Armee gemacht. Als im Frühjahr 1919 die Weiße Armee ihren Vormarsch zur Wolga begann, blieben die Tschechen untätig, standen und rührten sich nicht und blieben mit der Waffe in der Hand vor ihren warenstrotzenden Waggons sitzen“, ja auch die „große russische Sibirische Armee unter dem Befehl Gajdas lag untätig da“, zog sich während der Kämpfe sogar immer mehr zurück, und

„das unsterbliche Bataillon des Generals Gajda“ lief zu den Bolschewiken über.

„Das russische Volk (diese furchtbare Anklage erhebt Sakharow) wäre von der blutigen Diktatur befreit gewesen, wären uns die Tschechen damals, wenn auch nur mit einer einzigen Division, beigesprungen, nur mit 10 000 von ihren 50 000 Mann“.

So aber mußte sich die Weiße Armee nach Osten zurückziehen, „etliche Hunderttausende von Russen hungrig, halbnackt, krank und dem Tode preisgegeben, weil 50 000 kräftige, ausgeruhte Tschechen ihr geraubtes Gut in Sicherheit bringen wollten“!

Zu spät hatte Reichsverweser Koltschak Gajda degradieren lassen

und aus der Liste der Armee gestrichen, zu spät hatte er beschlossen, „alle Mittel anzuwenden, um dem Treiben der Tschechen ein Ende zu bereiten“; auch beabsichtigte er, „die Tschechen, ehe sie sich im Hafen von Wladiwostok einschifften, einer Gepäcksrevision zu unterwerfen“.

Um aber diesen Plan zu vereiteln und „um sich selbst und ihr Hab und Gut möglichst rasch in Sicherheit zu bringen, stürzten die Tschechen das Regime des Admirals Koltschak und

verhalfen den Bolschewisten zur Vernichtung der russischen Armee“.

Diesen tschechischen Verrat bezeugen selbst die Bolschewiken, denn der Vorsitzende des revolutionären Komitees in Irkutsk, Schirjamow, schreibt: „Der Kopf Admiral Koltschaks war der ausbedungene Preis für freie Passage der Tschechen.“

Die tschechische Öffentlichkeit hat bisher zu den genau belegten Anklagen Sakharows geschwiegen! Wird auch die Welt dazu schweigen? Oder hat der russische Ankläger nicht recht.

„Das Interesse der ganzen Welt fordert eine eindeutige Verurteilung des Verhaltens der Tschechen in Rußland. Geschieht das nicht, so bleibt in Europa ein Staat bestehen, der Mörder, Frauenschänder und Diebe nicht nur ungestraft beherbergt, sondern ihnen auch leitende Ämter überläßt und sie als Helden feiert.“

Dr. Wilhelm Maschke.

Die systematische Vertschechung des deutschen Sprachgebietes

Die tschechische Schulpolitik ein Hohn auf alle schönen Worte Ihr Endziel die Vernichtung des Deutschtums

Während der letzten Tagung des Prager Parlaments haben wiederholt deutsche Abgeordnete, darunter mehrmals Mitglieder deutscher Regierungsparteien, wie der Abgeordnete Hodina vom Bund der Landwirte, die

deutschfeindliche Schulpolitik der tschechischen Machthaber

scharf gegeißelt und sich besonders gegen die fortdauernde Errichtung gänzlich überflüssiger tschechischer Minderheitsschulen in rein deutschen Orten gewendet.

Der Unterrichtsminister mußte damals erklären, daß im tschechischen Staate 1400 tschechische, 23 deutsche und 3 polnische staatliche Minderheitsschulen bestünden, versicherte aber, daß künftighin Minderheitsschulen nur im Falle des dringenden Bedarfes errichtet werden sollen, und daß kein Seelenfang betrieben werde.

Die Tatsachen widerlegen aber wieder einmal wie des öfteren im tschechischen Staate die schönen Worte des Ministers.

Wie groß die Zahl der tschechischen Minderheitsschulen ist, die in rein deutschen Gegenden geradezu in Schulpalästen für 1—5 Kinder noch immer eröffnet werden, während in einer ganzen Reihe von Gemeinden bis zu 72 deutsche Kinder keine deutsche Schule haben, hat seinerzeit Abg. Hodina an Hand eines reichen Materials nachgewiesen, und dafür bringt der Alltag immer neue Beweise:

Während z. B. vier an der Sprachgrenze gelegene deutsche Orte des Bezirkes Plan seit mehr als einem Jahrzehnt vergeblich um die Errichtung deutscher Schulen bemüht sind und die deutschen Schulkinder stundenweite Wege bei jeder Witterung zurücklegen müssen, um nur überhaupt Schulunterricht genießen zu können, wird der überwiegend deutsche Bezirk im Laufe des heurigen bzw. des Schuljahres 1931 mit drei neuen tschechischen Schulbauten beglückt werden, deren mangelnde Frequenz durch tschechische Kinder auf dem bekannten Wege, der Herbeiziehung deutscher Schüler, aufgefüllt werden soll.

Was der tschechische Schulfanatismus für Blüten zeitigt, geht geradezu ins Unglaubliche, denn man ist nun glücklich so weit gekommen, daß

eine tschechische Schule auch ohne Kinder weitergeführt

wird: Die tschechische landwirtschaftliche Schule in Eisenberg an der March sollte nach zweijährigem Bestande gesperrt werden, weil sich heuer kein einziger Schüler einschreiben ließ. Doch beschloß der zuständige Schulausschuß die Weiterführung dieser Schule mit allen gegen zwei Stimmen. Sogar Tschechen wenden sich gegen den tschechischen Schulüberfluß:

In der deutschen Stadt Müglitz in Nordmähren besteht eine tschechische Minderheitenschule, für welche die Schüler aus der näheren und weiteren Umgebung herangezogen werden müssen.

In dem Grenzblatte „Severni morava“ wird nun Beschwerde geführt, daß Kinder, die in andere tschechische Schulen näher hätten, nach Müglitz müßten, und daß die Versprechungen, die den Eltern gemacht wurden, wenn sie die Kinder nach Müglitz zur Schule schicken, nicht eingehalten würden. Nichtsdestoweniger werden in Müglitz nunmehr auch zwei tschechische Sprengelbürgerschulen, je eine für Knaben und Mädchen, errichtet, deren Bau drei Millionen Tschechenkronen kosten wird.

Die Beteuerung des Unterrichtsministers, daß es keinen Seelenfang gebe, und daß er einen solchen auch nicht dulden würde, wird am besten durch den Tätigkeitsbericht des Deutschen Böhmerwald-Bundes widerlegt. Da ist, um nur

einige der krassesten Fälle

herauszugreifen, zum Beispiel die tschechische Minderheitsschule in Strobnitz, Bezirk Gratzen. Sie wird von 40 Kindern besucht, von denen 21 rein deutsch sind. In der tschechischen Schule zu Deutsch-Beneschau sitzen unter 34 Schülern 18, in Unterhald unter 37 16, in Rosenberg unter 20 sogar 12 deutsche Kinder. Die tschechische Schule in Gojan (Bezirk Kalsching) zählte 48 Kinder, davon 18 rein deutsche, Sablat (Prachatitz) von 52 11, Alt-Langendorf von 11 6, Unterreichenstein von 10 6, Rehberg von 21 14, Seewiesen von 25 14, Stubenbach von 10 6 deutsche Kinder. Diese Liste könnte ins Unendliche verlängert werden.

Mit ihren bisherigen Erfolgen sind aber die Tschechen nicht zufrieden, vielmehr werden, wie die „Prager Presse, das deutschgeschriebene Blatt des Außenministers Dr. Benesch, meldet, laut Regierungsbeschluß für den Bau von Minderheitenschulen für die nächsten zehn Jahre je 28 Millionen Kronen, insgesamt also 280 Millionen, aus Staatsmitteln bewilligt. „In zehn Jahren“, so schreibt das Blatt, „hofft die Unterrichtsverwaltung das Minderheitenschulwesen so saturiert zu haben, daß sich der Bau neuer Schulen erübrigen wird.“

Ein unbefangener Ausländer, der die wahren Verhältnisse in der Tschechoslowakei nicht kennt, wird beim Lesen dieser Mitteilung vor dem tschechischen Staate wohl die größte Hochachtung empfinden, da dieser in so vorbildlicher und umsichtiger Weise „für die Minderheiten“ sorgt. Denn daß es nicht die Minderheiten im Sinne der Verträge sind, sondern das Staatsvolk, für dessen Schulen mit solcher Freigebigkeit gesorgt wird, erfährt er aus dem Regierungsblatt nicht und kann auch nicht erkennen, daß der diplomatische Ausdruck „Saturierung“ des Minderheitenschulwesens nichts anderes bedeutet als die

vollständige Durchsetzung des geschlossenen deutschen Sprachgebietes mit tschechischen Schulen.

Zu den Schulpalästen für 1—5 tschechische Kinder, über die sich selbst der tschechische Finanzminister Dr. Englisch entrüstet hat, werden nun mit Einwilligung desselben Finanzministers noch Hunderte solcher Schulen hinzugebaut werden.

Mit 280 Mill. Kronen kann man viel machen, und es entspricht der Großzügigkeit der tschechoslowakischen Republik, daß sie diesen Aufwand für Nationalisierungszwecke im deutschen Gebiet gleich auf zehn Jahre festlegt — trotz der Ungunst einer Gegenwart, die vielen Tausenden von deutschen Arbeiterfamilien kaum das trockene Brot schenkt.

Der Diebstahl des deutschen Bodens

Durch die sog. „Bodenreform“ wurden den Deutschen in Böhmen in den letzten 11 Jahren rund 611 000 Hektar Boden geraubt

Seit mehr als elf Jahren entfaltet in der Tschechoslowakei das Bodenamt seine „segensreiche“ Tätigkeit; mit seinen 11 Gebietsstellen, seinen 55 Zuteilungskommissariaten und Kolonisationsstellen, mit seiner Unmasse von Beamten, unter denen sich wie im Bodenamte selbst nicht ein Deutscher befindet, betreibt es

für die Tschechen eine großangelegte Bodeneroberung.

Zur Verfügung standen ihm insgesamt 4 081 182 Hektar; hiervon wurden bis Ende 1929 an 575 442 Bodenbewerber 1 393 445 Hektar zugeteilt, 1 181 746 Hektar wurden auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen den Eigentümern freigegeben, so daß es am 1. Januar 1930 noch über 1 505 991 Hektar, davon 127 210 Hektar landwirtschaftl. Bodens verfügen konnte.

Während der 11 Jahre „Bodenreform“, die ein schwedischer Publizist einmal nicht mit Unrecht „Bodendiebstahl“ nannte, haben die Sudetendeutschen 611 000 Hektar Boden verloren,

was den Verlust eines Sechstels ihres Raumes bedeutet; die Einbuße an Volksvermögen geht in die Milliarden und kann nur annähernd geschätzt werden; von dem durch das Bodenamt verteilten Boden erhielten deutsche Bodenbewerber bisher rund 42 000 Hektar, was aber keinen deutschen Gewinn bedeutet, weil dieser Boden zumeist schon vorher als Pachtboden im Besitz und in Bewirtschaftung der Erwerber war.

Sämtliche 2920 deutsche Städte und Gemeinden, in denen bereits Bodenreform gemacht wurde, erhielten insgesamt 858 Hektar, hingegen bekam z. B. Prag allein 4160.8 Hektar Bau- und Siedlungsboden und soll noch 20 000 Hektar Wald erhalten. Ein schönes Beispiel für das so viel gerühmte „Gleiche unter Gleichen“.

Wohl hat der Humanist auf dem Hradschin, Präsident Masaryk, in seiner Neujahrsbotschaft vom Jahre 1922 die Lösung der gewaltigen sozialen Frage dieser Hunderttausend von Dienstnehmern, Pensionisten, Witwen und Waisen als unbedingt notwendig erklärt, wohl hat der jetzige Präsident des Staatsbodenamtes schon 1919 versichert, daß bei der Durchführung der Bodenreform „die Dienstnehmerschaft durch die Aufteilung keine irgendwie geartete Einbuße erleiden darf“ — aber dies waren nur schöne Worte, zu denen wie immer im tschechischen Staate die nachfolgenden Taten im schärfsten Gegensatz standen:

denn diese Dienstnehmer, so sieht der vielgerühmte soziale Charakter der Bodenreform in Wahrheit aus, wurden durch die Bodenreform um ihren Arbeitsplatz, ihre Versorgungsansprüche und zumeist auch um ihr Obdach gebracht.

Bis zum 1. Januar 1930 wurden nach amtlichen Angaben des Bodenamtes 60 217 Angestellte durch dasselbe versorgt und ihnen ein Betrag von 245 637 366 Kronen ausgezahlt. (Nach den früheren Verlautbarungen betrug ihre Zahl bis 1. Januar 1929 aber 67 238 und der für sie aufgewendete Betrag 249 860 891 Kr.; es sind also in dem einen Jahr 7021 Angestellte und 4 223 525 Kronen spurlos verschwunden!)

Völlig unversorgt blieben mindestens 30 000 Dienstnehmer, die am Tage der Kundmachung des Zuteilungsverfahrens nicht 18 Jahre alt waren, dann die, welche nicht mindestens 2 Jahre ununterbrochen vor der Übernahme wenigstens 150 Tage arbeiteten und alle Ausländer, denen durch eine einfache Verordnung jeder Anspruch auf eine Entschädigung genommen wurde.

Die „Versorgung“ der 60 217 Dienstnehmer ist aber auch nur eine Scheinentschädigung.

15 745 Angestellte erhielten eine Bodenzuteilung; das Ausmaß des im Jahre 1929 den Angestellten zugeteilten Bodens wird schamhaft verschwiegen; nach den vorjährigen amtlichen Ziffern erhielten 17 131 Dienstnehmer 59 148 Hektar, eine Familie also rd. 3.4 Hektar; nur ungefähr 600 Beamte bekamen Restgüter oder Heimstätten, also eine ausreichende Bodenzuteilung.

4167 Dienstnehmern wurde aus dem Versorgungsfonds eine Pension zuerkannt; solche Pensionen betragen 1200 bis 4400 Kronen (240 bis 880 Schilling) jährlich, nicht monatlich. Eine Geldabfertigung erhielten 28 913; der verlorene Arbeitsplatz wurde einem Beamten mit 30 202 Kronen, einem Angestellten mit 9886 Kronen, einem Deputatisten mit 5086 Kr. und einem Arbeiter mit 3469 Kronen, also nur zum Schein entschädigt und das erst dann, wenn die Dienstwohnung geräumt war.

Für 11 392 Dienstnehmer wurde eine Ersatzanstellung gefunden, d. h. sie blieben vorläufig auf ihrem Arbeitsplatz; zumindest die Hälfte von diesen hat aber keine dauernde Versorgung gefunden, vielmehr machten all diejenigen, die neuen privaten Bodenerwerbern zugewiesen wurden, die traurigsten Erfahrungen und mußten ihre Stellungen aufgeben, um nicht Hungers zu sterben.

Das alles ist das Endergebnis der tschechischen Bodenreform, die angeblich „als Verfügung wirtschaftlicher und sozialer Notwendigkeit durchgeführt“ wurde.

Auf deutscher Wacht im Südosten

Von slavischer Flut umbrandet schützt Kärnten die deutsche Kultur

Von Walter Kresse.

Von Königsberg bis Klagenfurt wehen in diesem Jahre die Wimpel deutscher Freiheit und Selbstbehauptung. Aus der Tiefe einer traurigen Erinnerung steigt dies geschichtliche Stück eines gemeinsamen Stolzes, das den Ostpreußen und den Kärntner lebendig zusammenfaßt und uns allen das Bewußtsein gibt, daß es

dasselbe deutsche Land ist, das sich vom Kamme der Karawanken bis an die Küste des Kurischen Haffs dehnt.

Im Frühjahr 1920 haben sich die Ostpreußen mit dem Stimmzettel zu Deutschland bekannt. Im Herbst 1920 waren es die Kärntner, die mit dem geschriebenen Ja nicht von der großen deutschen Heimat lassen wollten.

Aber die Kärntner taten noch mehr. Sie mußten sich noch 1919 mit der Flinte und dem Säbel in der Faust der feigen Überfälle erwehren, mit denen von den kahlen Pässen der Karawanken herunter die Serben die schwebenden Verhandlungen in ihrem Sinne zu korrigieren trachteten.

Im Herbst 1918 waren die österreichischen Fronten auf dem Balkan zusammengebrochen. Serbien wurde von den Mittelmächten geräumt. Es benutzte diese Gelegenheit dazu, um die kroatisch-slawonisch-slowenischen Gebiete, welche auch von Truppen entblößt waren, zu besetzen. So kam es, daß die Küstenlande, Krain und kleinere, südlich der Karawanken gelegene Gebiete Kärntens ohne Abstimmung zu dem neu gegründeten jugoslawischen Staat hinzugeschlagen wurden.

Die Serben wollten aber mehr. Sie wünschten alle Gebiete südlich der Drau, die zur größeren Hälfte von Deutschen, zum Teil aber auch von Slowenen bewohnt waren, in Besitz zu nehmen. Von Paris wurde eine alliierte Kommission ausgeschickt, die die Sachlage in Südkärnten untersuchen sollte. Das Resultat war, daß die Kommission eine Abstimmung vorschlug. Bis dahin sollte Südkärnten unter serbischer Herrschaft stehen.

Südkärnten wurde in zwei Zonen eingeteilt.

Zone I umfaßte die Gebiete südlich der Drau, Zone II das übrige Ostkärnten. Es wurde von der Kommission festgesetzt, daß, wenn Zone I für Serbien stimmte, Zone II ohne Abstimmung auch dazugeschlagen würde. In Zone II wohnten nämlich nur Deutsche, während Zone I gemischtsprachig war. Nun hatten die Serben aber mit aufständischer Bevölkerung in Mazedonien zu tun.

Ihre Truppen waren vollauf beschäftigt. Darum wurden Freischaren aus Krainer Nationalslowenen gebildet. Die Freischaren sollten dann in Kärnten die Ordnung aufrechterhalten. (!) Dagegen wehrten sich die Kärntner energisch.

1500 Kärntner Freischärler standen einer fünffachen slowenischen Übermacht gegenüber.

Fast einen Monat lang wurde in den Karawanken gekämpft. Dann wurden die regulären serbischen Truppen aus Mazedonien zu Hilfe gerufen. Auf dem Amselfelde kam es zur Schlacht (1919). 1000 Kärntner verteidigten den Paß gegen eine zehnfache Übermacht.

Von morgens um 7 Uhr bis nachmittags um 4 Uhr wurde gekämpft.

Dann mußten die Deutschen wegen Munitionsmangels das Feld räumen. Unbesiegt, aber um die Hälfte ihrer Zahl vermindert, zogen sie sich zurück.

In Klagenfurt ist den gefallenen Helden ein Denkmal gesetzt. Aber die Serben konnten unbehindert in Kärnten einmarschieren. Erbittert über den tatkräftigen Widerstand der Kärntner, behandelten die Serben alle Bewohner sehr streng, ja grausam. So kam in dieser unruhigen Zeit der 10. Oktober 1920 heran. Alle Deutschen Kärntens, Österreichs, ja ganz Deutschlands sahen ihm mit Bangen entgegen, alle Slowenen waren von Hoffnung erfüllt. Da wurde es am Abend des 10. Oktober offenbar!

Kärnten blieb deutsch!

Nun begann aber erst der eigentliche Kampf der Slowenen, ein allerdings viel schwierigerer Kampf; denn die jugoslawischen Beamten und Lehrer waren nach Serbien zurückgewandert. Während vor dem Krieg 40 000 Slowenen in Kärnten saßen, sind es jetzt nur noch 10 000. Aber trotzdem zeigten die letzten Wahlen, daß es einen Stock von Unversöhnlichen noch gibt.

So niederschmetternd die Niederlage des 10. Oktober 1920 für die Anhänger Südslawiens auch war, so haben sich diese von dem schweren Schlage doch rasch erholt und in verhältnismäßig kurzer Zeit eine stramme politische, kulturelle und wirtschaftliche Organisation geschaffen.

Sie haben ihre Unterhaltungs-, Bildungs- und Gesangsabende, Igren genannt, sie haben Sparvereine und sind politisch in einer Partei vereint. Alles ist fest zusammengeschlossen: eine Einigkeit, an der sich die Deutschen ein Beispiel nehmen könnten. Die Schöpfer und Stützer dieser Organisationen sind nach wie vor hauptsächlich slowenischnationale Geistliche, deren es weit über hundert im Lande gibt.

Bisher waren ihre Kämpfe allerdings vergebens.

In Krain, besonders in Laibach und den zum Teil von Deutschen bewohnten serbischen Grenzbieten, wird natürlich noch viel schlimmer gegen die Deutschen gehetzt als in Kärnten. Den Krainer Slowenen werden die schlimmsten Märchen erzählt, wie furchtbar schlecht es ihren Brüdern jenseits der Karawanken gehe. Die Forderungen aller Nationalslowenen gehen einfach darauf hinaus, Kärnten doch zu teilen und die slowenischen Minderheitsgebiete mit Jugoslawien zu vereinigen.

Die Kärntner fühlen sich unter der österreichischen Regierung sehr wohl.

Die serbische Herrschaft haben sie 1919 bis 1920 zur Genüge kennengelernt, und sie wollen nie wieder etwas mit Serbien zu tun haben. In Laibach sind nun viele Vereine gegründet worden, welche die Vereinigung aller Slowenen, auch derjenigen, die auf italienischem Boden wohnen, zum Ziele haben. Ebenso befaßt sich die Krainer Presse sehr viel mit dieser Frage. In Laibach ist man der Ansicht, daß beim Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich die Kärntner Grenze reguliert werden müsse.

Wenn nun Jugoslawien für diese Pläne keine Bundesgenossen bekommen könnte, so fordern einige Laibacher Politiker, daß man sich eben mit Italien verständigen und dann den Raub, also Kärnten, teilen müsse. So wird dem Volk in Slowenien systematisch der Gedanke der „Befreiung" Kärntens eingeprägt und die Öffentlichkeit auf die Tage der Entscheidung vorbereitet. Fragt sich nur, wie sich der jugoslawische Staat als Ganzes zu dieser Sache verhalten wird.

Die Laibacher Politiker sind natürlich eifrig bemüht, auch die Belgrader Regierung für ihre Gedankengänge zu gewinnen. Allein diese verhält sich augenblicklich sehr zurückhaltend und wird dafür jedenfalls ihre Gründe haben. Es ist ja bekannt, daß Belgrad in der Abwehr- und Abstimmungszeit 1918 bis 1920 von den slowenischnationalen Politikern dies- und jenseits der Karawanken über die Verhältnisse in Kärnten, die Stimmung der Bevölkerung gründlich getäuscht und so veranlaßt wurde, sich in das für sie aussichtslose Kärntner Abenteuer einzulassen.

Weil alle bisherigen Mittel versagt haben, versuchen die Slowenen eine neue Abstimmung herbeizuführen. Aber für Kärnten ist am 10. Oktober 1920 die Entscheidung gefallen. Wohl steht Kärntens Deutschtum nicht gefahrlos da, aber wenn die ganze deutsche Welt an Kärntens Frage Anteil nimmt, wenn alle in der Stunde der Not helfen,

wenn jeder Kärntner weiß, daß er den Schutz von 70 Millionen Deutschen im Rücken hat, dann wird er tapfer und erfolgreich deutsches Kulturgut im Südosten des großen, deutschen Landes verteidigen können!

Vierwöchige Belagerung einer Stadt durch eine Räuberbande

Schließlich drangen sie ein und richteten ein furchtbares Blutbad an

Berlin, 2. Oktober.

Die Stadt Lihsien im südlichen Teil der Provinz Kansu wurde nach einer Meldung aus Peking vor einem Monat von einer großen Räuberbande angegriffen. Die Bewohner der Stadt leisteten verzweifelten Widerstand, waren aber nach vierwöchiger Belagerung so erschöpft, daß die Räuber in die Stadt eindringen konnten. Sie richteten unter der Bevölkerung ein furchtbares Blutbad an. Nach in Peking vorliegenden Berichten wurden 8000 Einwohner niedergemetzelt. Nur die jungen Mädchen blieben verschont und wurden von den Räubern verschleppt.

Hundert Jahre preußische Museen

Ein Fest der Wissenschaft

Berlin, 2. Oktober.

Anläßlich der Hundertjahrfeier der staatlichen Museen fand am Mittwochvormittag in der neuen Aula der Berliner Universität ein Festakt statt, dem Vertreter des Reiches sowie der künstlerischen und wissenschaftlichen Gesellschaften und Institute beiwohnten.

Die Festansprache hielt der Generaldirektor der staatlichen Museen, Prof. Dr. Waetzoldt, in der er u. a. ausführte, daß die preußischen Museen auch Museen der Reichshauptstadt seien. Unter dem Schutz des preußischen Adlers seien sie in ihrer Bedeutung zugleich zu Museen des Deutschen Reiches herangewachsen.

Bei der Begrüßung der Vertreter des Auslandes sagte Dr. Waetzoldt, auf zahlreichen Wegen führe die Arbeit der Museen über die Grenzen hinaus zu den Nachbarn. Gerade für die Museen gelte das Wort des großen Geschichtschreibers Burghardt: „Im Reiche des Gedankens gehen alle Schlagbäume willig in die Höhe."

Er schloß mit den Worten: Wir wollen nicht in einen Fehler dieser für Deutschland so schweren Zeit verfallen, nämlich wirtschaftliche Vorteile und Nachteile zu überschätzen und die materielle Seite des Lebens zu überwerten. Gerade die Geschichte der Museen erweist es, daß alle Eroberungen zunächst in der Idee, dann erst in der Wirklichkeit gemacht worden sind und umgekehrt, man verliert nichts, was man nicht bereits in der Seele preisgegeben hätte.

Preußen ist stets ein armer Staat gewesen, Preußens Stolz aber ist es, daß seine Armut immer wieder schöpferisch geworden ist; was auch die Zukunft bringen mag, sie wird nichts ändern an der Hingabe an unseren Beruf, an der Treue unserer Staatsgesinnung und an der Liebe zu unserem deutschen Vaterland!

Professor Dr. Schmidt, der Rektor der Universität Berlin, brachte die enge Verbundenheit der Berliner Universität mit den Museen zu Ausdruck.

Professor Dr. v. Wilamowitz-Moellendorff wurde schon beim Betreten der Rednertribüne mit einem nicht endenwollenden Beifall begrüßt, als er anfing, namens der Akademien der Wissenschaften zu sprechen. Der Beifall brach erneut spontan aus, als er betonte, wenn er hier für die deutschen Akademien der Wissenschaften spreche, so bringe er selbstverständlich auch die Glückwünsche der Akademie von Wien. Er betonte in seinen Ausführungen den engen Zusammenhang zwischen den Museen und den Wissenschaften.

Den Abschluß der Feier, an der die Gelehrtenabordnungen von über 130 Staaten teilnahmen, die durch die große Anzahl im vollem Ornat erschienenen Rektoren von Universitäten und Hochschulen auch äußerlich ein festliches Bild darstellte, bildete eine große Reihe von akademischen Ehrungen und Überreichung einer Reihe von Jubiläumsausgaben insonderheit von archäologischen Instituten und befreundeten Museen.

Zum Hungertod verurteilt

Hunderttausenden wurden in Sowjetrußland die Lebensmittelkarten entzogen

Kowno, 2. Oktober.

Wie aus Moskau gemeldet wird, wurde festgestellt, daß in Moskau 300 000, in Leningrad 84 000, in Charkow 34 000, in Stalino (Donezkohlenrevier) 14 000 und in Nishny Nowgorod 11 000 Personen die Lebensmittelkarten mißbraucht haben. Diese Personen werden keine Lebensmittelkarten erhalten. Durch diese Maßnahme sind besonders die Kreise der russischen Intelligenz und des Bürgertums betroffen worden. Die Personen, die der Karten verlustig gegangen sind, müssen jetzt ihre Lebensmittel auf dem freien Markt einkaufen, was besonders in den Großstädten fast unmöglich ist.

Das Lebenszeichen nach 6 Tagen

Kowno, 2. Oktober.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der russische Flieger Tschuchnowski, der seinerzeit an der Rettung der Nobile-Expedition teilgenommen hat und jetzt im Auftrag der russischen Regierung mit seinem Junkerapparat auf dem Flug nach dem Karischen Meer begriffen ist, nachdem er seit sechs Tagen vermißt war, ein Lebenszeichen von sich gegeben. In einem Funkspruch erklärte er, er sei infolge der schlechten Wetterverhältnisse in Jenissei notgelandet. Er und seine Begleiter befänden sich bei guter Gesundheit und würden ihren Flug nach dem Karischen Meer weiter fortsetzen.

Autounglück einer Artistengruppe

Berlin, 2. Oktober.

Ein schweres Autounglück, dem eine Tiroler Künstlergruppe zum Opfer fiel, ereignete sich auf der Chaussee Magdeburg—Genthin. Die Artisten befanden sich im Wagen ihres Direktors auf der Fahrt nach Berlin. In der Nähe der Ortschaft Parchen stieß das Auto mit einem entgegenkommenden Lastzug zusammen. Alle fünf Insassen wurden schwer verletzt. Zwei von ihnen, der am Steuer sitzende Direktor Arthur Jakob genannt Dammhofer aus München und der Musiker Kilian Niedermaier aus Innsbruck, sind bald nach dem Unfall gestorben. Die übrigen Mitglieder der Gruppe, drei junge Mädchen wurden mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus Genthin gebracht.

Großes Radiumvorkommen entdeckt

In der Nähe von Wilworth in Ontario ist ein großes Vorkommen von Radium entdeckt worden. Sachverständige nehmen an, daß die Erze einen größeren Gehalt von Radium haben als diejenigen in Belgisch-Kongo. Es soll möglich sein, den gesamten Bedarf des britischen Weltreiches aus diesem Vorkommen zu decken.

Weddersleben bei Thale (Harz)
Erholungsaufenthalt reichliche Verpflegung. Pension mit Zimmer M. 4.50 je Tag. Schöne Gegend, unmittelbar bei Thale und Quedlinburg. Carl Winkelmann.

Weinsberg an der Weibertreu (Wttg.)
Weinschank Weller Ausschank von nur eigengebauten Weinen „V. B." und „J. B." liegen auf.

Wiesbaden
Fr. Roessing, Goldgasse 2 Privat-Logis in nächster Nähe von Kurhaus Kochbrunnen u. Theater (3 Min.). Bäder direkt gegenüber. Schön möblierte Zimmer. Mäßige Preise.
Im Hause Weinhandlung Roessing

Tharandt bei Dresden
„Erblehngericht" Althistorischer Gasthof. — Telephon 342. 10 freundliche Fremdenzimmer. Garagen. Verkehrslokal d. N.S.D.A.P. „V.B." liegt auf. Einer es zum andern spricht: „Iß und trink im „Lehngericht"". Inh. Pg. Walter Hoffmeister.

Bad Reichenhall
Arierhaus. Hochherrschaftliches Haus, in wunderschöner, ruhiger, staubfreier Gegend. Kurviertel. Viele Balkons.

Empfehlenswerte Gaststätten

München

Weinhaus 's Kanzerl, Hochbrückenstraße 14, Tel. 26 7 68. Nähe Hofbräuhaus. Inh.: Hans Gschenhauser. Treffpunkt aller Nationalsozialisten. Verkehrslokal des N.S.-Studentenbundes. Samstag und Sonntag nachm. Tarock- und Kaffeekränzchen.

Die gemütliche Schoppenstube am Platzl, Tel. 24 0 74, Pfisterstraße 4 / I. Weine, Bier, Kaffee. Treffpunkt der S.S. und S.A.

„Iris", die Gaststätte der Gemüsefreunde, pflegt auch die gute Wiener Küche! Alkoholfreie Trauben- und Obstsäfte sowie Löwenbräu-Edelbiere und naturreine Flaschen- und Schoppen-Weine. Bohnen-, Malz-, Hag-Kaffee. Selbstgebackene Obstkuchen. Ecke Georgen- und Schraudolphstraße. Trambahnhaltestelle der Linien 18 und 20.

Oberau bei Oberammergau

Gasthof Unternberg. Herrliche Lage an der Bergstraße nach Ettal—Oberammergau. Schöne Fremdenzimmer mit und ohne Pension (ohne Preiserhöhung). Vorzügliche Küche. Stellwagen zum Königsschloß Linderhof. Telephon 18. Garage. Tankstelle. „Völkischer Beobachter" liegt auf.

Partenkirchen

„Café Schiefes Eck", Hindenburgstraße 26, Café und Speisehaus, Fremdenzimmer.

Augsburg

Gaststätte Café Schachameyer, Restaurant. Bernhard Koch. Vereinshaus des D.H.V. Treffpunkt der N.S.D.A.P. „V. B." liegt auf. Säle und Nebenzimmer im 1. und 2. Stock.

Nürnberg

„Bayernhäusl", altdeutsche Wein- und Bierstube, Jakobstraße 50 (hinter der Jakobskirche). Tel. [illegible]. Spez.: Tiroler Weine sowie Pfälzer Weine. Bier von der Stadtbrauerei Roth — Champagner-Weizenbier — Jeden Dienstag Metzelsuppe. Georg Gleichele.

Bin Lenkel, „Georgi-Ritter", Hummelsteinerweg 28 — Speiserestaurant — Vom Hauptbahnhof, Südausgang, in 5 Min. erreichbar — Treffpunkt aller Nationalsozialisten — ff. Biere, Weine, Kaffee usw. — Jeden Freitag Metzelsuppe — Samstag und Sonntag Konzert — Aufmerksame Bedienung.

Ulm a. d. D.

Gasthof „Gold. Greifen", Inh.: Franz Feitig. — Fernspr. 3084. — Fremdenzimmer, großer Saal, Garage. — Treffpunkt und Lokal aller nationalgesinnten Kreise.

Heidelberg

„Silberner Hirsch", Besitzer Familie Lenz, am Markte, nächst der Geschäftsstelle der N.S.D.A.P., Telephon [illegible]. — Das Hotel, die Weinstube, das Lokal der Nationalsozialisten.

„Deutsche Eiche", Mittelbadgasse 3 (Nähe Geschäftsstelle), Bes.: Peter Gattier, Tel. 2945. Das Restaurant und das Hotel der Nationalsozialisten.

Heidelberg-Kirchheim

Gasthaus „Zum Friedrichshof". Odenwaldstr. 84. Schöne Fremdenzimmer. — Gute Küche. — Eigene Schlachtung. — Gut gepflegte Weine und Bier. — Tel. [illegible]. — Treffpunkt aller Nationalsozialisten. Inh. Franz Hofelzer.

Köln

Gaststätte „Haus Mainz", Bes.: Heinr. Mainz, Pg., Heinenstraße 9, Tel. 2 19 3 19. — 5 Minuten vom Hauptbahnhof — Lokal der N.S. — Gut bürgerliche Küche. — Wein, Bier, Kaffee.

Berlin

Passage-Bierhallen, Behrenstraße 50/52 u. Große Passage. — Inhaber: Pg. Gottlieb Auer, ehem. Marine-Flugmeister. — Zentral-Treffpunkt aller nationalgesinnten Kreise. — Billige, gute Küche (Mittagstisch von 80 Pf. an) und gepflegte Biere. — Täglich mittags und abends Konzert. — Vereinszimmer frei.

Café und Konditorei Bergmann, Berlin-Steglitz, Albrechtstraße 39, Ecke Sedanstraße. Am Stadtpark. Endstation der Linien 88 und 61. — Abends Konzert. — Mittwochs und Sonntags Tanz.

Hannover

Schweder Hotel, Artilleriestraße 25. 1 Minute vom Bahnhof. — Gute Küche, Zimmer mit kaltem und warmem Wasser, 3.75 und 4.— Mark inkl.

Konstanz

Gasthof „Zum Elefanten", Ecke Salmannsweilerund Wessenbergstr., Fernr. 1164. Gut bürgerliches Speiserestaurant und Café. — Eigene Schlächterei, eigene Konditorei. — Einfache, aber sauber eingerichtete Fremdenzimmer. — Mäßige Preise. — Es liegen auf „Völkischer Beobachter", „Völk. Illustrierte" und der „Führer".

36. Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie
Ziehung 1. Klasse 24. u. 25. Okt. 1930
348 000 Gewinne mit rund

	114 000 000 RM
Höchst-	2 000 000 RM
Gew. *	1 000 000 RM
2 Prämien mit je . . .	500 000 RM
2 Haupt-Gew. mit je	500 000 RM
2 Haupt-Gew. mit je	300 000 RM
2 Haupt-Gew. mit je	200 000 RM
12 Haupt-Gew. mit je	100 000 RM

Lospreis ⅛ ¼ ½ ⅟₁ 1 Doppellos — 5.- 10.- 20.- 40.- 80.- pro Klasse
* lt. § 9 d. Pl. Porto extra.
Staatl. Lotterie-Einnahme Fetzer STUTTGART Friedrichstr. 56, Brieff. 316
Postscheck. Stuttgart 8360. Fernspr. 202 26

Ganz bedeutend höhere Gewinnchancen als bisher bietet die 36./262. Preuß.-Süddeutsche Klassenlotterie.
17600 Gewinne mehr
Gesamt-Gewinnsumme 114 Millionen RM.

Enorme Vermehrung der Mittelgewinne
Ziehung: 1. Klasse 24. bis 25. Oktober
Lospreis ⅛ ¼ ½ ⅟₁ Los
für jede Klasse RM. 5.- 10.- 20.- 40.-
Bestellungen von auswärts werden prompt erledigt

Staatliche Lotterie-Einnahme
LORENZER, MÜNCHEN 6
Färbergraben 33 (Altheimereck)
Fernsprecher 92146 / Postscheckk. München 1430

Ein Munitionslager fliegt in die Luft

11 Todesopfer — Ein Soldat schlug mit einem Hammer auf einen Granatzünder

Belgrad, 2. Oktober.

Nahe der Stadt Ghewgheli an der südslawisch-griechischen Grenze explodierte ein südslawisches Munitionslager. Bisher wurden acht Tote und 14 Verwundete unter dem Militär und der Einwohnerschaft gezählt, doch vermutet man, daß die Zahl der Opfer größer ist. Hunderte von Bewohnern Ghewghelis flüchteten sich auf griechisches Gebiet und berichten, daß man sich dem Explosionsherd nicht zu nähern wage, weil dort immer noch Geschosse auffliegen.

Wie zu der Explosion des Munitionslagers bei Ghewgheli an der serbisch-griechischen Grenze noch gemeldet wird, wurden drei Offiziere und acht Mann getötet und 14 verwundet. Die Munition stammte noch aus dem Weltkrieg. Das Unglück wurde durch die Unachtsamkeit eines Soldaten hervorgerufen, der mit einem Hammer auf einen Granatzünder schlug.

Im Dienste der Weltkrieg-Spionage

von Georg Wald

Alle Rechte vom Verlag gewahrt. Printed in Germany.
Copyright 1930 by Maingau-Verlag, Frankfurt a. M.

12

Marguérite Francillard kann am besten durch das um die Jahrhundertwende bekannte Volksliedchen charakterisiert werden, das damals alle Welt trällerte:

„Das ist das süße Mädel, das just so akurat —
In seiner besten Laune —
Der Herrgott g'schaffen hat" — —

Jung und vergnügt spazierte sie in ihrem Heimatstädtchen Grenoble herum, verdiente sich ihren Lebensunterhalt schlecht und recht als kleines Schneidermädchen, stichelte Volants, Spitzen und Perlen für die vornehmen Damen der Stadt. Die Jünglinge, die sie gelegentlich kennen lernte, schäkerten gern mit dem kleinen rotblonden Mädel und einer von ihnen meinte freundlich, sie würde sich die süßen Äuglein verderben, wenn sie noch einige Jährchen so weiter stichelte. Er überredete sie, in die nah verwandte Damen-Konfektion abzuwandern, wo sie teils als Verkäuferin, teils beim Anprobieren Verwendung fand. Bald darauf avancierte der hoffnungsvolle Jüngling nach der Seidenmetropole Lyon. Marguérite blieb zurück, arbeitete die Woche über und machte mit der Familie (sie entstammte guten Bürgerkreisen) oder gleichaltrigen Freundinnen nette Ausflüge zum Wochenende.

Auf einem solchen Ausflug lernte sie in einem nahen Wäldchen einen Herrn kennen, der wohl einige Jahre älter war als der frühere Liebhaber, der commis voyageur und der ihr durch sein gewandtes weltmännisches Auftreten wie auch durch seine Geistesgegenwart zu imponieren wußte. Es passierte nämlich auf jenem ersten Ausflug, daß ein Radfahrer in toller Fahrt gegen einen starken Baum jagte; zurückprallend hätte er zweifellos Marguérite mit ins Verderben gerissen, wenn Frank (so wollen wir den jungen Mann nennen) sie nicht am Arm gepackt und blitzschnell in Sicherheit gebracht hätte. Kein Wunder, daß die süße Marguérite zärtlich für ihren Retter empfand und ihm freundschaftlich entgegenkam, als er sie durch weitere Aufmerksamkeiten auszeichnete. Sie hielt ihn für einen Deutsch-Schweizer. Tatsächlich war er jedoch Deutscher und stand schon damals — einige Zeit vor dem Kriege — im Dienste des deutschen Geheimdienstes. Die Beziehungen zwischen beiden wurden ziemlich intim. Man machte weitere Ausflüge nicht nur in der Umgegend von Grenoble, sondern auch häufig jenseits der Schweizer Grenze.

Bei Kriegsausbruch siedelte Frank nach Genf über, blieb von dort aus in enger Fühlung mit den französischen Agenten, die er im Laufe der Zeit angeworben hatte. Ebenso ließ er es sich angelegen sein, die blonde Marguérite seiner unveränderten Freundschaft und Liebe zu versichern; auch bat er sie gelegentlich, ihm doch bei seinen Geschäften behilflich zu sein, was das junge Ding arglos und gern zusagte. Sie stand anscheinend in einem gewissen Hörigkeitsverhältnis zu dem etwas älteren Manne und hatte zunächst gar keine Idee, was er eigentlich mit ihr vor hatte.

So besuchte sie ihn häufig in der Schweiz und er bat sie, ihm bei dieser Gelegenheit doch die Post mitzubringen, die etwa für ihn noch in Grenoble einlaufen würde. Nichts schien ihr natürlicher und auch der Umstand, daß ein Teil dieses Briefwechsels ihr von gänzlich fremden Leuten persönlich ins Haus gebracht wurde, machte die junge Unschuld in keiner Weise stutzig. Sie gehorchte ihrem Liebhaber aufs Wort, nahm arglos die Schriftstücke in Empfang und ebenso arglos brachte sie sie über die gefährliche Grenze, wo sie recht bald auffiel.

Bei der Rückkehr nach Frankreich hielt man sie zu ihrer nicht geringen Verwunderung an. Da sie aber bei der Rückkehr nichts Bedenkliches bei sich trug, lief alles gut ab. Als sie dann bald darauf mit einem Dutzend wichtiger Briefe wieder nach Genf fuhr, nickte sie den Kontrollbeamten freundlich zu, und niemand fragte nach den Motiven ihrer Reise. War das Zufall? Ach nein — weit entfernt! Sie war im Gegenteil inzwischen verdächtiger geworden und die französische Polizei befolgte das bekannte System, die Agenten erst einige Zeit „arbeiten" zu lassen, um ihre Komplizen festzustellen.

Als Marguérite mit ihrem Dutzend wichtiger Briefe wohlbehalten bei Frank anlangte, erzählte sie ihm von der Leibesvisitation bei der kürzlichen Rückreise. Er biß sich auf die Lippen, informierte sie nicht, gab ihr jedoch für die Zukunft genaue Verhaltungsmaßregeln über die Art der Beförderung von Briefschaften —. Er besorgte ihr ein Handtäschchen mit doppeltem Futter. Zwischen Leder und dem inneren Futter wurden einige der geheimen Briefe verborgen, dann inneres und äußeres Futter wieder wohl geordnet. Die Berichte waren stets auf sehr feinem, dünnem Papier geschrieben, so daß sich auf diese Weise schon eine Menge unterbringen ließ, ohne aufzufallen. Für den Fall dies nicht ausreichen sollte, empfahl er der Kleinen, auch im Inneren ihres Hutes eine Vorrichtung anzubringen, die für die Briefbeförderung geeignet wäre. Es handelte sich dabei um einen doppelten Boden, der eingenäht und wieder herausgetrennt wurde, wenn in Genf der Hut entleert werden sollte.

Dieses System klappte eine Zeit lang recht gut. Ob Marguérite die Berichte überhaupt nicht las, weiß ich nicht. Eine Evastochter, die so wenig von der Neugier geplagt wird, wäre immerhin selten. Ebenso unwahrscheinlich wäre es gewesen, wenn sie gelesen und gar nichts davon begriffen hätte. Die Wahrheit liegt wohl in der Mitte: sie las flüchtig und verstand herzlich wenig.

Inzwischen wurde sie von der Behörde in Grenoble schon scharf beobachtet. Ihre zahlreichen Besucher — zum Teil Ausländer, — ihre umfangreiche Post fielen außerordentlich auf. Auf ihren häufigen Reisen nach der Schweiz placierte man einfache Leute (Polizisten) im gleichen Abteil. Sie fingen ein Gespräch mit ihr an, versuchten, mit dem hübschen Mädel zu flirten — aber auf diese Weise war ihr absolut nicht beizukommen. Sie stand im Banne ihres Geliebten, war ihm treu und hatte kein Interesse, sonstige Herrenbekanntschaften anzuknüpfen. Am Bahnhof pflegte sie sich von ihren liebenswürdigen Reisebegleitern freundlich lächelnd zu verabschieden, aber die Herren folgten ihr in gemessener Entfernung und wußten so recht bald, wem ihre Besuche galten. Selbstredend wußten die Franzosen auch, daß Frank Deutscher, keineswegs Deutsch-Schweizer war — und sie wußten noch viel mehr über ihn!

Die Polizei in Grenoble tat nun einen weiteren Schritt, indem sie die zahlreichen Briefeingänge der Francillard öffnete und die Absender feststellte. Diese französischen Agenten des Frank wurden dann ihrerseits beobachtet und im rechten Moment nach und nach verhaftet.

Nicht lange dauerte es so. Frank fiel das Ausbleiben gewisser Nachrichten auf. Er witterte Unheil. Ein erfahrener und gewissenhafter Agent hätte das Mädel nun ohne weiteres als im höchsten Grade gefährdet angesehen und es schleunigst nach der Schweiz hinübergenommen, die Berichte der in den französischen Grenzgebieten ansässigen Mitarbeiter hätte er umgeleitet.

Frank tat leider gar nichts derartiges, sondern empfahl Marguérite lediglich nach Paris überzusiedeln. Damit ihr Verschwinden aus Grenoble nicht auffallen sollte, riet er ihr, den Zug erst auf der nächstfolgenden Bahnstation zu besteigen. Gesagt, getan, alles ging glatt.

Doch mit des Geschickes Mächten . . . die harmlose Kleine schrieb ein harmloses Brieflein an eine andere süße Midinette von Grenoble, teilte ihr ihre neue Pariser Adresse mit und erbat recht bald Nachricht. Sie erklärte, sie habe Grenoble verlassen, weil es ihrem Liebhaber nicht gefalle, daß ihr dort so viele Männer nachstellten, sie mit Liebesanträgen belästigten. Paris sei eine Millionenstadt, dort würde solch ein kleines Ding wie sie im Strom untertauchen. Ihr Freund würde dann sicher keinen Grund mehr zur Eifersucht haben.

Doch siehe da —: die Grenobler Polizei nahm noch immer besonderes Interesse an dieser „Petite", die sich selber so unwichtig erschien. Sie kannte auch ihre Handschrift bestens, öffnete vorsichtig das Briefchen, las, notierte die Pariser Adresse und schloß den Umschlag dann wieder so sorgfältig, als ob nie das Auge eines fremden Mannes darauf geruht hätte.

Marguérite wohnte im Quartier Latin und wurde dort scharf beobachtet. Selbstredend glaubte sie stets, alle diese Aufmerksamkeiten gälten ihrem reizenden Persönchen und blieb vollständig sorglos.

Sie empfing dauernd zahlreiche Besuche, darunter viele Ausländer. Aber auch Franzosen und Italiener fehlten keineswegs. Mit allen plauderte Marguérite vergnügt, nahm ihre Berichte in Empfang und lebte im übrigen schon viel zu sehr im Strudel des Pariser Vergnügens, um unnütze Gedanken an diese Zettel und Notizen zu verschwenden. Sie beförderte sie vielmehr gewissenhaft an ihren Auftraggeber — voilà tout! durch die Post oder auch persönlich, denn man ließ sie nunmehr völlig unbehelligt die Grenze passieren — die Grenzpolizei war bestens instruiert.

(Fortsetzung folgt.)

Münchener Beobachter

Tägliches Beiblatt zum „Völkischen Beobachter" — Ausgabe 235 vom 3. Oktober 1930

Regierungsbildung und Neuwahlen in Bayern

Von Dr. Rudolf Buttmann, M. d. L.

Seit dem 20. August hat der Staat Bayern keine Regierung mehr. Oder doch? Wenigstens ist an jenem Tage das Ministerium Held in aller Form zurückgetreten und versieht nur noch vorläufig bis zur Bildung einer neuen Staatsregierung die Geschäfte. Nach einer Verlautbarung der maßgebenden Pressestelle (d. h. der Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei, die eigentliche staatliche Pressestelle hinkt bei uns in Bayern immer hinterdrein) will aber jetzt „Regierung und Bayerische Volkspartei versuchen, nochmals Fluß in die trägen Wasser" der bayerischen Politik zu bringen. Also haben wir noch eine Staatsregierung, die die Initiative zu ergreifen in der Lage ist?

Daß sie sich dabei der Bayerischen Volkspartei bedienen will, ist zwar ihr gutes Recht, aber nicht rätlich. Sie sollte sich vielmehr an die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei halten, wenn sie eine Freundin des In-Fluß-Bringens ist. Bisher hat die Bayerische V.lkspartei das Menschenmöglichste getan, um die Gewässer zu trüben und zum Versumpfen zu bringen. Wird sie jetzt, nach dem 14. September, plötzlich für eine Beschleunigung der Dinge sein? Die erwähnte Korrespondenz läßt durchblicken, daß die Bayerische Volkspartei das Ergebnis des 14. Septembers eingehend gewürdigt hat. Hier lesen wir, daß im Reichstag heute nicht 107 Nationalsozialisten säßen, wenn mehr Verantwortungsfreudigkeit, weniger Agitationsbedürfnis, weniger kleinlichste Interessenwirtschaft und weniger Freude am Kochen des Parteisüppchens bisher am Werke gewesen wären. Man könnte als Nationalsozialist wahrhaftig stolz werden über so viel Lob auf einmal, wenn wir nicht das Lob aus einem Munde ablehnen müßten, der in pharisäerhafter Überheblichkeit anderen Parteien Schuld an Dingen gibt, bei denen er selbst wacker mitgemacht hat. Aber aufrichtig freuen würde es uns, wenn wir im weiteren Verlauf den ernstlichen Willen der in Bayern einstweilen immer noch stärksten Partei erkennen könnten, nun endlich zu Taten überzugehen, statt „Briefe hin und her zu schreiben". Das Wahlergebnis erweckt in dieser Hinsicht tatsächlich einige Hoffnung. Wer weiß, ob die Konjunktur für die Bayerische Volkspartei im Frühjahr 1931 noch so verhältnismäßig günstig sein wird, wie am 14. September? Vor jenem Zeitpunkt jedenfalls war gerade die Bayerische Volkspartei am allermeisten an der Verzögerung der seit dem Staatsgerichtshofsurteil vom 12. Februar notwendig gewordenen Beratungen über das Landeswahlgesetz schuld. Nicht ganz allein; denn die Sozialdemokraten, die wenigstens gegen Ende März einmal erklären ließen, daß es auf die Dauer ein unhaltbarer Zustand sei, wenn eine Gruppe fortgesetzt dem Volke begreiflich zu machen suche, der gegenwärtige Landtag sei überhaupt nicht berechtigt, zu irgend welchen Fragen noch Stellung zu nehmen, diese selben Sozialdemokraten brachen dann die Vereinbarung der Landtagsfraktionen, daß zur Beschleunigung der Angelegenheit auf Grund einer Besprechung unter den Fraktionen von der Regierung ein Entwurf ausgearbeitet und dem Landtag vorgelegt werden solle. 14 Tage nach jener Vereinbarung brachten sie einen Gesetzesantrag zur Änderung des bayerischen Wahlgesetzes ein, für den unter den gegebenen Verhältnissen eine Mehrheit, gar eine solche von zwei Drittel der Abgeordneten zu erzielen aussichtslos war. Damit gab die Sozialdemokratische Partei der Bayerischen Volkspartei „einen Vorwand an die Hand, jetzt erst recht mit der Fertigstellung eines Regierungsentwurfs zu zögern, und die Bayerische Volkspartei benützte diese Handhabe gerne. Sie hatte zusammen mit den Deutschnationalen und dem Bauernbund am 26. März einen Antrag eingebracht, worin es hieß, daß der Landtag es als seine „erste Pflicht" ansehe, an die Schaffung eines neuen Landeswahlgesetzes heranzugehen und die Arbeiten hierfür möglichst zu fördern. Dieser Antrag aber wurde erst am 26. Juli im Verfassungsausschuß, dessen Vorsitz in der Hand der Bayerischen Volkspartei liegt, beraten und am 1. August zum Beschluß des Landtags erhoben. Die Ende März vereinbarten Besprechungen von Fraktion zu Fraktion aber haben bis heute noch nicht stattgefunden. Man wollte zuvor den Staatshaushalt abgleichen, der statt, wie es die Verfassung vorschreibt, am 1. Oktober 1929, endlich am 6. Mai 1930 vorgelegt werden konnte. Zwar zeigte sich alsbald, daß das löbliche Bestreben des Herrn Finanzministers, das Etatdefizit von 21,8 Millionen nach Möglichkeit aus der Welt zu schaffen, an dem Widerspruch einer Koalitionspartei scheitern werde, allein man versuchte, diesen ungebärdigen Partner immer wieder an die Kandare zu bringen. Dadurch wurde vor dem Volke der Anschein einer fieberhaften Tätigkeit erweckt. In Wirklichkeit mußte sich die bayerische Staatsregierung sagen, daß der Bauernbund vor Neuwahlen auch diesmal ausbrechen werde und damit die Versuche, den Haushalt zu balancieren, scheitern müßten. Wir haben beizeiten darauf hingewiesen, daß von der Rechtsauffassung, ganz abgesehen aus Zweckmäßigkeitsgründen, eine Einigung über schwierige Finanzfragen nach Neuwahlen leichter zu sein pflegt als unmittelbar vor ihnen, vorausgesetzt, daß man nicht bockbeinig auf gewissen Lieblingsideen einseitig beharrt.

Sind die Dinge in der Zwischenzeit anders geworden? Der Bauernbund hat eine schwere Wahlniederlage erlitten, obwohl er gerade mit seiner festen Haltung in der Schlachtsteuerfrage in den Kreisen seiner Wählerschaft gewiß nicht Unzufriedenheit erregt hatte. Man wird doch nicht im Ernst erwarten, daß dieser Bauernbund nunmehr durch Preisgabe seiner bisherigen Haltung einen weiteren Stimmenrückgang selbst heraufbeschwört? Er hat ja auch in den letzten Tagen, als die neuen Versuche zur Haushaltabgleichung angekündigt wurden, mit unmißverständlicher Deutlichkeit abgewunken. Sollte nach dem Ausscheiden des Finanzministers ein neuer rettender Gedanke im Finanz- oder sonst einem Ministerium aufgestiegen sein, wie man den laufenden Haushalt ausgleichen und den in Ausarbeitung befindlichen neuen besser gestalten könne? Wir werden es ja nach den Ankündigungen der Regierungspresse binnen kurzem sehen, worauf die neuen Versuche hinauslaufen werden.

Jedenfalls halten wir Nationalsozialisten an unserer alten Forderung fest, daß dieser Landtag nur noch die Neuwahlen zu ermöglichen und festzusetzen befugt sei. Zu diesem Zweck wandte sich unsere Fraktion mit einem Schreiben an den Herrn Landtagspräsidenten, worin er gebeten wurde, den Landtag unverzüglich einzuberufen, damit dieser ein den Erfordernissen des Staatsgerichtshofsurteils genügendes Landeswahlgesetz und unmittelbar darnach seine Auflösung beschließen könne. In seiner Antwort verwies der Herr Präsident darauf, daß ihm das Recht zustehe, den Landtag einzuberufen. Diese Feststellung war deswegen überflüssig, weil das Schreiben der Nationalsozialistischen Fraktion aus eben diesem Grunde an den Herrn Landtagspräsidenten und nicht an sonst irgendwen gerichtet worden war. Sodann verwies er darauf, daß der Landtag einberufen werde, wenn die Vorlagen der Staatsregierung über die Haushaltsabgleichung und das Landeswahlgesetz dem Landtag zugeleitet seien. Es scheint also jetzt von der Bayer. Volkspartei oder vom geschäftsführenden Kabinett beliebt zu werden, die Vereinbarung vom 27. März überhaupt nicht auszuführen und dem Landtag ohne Vorbesprechungen einen Wahlgesetzentwurf zur Beratung hinüberzugeben. Nach den früheren Erfahrungen bedeutet das keine Vereinfachung und Beschleunigung, sondern eine Erschwerung der Beratungen. Und gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt wäre es dringend geboten, alle Schwierigkeiten, die sich schon bei den Vorfragen der Wahlreform ergeben, zunächst aus der Welt zu schaffen. Durch ein im Wortlaut nicht bekanntgewordenes Schreiben des Reichsinnenministeriums vom Juli ist nämlich eine weitergehende Berücksichtigung des Reichswahlgesetzes verlangt worden als nach dem bayerischen Urteil veranlaßt gewesen wäre. Wenn sich das bayerische Wahlgesetz innerhalb der durch die Reichsverfassung Art. 17 gezogenen Schranken hält, so hat das Reich keine Zuständigkeit, sich um die Ausgestaltung im einzelnen zu kümmern. Nun heißt aber der derzeitige Reichsinnenminister — wie lange noch? — Dr. Josef Wirth, und so erlebte man in diesem Falle kein Aufkochen der Bayer.-Volkspartei-Seele gegen diese Einmischung einer Reichsbehörde in innerbayerische Angelegenheiten. Im Gegenteil, man versicherte dem Landtag, dieser neuen Sachlage müsse nun doch wohl Rechnung getragen werden. Den Sozialdemokraten konnte dieses Eingreifen des Reichsinnenministeriums nur recht sein, sowohl formell, weil es wieder einmal ein unitaristischer Vorstoß war, als auch sachlich, weil die Sozialdemokraten das Landeswahlrecht ohnehin über den Leisten des Reichswahlgesetzes wissen wollten. Geht es nach Dr. Wirth, so bekommen wir in Bayern das rein demokratische Prinzip der schematischen Verteilung der Mandate nach der Zahl der abgegebenen Stimmen. Damit wird das bisherige Prinzip, die Einwohnerzahl zugrundezulegen und, unbekümmert um stärkere oder geringere Wahlbeteiligung, 128 Abgeordnete wählen zu lassen, aufgegeben. Es muß zugegeben werden, daß ein solches Wahlrecht den demokratischen Grundanschauungen am meisten entspricht. Die ungeheuren Verschiedenheiten der für ein Mandat notwendigen Stimmenzahlen etwa in Nürnberg und in Niederbayern, wo eine Spannung zwischen 19 000 und 35 000 Stimmen bestand, würden dadurch radikal aus der Welt geschafft. Auf der anderen Seite fühlt sich das flache Land durch das Reichswahlgesetz gegenüber der Stadt zurückgesetzt, und die Domänen der Bayer. Volkspartei und die Gebiete, in denen der Bauernbund heute seine sichersten Sitze erblickt, würden weniger Abgeordnete in das bayerische Parlament zu entsenden haben.

Aus diesen Andeutungen ergibt sich bereits, wie schwer ein Ausgleich auf dem Gebiete des Wahlrechts in Bayern möglich ist. Die Erfahrungen, die man in Bayern im letzten Sommer mit der sogenannten offenen Feldschlacht gemacht hat, sollten eigentlich schrecken. Es ist nicht unsere Aufgabe, den parlamentarischen Weg für die anderen Parteien möglichst bequem zu machen, aber dieser Hinweis ist deswegen angebracht, weil wir Nationalsozialisten eine Beschleunigung im Interesse des bayerischen Staates für dringend notwendig halten. Wem Bayern wirklich am Herzen liegt, der muß ihm eine nicht nur geschäftsführende, sondern voll verantwortliche Regierung gerade in den kommenden Wochen und Monaten wünschen. Ein in den letzten Zügen liegender Landtag vermag weder hier noch auf dem Gebiet der Haushaltsabgleichung das Notwendige. Jedenfalls werden wir auch weiterhin alles in unseren Kräften Liegende tun, um möglichst bald Neuwahlen herbeizuführen, damit auch Bayern ein dem heutigen Willen der Wähler entsprechendes Parlament erhält.

Die Notverordnung in Rosenheim eingeführt

Die Stadt Rosenheim hat den zweifelhaften Ruhm, die in der Notverordnung den Gemeinden zu überlassenden Steuern zuerst von allen Städten Bayerns voll und ganz angenommen zu haben.

Das Stadtdirektorium hatte den Stadtrat überrumpelt, und von seiten der Regierung hatte man durch den Bürgermeister drohen lassen, der Stadt jegliche Hilfe aus dem Ausgleichsstock und den anderen Fonds zu verweigern, wenn die Steuern nicht angenommen würden.

Die nationalsozialistische Stadtratsfraktion wies vergebens darauf hin, daß solch eine Drohung ganz unzulässig sei und beantragte, die Beratung bis zur Entscheidung über die Notverordnung durch den Reichstag zu vertagen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Bayerischen Volkspartei abgelehnt und die Steuern sodann, obwohl die Bayerische Volkspartei vorher hatte erklären lassen, sie hätte gar keine Zeit zur Durchberatung gehabt, innerhalb 10 Minuten angenommen.

Nun herrscht großes Wehgeschrei. In der gesamten Bürgerschaft ist man der Ansicht, daß der erste Bürgermeister nicht als Bürgermeister und Schützer der Belange der Bürger, sondern als Verwaltungsbeamter tätig gewesen sei und sich auch diesmal geschickt als Instrument der Fraktion der Bayer. Volkspartei, deren prominentes Mitglied er ja ist, bedient habe.

In einer Versammlung der Innung der Gastwirte vom 28. d. M. versuchten Herren der B.V.P. vergeblich eine Rechtfertigung ihrer Steuerpolitik zu geben. Unser Parteigenosse Adam geißelte in scharfen Worten das Verhalten dieser Partei, die vor Wochen noch als Ableger eine Mittelstandsgruppe „zur Rettung des Mittelstandes" gegründet hatte, deren Vorstand und Mitglieder aber jetzt im Stadtrat für die den Mittelstand vernichtenden Steuern gestimmt hatten und nannte ein derartiges Gebaren ein Affentheater.

Einstimmig wurde in dieser Versammlung gegen diese, den Mittelstand und das Gastwirtsgewerbe vernichtende Steuer der Bierpreiserhöhung und der Getränkesteuer protestiert.

Es ist ein unerhörter Zustand, daß man bereits auf Grund von „Notverordnungen", die überhaupt noch nicht erlassen sind, Steuern beschließt, die den vollständigen Zusammenbruch des Mittelstandes bedeuten.

Aus Bayerns Gauen

Verhängnisvoller Zusammenstoß

Ein Toter und ein Schwerverletzter.

Bayreuth, 1. Oktober.

Am Dienstagnachmittag ereignete sich in der Nähe von Seitenbach ein Zusammenstoß zwischen zwei Motorradfahrern. Dabei wurde der Werkführer Georg Koehulein so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus starb. Der zweite Motorradfahrer, der Viehhändler Müller, trug ebenfalls schwere Verletzungen davon, die seine sofortige Einlieferung ins Krankenhaus notwendig machten.

Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt; man nimmt aber an, daß Müller, der von einer Kirchweihfeier kam, in betrunkenem Zustand das Kraftrad steuerte.

Einbruch in die Postagentur Mertingen.

Unbekannte Diebe drangen in der Nacht in die Postagentur in Mertingen ein und raubten den Inhalt eines Postnachnahmepaketes. Sie erbeuteten über 2000 Mark. In der gleichen Nacht stiegen die Einbrecher in das benachbarte Anwesen des Warenhändlers Bernhard Müller ein, stahlen Wäsche, Eßwaren usw. in größeren Mengen sowie 50 Mark Bargeld. Bis jetzt fehlt von den Dieben jede Spur.

Raubüberfall.

Buchloe. Auf dem Wege zur Arbeitsstätte wurde der Arbeiter Adolf Eschenlohr von einem Unbekannten überfallen und seiner Barschaft in Höhe von 94 Mark beraubt. Das geraubte Geld war einkassiertes Holzgeld des Arbeitgebers Eschenlohrs. Eschenlohr wurde in bewußtlosem Zustand aufgefunden. Irgendwelche Anhaltspunkte über den Täter sind noch nicht vorhanden.

Von einem Felsen abgestürzt

Nürnberg. In der Nähe von Untertrubach stürzte ein Tourist beim Klettern von einem Felsen ab und erlitt einen Schädelbruch, Unterschenkelbruch und innere Verletzungen. Der Verunglückte wurde in das Nürnberger Krankenhaus eingeliefert, wo er in lebensgefährlichem Zustande darniederliegt.

Im Steinbruch schwer verunglückt.

Passau. In Fürstenstein ist bei Sprengarbeiten im Steinbruch der 46 Jahre alte Schießmeister M. Thurnreiter sehr schwer verunglückt. Zwei von ihm gelegte Sprengschüsse waren losgegangen, während zwei andere versagten. Als der Schießmeister Nachschau hielt, gingen auch diese beiden Schüsse los. Thurnreiter wurde vom Steinbruch herabgeschleudert und erlitt schwere Brandwunden am ganzen Körper und einen komplizierten Armbruch. Der Verunglückte wurde in das Krankenhaus eingeliefert, wo er nach Abnahme des verletzten Armes verstarb.

Erdbeben.

Selb. Am Montagabend, gegen halb 10 Uhr, wurde hier und in den Orten der Umgebung ein leichtes Erdbeben wahrgenommen. Dem einige Sekunden währenden Erdstoß folgte ein kurzes Nachzittern. Nach Mitteilungen der Erdbebenwarte Eger handelt es sich um ein tektonisches Beben, das auch in Eger registriert wurde. In Hohenberg zitterten die Wände des auf Felsen gebauten Rathauses. In Arzberg wurde das Beben an zwei Stellen bemerkt. Auch in Schönberg will man das Beben wahrgenommen haben.

Ein Kind veranlaßt eine Explosion

Schweinfurt. In einer durch Umzug geräumten Wohnung hatte ein Kind beim Spiel einen Gashahn geöffnet. Als am Abend die früheren Bewohner noch zurückgelassene Sachen holen wollten und ein Streichholz anzündeten, entstand eine Explosion, durch die die Wohnung schwer demoliert wurde. Glücklicherweise kamen die im Zimmer anwesenden Personen mit leichteren Brandwunden davon.

Ein Geldbriefträger beraubt.

Königsberg, 3. Sept. Am Dienstag Vormittag wurde in der Nähe von Großraum ein Geldbriefträger von zwei maskierten jungen Männern überfallen. Dem Briefträger wurden 864 Mark, die er bei sich hatte, geraubt. Die Täter verschwanden im Walde und konnten bisher nicht ermittelt werden.

Eineinhalb Jahre Zuchthaus für einen Meineid.

Regensburg. Der 68jährige verheiratete Unterhändler Jakob Hutmann aus Regensburg, der wegen Meineids, Körperverletzung und anderer Delikte bereits schwer vorbestraft ist, hatte sich vor dem Schwurgericht Regensburg wieder wegen Meineides zu verantworten. Der Angeschuldigte machte in einer Ehescheidungssache wissentlich falsche Aussagen. Er wurde wegen Meineides zu eineinhalb Jahren Zuchthaus sowie fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Ein furchtbarer Mord

Der vermutliche Täter verhaftet.

Nürnberg, 1. Oktober.

Im nördlichen Teil der Pilotystraße wurde heute morgen ein furchtbarer Mord entdeckt. In seiner Wohnung wurde der in den 30iger Jahren stehende verheiratete Maler und Tüncher Herwicht mit einer klaffenden Kopfwunde und gespaltenem Schädel tot aufgefunden.

Neben dem Getöteten lag das zur Tat verwendete Beil. Die Mordkommission hat sich sofort an Ort und Stelle begeben und bereits auch einen des Mordes verdächtigen Arbeitslosen namens Harrer verhaftet.

Der Maler lebte mit seiner Frau, die sich seit längerer Zeit in einem Sanatorium befindet, in Scheidung. Es war auch zwischen den beiden Eheleuten des öfteren zu Streitigkeiten gekommen. Vor allem wurden die Hausinwohner öfters während der Nacht durch Auftritte belästigt. Gegen 2.30 Uhr heute nacht wurden die Hausbewohner durch Hilferufe aufgeschreckt, hörten einen Schlag, vernahmen dann aber nichts mehr. Heute morgen wurde dann der Maler in seinem Zimmer, in einer Blutlache liegend, aufgefunden.

Der unter dem Verdacht der Täterschaft verhaftete Harrer wohnt im gleichen Anwesen. Bei einer früheren Streitigkeit zwischen den Eheleuten Herwicht soll er der Frau zu Hilfe gekommen sein. Man nimmt an, daß er zu der Frau in Beziehungen gestanden hat. Der Verdacht lenkte sich deshalb auf ihn, weil er heute nacht nicht nach Hause kam.

„Tristan und Isolde"

Nationaltheater: In der jüngsten Vorstellung von „Tristan und Isolde" — bei den Festspielen so schmerzlich vermißt — sang Heinrich Knote wiedereinmal „den Helden ohne Gleiche". Unser Knote, so darf, nein, so muß man ihn wohl nennen, denn er ist mit München, mit den Festspielen innig verwachsen, wird leider zu wenig beschäftigt. Wie er den Todgeweihten gab und sang, ist eine Großtat der deutschen Kunst. Ich habe diese so schwierige Rolle wenigstens fünfzigmal von ihm gehört, kann mich aber kaum entsinnen, daß er sie jemals mit einer derartigen stimmlichen Frische und technischen Meisterschaft durchgeführt hat wie gestern. Die Fiebervisionen im 3. Aufzug werden von den meisten Tristandarstellern deklamatorisch behandelt; daß man sie aber auch singen kann, hat Knote aufs neue bewiesen. An Schönheit und Glanz des Tones kann auch heute noch keiner seiner Stimmkollegen sich mit ihm vergleichen. Es ist unbegreiflich, warum die Generalintendanz bei den Festspielen Knote übergangen hat und ihm nicht einmal den Sieg...und übergab!? Aber das gehört eben auch zu den bekannten Fragen. — Paul Bender sang den König Marke erschütternd, und Luise Willers Brangäne ist bekannt als eine ausgezeichnete Leistung. Was „Tradition" bedeutet, das haben die drei genannten Künstler wieder bewiesen. Es war wie ein Guß aus großer, schöner Zeit. — Gertrud Kappel gibt der Isolde kein einheitliches Bild; die oft zu flach geführte Mittellage paßt nicht für die irische Königstochter. Auch die Darstellung läßt manchmal das „Fürstliche" vermissen. Der Liebestod verlangt weit mehr Vertiefung! Es ist der Vorgang des Sterbens, der Übergang in die Astralwelt, den Wagner so wunderbar schildert; für jede Künstlerin eine der schwierigsten, aber auch eine der schönsten Aufgaben! — Der stimmlich sehr gute Kurwenal Hans Hermann Niessens muß dem kranken Tristan mehr Teilnahme schenken.

Die Regieanordnungen Barrés sind nicht immer Verbesserungen. Im 1. und 2. Akt ist alles, was früher links war, nach rechts verlegt, und umgekehrt!? Auch in der Beleuchtung wäre manches zu regeln, besonders im 2. Akt. Die Warte im 3. Akt ist ganz unvorteilhaft angebracht, sie zwingt Kurwenal, nach rückwärts zu singen. Wie praktisch war doch früher alles angeordnet! Warum man das umgeändert hat, gehört ebenfalls zu den bekannten Fragen! Auch kann der tödlich verwundete Kurwenal die Hand Tristans nicht mehr fassen. Wagner schreibt das aber ausdrücklich vor! Wie steht es damit, Herr Barré? — Mit den Tempi von Hans Knappertsbusch, so glänzend er auch sonst die ganze Aufführung leitete, kann man beim besten Willen nicht immer einverstanden sein. Es ist zuviel überdehnt. Weshalb ein Ritardando vor dem letzten „FF" im Liebestod (bei „Weltatems wehendem All") oder vor Einsetzen des englischen Hornes nach Tristans Ausruf „verloren"? Ich spreche hier im Sinne Wagners, denn was der Kritiker sagt, ist unmaßgeblich.

Für Knote kam es schon nach dem 1. Akt zu stürmischen Ovationen, die den ganzen Abend über anhielten, und die er mit den übrigen Hauptdarstellern teilte. Hoffentlich können wir ihn wieder öfter begrüßen! Bl.

Münchner „Kulturpolitik"

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die Rockefeller-Stiftung stellt bekanntlich dem bayerischen Staat die Geldmittel zum Bau eines Institutes für physikalische Chemie zur Verfügung. Als Bauplatz wird das Grundstück des ehemaligen Botanischen Gartens bestimmt. Die gesamte Architektenschaft stellt aus baukünstlerischen Gründen der Staatsregierung ihre Dienste zur Verfügung und bittet um einen Wettbewerb, berufene Gutachter empfehlen nach Vorlage eines behördlichen Projektes und Ablehnung desselben ebenfalls einen Wettbewerb. Der bayerische Staat lehnt das Ersuchen der Architektenschaft ab und zeigt dadurch, daß er von einseitigen finanziellen Erwägungen ausgehend nicht die bestmöglichste Lösung für diese städtebaulich und baukünstlerisch hochbedeutende Aufgabe sucht und nicht aus diesem nächst dem Glaspalast an umstrittener Stelle Münchens zu errichtenden Bau den Auftakt zu einem bedeutsamen Zeitdokument Münchener Baukunst machen will. Er läßt diese Mittel durch eine Baubehörde verbauen, die soeben in dem Millionenbau des Pathologischen Institutes an der Thalkirchner Straße ihre Einstellung zu derartigen neuen Bauaufgaben dokumentiert hat.

Bis zum Überdruß lesen wir seit Jahr und Tag vom Niedergang Münchens als Kunststadt. Münchens alte Anziehungskraft muß zunehmend verlieren gegenüber anderen Städten, welche durch ihre städtische und staatliche Baupolitik eine neue Epoche herbeigeführt haben und welche durch ihre bedeutungsvolle freie baukünstlerische Entwicklung ein erhöhtes Kulturinteresse auf sich ziehen. Die Periode bedeutender Ausstellungen, welche für den Fremdenverkehr im großen Stil werben können, ist vorüber. Es ist daher ein dringendes Gebot der Stunde, daß jede öffentliche und private Bauaufgabe bei größter Wirtschaftlichkeit der zu verbauenden Mittel durch eine höchste baukünstlerische Leistung nach außen hin Achtung zu erringen hat. Nur auf diesem Wege können verlorengegangene Positionen zurückerobert werden. Die Kräfte hierzu sind vorhanden.

Der neueste Fall Münchener Kulturpolitik zeigt jedoch, daß man von seiten der Behörden nicht durch einen freien Wettbewerb diese bedeutende Aufgabe entsprechend lösen will. Die Münchener Architektenschaft nimmt für sich das Recht in Anspruch, in einer Bauaufgabe gehört zu werden, welche durch die Bedeutung ihrer Lage ein Glied einer zukünftigen hervorragenden Baugruppe bildet und wofür sie als Träger der Münchener Baukunst dereinst in erster Linie verantwortlich gemacht werden wird und nicht die Staatsbehörden, und zwar gegenüber dem gesamten In- und Ausland.

Die Abonnementskonzerte des Konzertvereins Winter 1930/31, unter Leitung des Geheimrats Prof. Dr. Siegmund von Hausegger: I. Serie: 1. Konzert, Montag, 20. Oktober 1930 / Solist: Wilhelm Kempff. L. van Beethoven, Ouverture „Weihe des Hauses"; 6. Symphonie (Pastorale); L. van Beethoven, Klavierkonzert Es-Dur; L. van Beethoven, Leonoren-Ouverture. 2. Konzert, Montag, 10. November 1930 / Solist: Julius Patzak. Zum Gedächtnis Siegfried Wagners: Siegfr. Wagner, Vorspiel zu „Die heilige Linde"; Siegfr. Wagner, a) Sonnengesang aus „Banadietrich", b) Fridolins Gesang aus „Sonnenflammen"; Rich. Wagner, Siegfried-Idyll; Franz Liszt, Faustsymphonie. 3. Konzert, Montag, 24. November 1930, Odeon, Solist: Dr. Emanuel Gatscher. Joh. Seb. Bach, Präludium und Fuge; Joh. Seb. Bach, Die Kunst der Fuge, I. Teil (bearb. von Dr. Wolfgang Graeser). Münchener Streichquartett. 4. Konzert, Montag, den 8. Dezember 1930 / Solist: Adolf Busch. J. Brahms, Haydnvariationen; J. Brahms, Violinkonzert; J. Brahms, Erste Symphonie. 5. Konzert, Montag, 12. Januar 1931 / Solist: Prof. Jani Szanto. J. Haydn, Symphonie; Ernst v. Dohnanyi, Violinkonzert (zum erstenmal); Zoltan Kodály, Hary Janos Suite (zum erstenmal). II. Serie: 6. Konzert, Montag, 26. Januar 1931 / Solist: Rudolf Metzmacher. A. Dvorak, Violoncell-Konzert H-Moll; Rob. Schumann, Frauenchöre (in der Bearbeitung von Hans Pfitzner) (zum erstenmal); Rob. Schumann, Symphonie B-Dur. 7. Konzert, Montag, 4. Februar 1931 / Chor der Konzertgesellschaft für Chorgesang, Chorleiter Adolf Mennerich. Orgel: Hermann Sagerer. Max Reger, Beethoven-Variationen; Max Reger, 100. Psalm. 8. Konzert, Montag, 23. Februar 1931. Jos. Marx, Symphon. Nachtmusik (zum erstenmal); Anton Bruckner, Siebente Symphonie. 9. Konzert, Montag, 9. März 1931 / Solistin: Maria Ivogün. Odeon. Hector Berlioz, Carneval-Ouverture; Rich. Strauß, Arie der Zerbinetta; E. N. von Reznicek, Tanz-Symphonie (zum erstenmal); Joh. Strauß, Walzer „Frühlingsstimmen"; Rich. Strauß, Till Eulenspiegel. 10. Konzert, Montag, 23. März 1931 / Solist: August Schmid-Lindner. Chor der Konzertgesellschaft für Chorgesang, Chorleiter Adolf Mennerich. L. van Beethoven: Chorphantasie; L. van Beethoven: Neunte Symphonie. Solisten: Hilde v. Alpenburg, Li Richtsfeld, August Richter, Albert Fischer. — Orchester: Die Münchener Philharmoniker.

Zur Eröffnung der Spielzeit 1930/31 in der Neuen Bilderbühne

Wie wenige Menschen sind im Grunde in der Lage, die Welt kennenzulernen! Es ist bitter, daß es nur einem winzigen Bruchteil von uns vergönnt ist, über den Ort, an dem wir wirken müssen, hinaus, den Heimatplaneten zu durchstreifen. Da hat nun Dr. Edgar Beyfuß mit seinem Querschnittfilm „..., den schickt er in die weite Welt!", mit welchem die Neue Bilderbühne ihre Spielzeit 1930/31 eröffnet, ein Werk geschaffen, das unter Benutzung der schönsten Bilderpartien aus den besten Reise- und Expeditionsfilmen eine Weltreise durch 35 Länder darstellt. In anderthalb Stunden durchquert man den Erdball, wobei die Gefahr, daß das „Zuviel des Guten" den Beschauenden allzu früh ermüden könnte, durch sehr geschickte Montagekunst glücklich vermieden ist. Es werden nur die charakteristischsten Punkte der Landschaft, typische Volksszenen usw. gezeigt. Erhaben und Sehnsucht weckend steigen die Gebirge auf, das Meer dehnt sich weit und grenzenlos und ist dennoch gefesselt in den Rändern des Bildfeldes, die Tempelbauten des Ostens sind in hinreißend schönen Bildern erfaßt und das technische Europa reiht sich in selten gut gelungenen imposanten Aufnahmen an. Eine besondere Note erhält der Film dadurch, daß fast alle namhaften Forscher und Weltreisenden mit den am meisten kennzeichnenden Teilen aus ihren Bildstreifen vertreten sind. Die bekannten unvergeßlichen Expeditionsfilme von Schomburgk und Colin Roß, der jüngste Amazonasfilm und mancher andere tauchen auf und erwecken die Kunst der Kamera, die entzückte und Entzücken bereitende Leidenschaft der Männer von Linse und Kurbel zu unvergänglich sich erneuerndem Leben. So bietet sich hungrigen Augen ein wahres Kaleidoskop von Herrlichkeiten, angesichts deren der Wunsch, selbst fortzufahren, irgendwo hin zu den Wundern der Natur und der Menschen, wohl vielfach die Herzen der Besucher beschleicht.

Getaufte Juden als „deutsche" Führer

Vor kurzem hat ein Geistlicher auf einer Kanzel Groß-Berlins bei Empfehlung der Kirchensammlung zur Bekehrung des Judentums (Judenmissions-Kollekte) geäußert, daß die Bekehrung der Juden deshalb etwas Erstrebenswertes sei, weil es erwiesen sei, daß Juden, wenn sie erst einmal den Weg zum Christentum gefunden hätten, häufig starke Führermenschen geworden wären.

Was für eine trostlose, von allen guten Geistern verlassene Anschauung spricht sich in solchen Worten aus! Wir wollen keine artfremden Menschen als „deutsche" Führer! Denn Jude bleibt tausendmal Jude, auch wenn er getauft ist. Die Bekehrung der Juden ist ein für unser Volk schädliches Werk. Denn bei den landläufigen, weithin herrschenden Anschauungen, daß der Jude eben aufhöre, Jude zu sein sobald er getauft sei, wird Unzähligen, die Angehörige eines uns fremd und feindlich gegenüberstehenden Volkstums sind, der Unterschlupf im deutschen Volk erleichtert. So bietet die christliche Kirche durch die Judenmission die Hand zur Entnordung, zur Verschlechterung unserer Rasse. Bleibt die Kirche bei dieser Handhabung, dann kann sie sich eben auch nicht wundern, wenn sie von allen nordischen Menschen immer mehr als ein Schädling innerhalb des arischen Volkstums angesehen wird.

AUS DER LANDESHAUPTSTADT

Reichspräsident von Hindenburg in Dietramszell

München, den 1. Oktober.

Reichspräsident v. Hindenburg traf heute vormittag 8.10 Uhr in Begleitung seines Sohnes, Oberstleutnant v. Hindenburg, mit dem fahrplanmäßigen FD-Zug, von Berlin kommend, in München ein. Zur Begrüßung hatten sich Reichsgesandter v. Haniel, Oberbürgermeister Dr. Scharnagl, Polizeipräsident Koch, der Vizepräsident der Reichsbahndirektion München, Drumm, und der Vorstand des Hauptbahnhofes, Reichsbahnoberamtmann Inkofer, eingefunden. Der Reichspräsident, der in Generalfeldmarschallsuniform reist, setzte sofort im Kraftwagen der Landespolizei die Fahrt nach Dietramszell fort, wo er morgen seinen 83. Geburtstag in aller Stille begehen wird. Am Freitag wird dann der Reichspräsident an den Beisetzungsfeierlichkeiten für den Prinzen Leopold in München teilnehmen.

Der Münchner Fremdenverkehr im August

München, 30. September.

Nach der Statistik des Statistischen Amtes der Stadt München hat sich im August 1930 der Fremdenverkehr gegenüber dem Juli desselben Jahres um 23 000 Fremde auf 146 119 Fremde gehoben. Während der Juni gegen das Vorjahr zurückgeblieben und der Juli gleichgeblieben ist, hat sich der Fremdenverkehr im August gegen denselben Monat des Vorjahres um 12 000 Fremde, d. h. um mehr wie 9 Prozent gehoben.

Der Fremdenverkehr aus den deutschen Ländern zeigt im August geringere Abnahme wie im Juli. Der aus Süddeutschland ist sogar gestiegen, der aus Norddeutschland um 2000 Fremde von 71 892 des Jahres 1929 zurückgegangen. Dem steht wieder eine starke Mehrung des Ausländerverkehrs gegenüber.

Der Zuzug aus den Vereinigten Staaten ist ebenso stark wie im Juli 1930, übertrifft die Zahl des Vorjahres um das Doppelte: 16 213 Amerikaner haben im August München besucht. Verhältnismäßig noch stärker ist die Mehrung des Reiseverkehrs aus England. Im August 1930 kamen 5837 Engländer gegen 3459 im Juli 1930 und gegen 1919 im August 1929. Der Engländer-Reiseverkehr hat sich demnach verdreifacht. Ebenso steigerte sich der Fremdenverkehr aus Holland um 33 Prozent, der aus Frankreich um 60 Prozent. Italien zeigt eine erfreuliche Zunahme von 50 Prozent, ebenso Dänemark.

Der Fremdenverkehr aus den östlich gelegenen Ländern ist etwas gestiegen, erreicht aber noch nicht die Vorkriegszahl. Die Werbekraft der Passionsspiele, der in der Hauptsache der günstige Ausgang zu verdanken ist, hat den östlichen Fremdenverkehr nicht beeinflußt.

Die Abbaupläne der Reichspost

München, 1. Oktober.

Die Münchener Abteilung des Reichspostministeriums hat der „Münchener Telegrammzeitung" auf Anfrage Erklärungen zu dem geplanten Abbau der Oberpostdirektionen in Würzburg und Landshut gegeben, denen wir entnehmen: Von endgültigen Beschlüssen hinsichtlich der Abbaupläne der Reichspost ist bisher in München noch nichts bekannt. Daß beim Abbau der Direktion Würzburg größere bayerische Gebietsteile einer außerbayerischen Direktion zugeteilt werden könnten — gemeint ist eine Teilung zwischen Bamberg und Frankfurt a. M. — dürfte völlig ausgeschlossen sein. Eine solche Maßnahme widerspräche dem 1920 abgeschlossenen Staatsvertrag zwischen dem Reich und Bayern.

Solange der Staatsvertrag in Gültigkeit ist, dürfte eine ähnliche Lösung kaum in Frage kommen. Eine Änderung könnte nur mit Zustimmung der bayerischen Regierung erfolgen. Es scheint nicht, als seien die Dinge bereits so weit gediehen, daß von einer unmittelbar bevorstehenden Aufhebung der genannten zwei Oberpostdirektionen die Rede sein könnte.

Wahlbeeinflussungs-Methoden

st. Bei jeder Wahl kann man in den schwarzen Domänen der Bayer. Volkspartei die widerliche Beobachtung machen, daß sich diese Partei des religiösen Gewissenszwanges bedient, um möglichst viele Schäflein in ihren Pferch zu treiben. Ihre Funktionäre scheuen dabei auch nicht vor der Hilflosigkeit der Kranken in den städtischen und kirchlichen Anstalten zurück. Diese nach jeder Wahl bekannt werdenden skandalösen Vorgänge nahm die nationalsozialistische Stadtratsfraktion, gez. Frehler und Esser, zum Gegenstand folgenden Antrages vom 29. September:

Wir beantragen, der Stadtrat wolle beschließen: Das zuständige Referat wird beauftragt, dem Stadtrat baldmöglichst über die zur Durchführung der Wahl in den städtischen Krankenhäusern und sonstigen städtischen Anstalten erlassenen Anweisungen und über den Vollzug derselben Bericht zu erstatten.

Begründung: Von verschiedenen Seiten wird darüber Klage geführt, daß Insassen städtischer Anstalten durch einzelne Angehörige des Personals in unzulässiger Weise beeinflußt worden seien, daß Behinderungen in der Ausübung des Wahlrechtes oder sonst unzulässige Handlungen vorgekommen seien. Wir verweisen dabei auf die in Nr. 230 des „Völk. Beobachters" vom 27. September abgedruckte Zuschrift sowie auf ein unserer Fraktion mit Namensnennung und Adressenangabe zugegangenes Schreiben, in welchem behauptet wird, die Oberschwester Tuscana habe eine Insassin der chirurgischen Abteilung des Krankenhauses Schwabing namens Rosa Groß veranlaßt, mit dem Stimmschein einer anderen Kranken namens Margarete Reller zu wählen. Tatsächlich habe Rosa Groß auf diesen Namen gewählt und sei zu diesem Zwecke durch eine andere Patientin zum Wahllokal gefahren worden. Die Stimmkartei muß ja ausweisen, daß auf den Namen der Frau Reller gewählt worden ist, während sich der Name des Fräuleins Groß nicht in der Stimmkartei findet, weil sie versäumt hatte, sich auf rechtmäßigem Wege einen Stimmschein besorgen zu lassen.

Trockenes Herbstwetter

Die Bayerische Landeswetterwarte meldet unterm 2. Oktober, vormittags 9 Uhr:

Über Mitteleuropa hat sich hoher Druck ausgebreitet. Unter seiner Wirkung behalten wir das teils heitere, teils neblige Herbstwetter.

Wieder eine Meisterschule in München

st. Der städtische Schulausschuß gab seine Zustimmung zur Errichtung einer dritten Meisterschule in München, und zwar einer „Meisterschule für Mode" mit dem Untertitel: „Schule der Stadt München und der einschlägigen Reichsverbände". Die Schule will, wie Oberstadtschuldirektor Baier im Schulausschuß ausführte, künstlerisch und technisch begabte Schülerinnen zu führenden Meisterinnen und zu künstlerisch selbständigem Schaffen als Modistinnen, Direktricen und Geschäftsführerinnen heranbilden, und zwar auf den drei Gebieten des Nadelgewerbes: Damenwäsche, Damenschneiderei und Putzgewerbe. Die Schule gibt demnach eine künstlerisch-technische, kaufmännisch-wirtschaftliche und staatsbürgerliche Ausbildung und knüpft an die Aufnahme die Bedingungen: 19. bis 21. Lebensjahr, Ablegung der Gehilfenprüfung nach zweijähriger Gehilfenzeit, Aufnahmeprüfung, Bewährung im 1. Semester als Probesemester. Das Schulgeld beträgt für Deutsche und deutschstämmige Ausländer (die Berufsschulen Münchens machen erfreulicherweise keinen Unterschied zwischen Reichsdeutschen und Auslandsdeutschen) 125 M., für Ausländer das Doppelte. Die von den einschlägigen Verbänden (Reichsverband der Innungen für das Damenschneidereigewerbe, Berlin, Reichsverband des Deutschen Schneidergewerbes, Elberfeld, Reichsverband für Wäscheschneiderei und angeschlossene Gewerbe, Hamburg) finanziell unterstützte Meisterschule unter der Leitung von Frau Kornhas-Brandt soll bereits am 1. Februar 1931 eröffnet werden. Sie umfaßt vier Semester, die Abteilung Putz drei Semester. Ihr Sommersemester dauert vom 1. Februar bis 1. Juli, ihr Wintersemester vom 15. August bis 31. Januar. Die fertigen Arbeiten der Schule werden, um dem ansässigen Gewerbe keine Konkurrenz zu machen, den Fachverbänden zum Selbstkostenpreis zur Verfügung gestellt.

München besitzt bekanntlich schon eine Meisterschule für die deutschen Buchdrucker sowie eine Meisterschule für das deutsche Malerhandwerk.

*

Aus dem Hochschuldienst. Mit Wirkung vom 1. Oktober an wird der ordentliche Universitätsprofessor Dr. Max Endres wegen seiner Emeritierung von der Tätigkeit eines Vorstandes des Instituts für Forstpolitik und forstliche Statistik an der forstlichen Versuchsanstalt in München unter Anerkennung seiner vorzüglichen Dienstleistung entbunden. Mit Wirkung vom 1. Oktober an wird der ordentliche Universitätsprofessor Dr. Viktor Dieterich als Vorstand des Instituts für Forstpolitik und forstliche Statistik an der forstlichen Versuchsanstalt in München nebenamtlich bestellt.

Wochenprogramm der Vorträge im Deutschen Museum. Dienstag, den 7. Oktober, abends 8 Uhr, Führungsvortrag von Prof. Dr. Süßenguth: „Chemie", die natürlichen und künstlichen Riechstoffe, Chemie der Nahrungs- und Heilmittel, alte Apotheke. Lichtbildvorträge: Montag, den 6. Oktober, nachmittags 5.15 Uhr, „Aufbau und Abtragungsformen der Erdrinde" (Dr. L. Koegel), und Montag, den 13. Oktober, nachmittags 5.15 Uhr, „Die Baukunst des alten Mesopotamiens" (Prof. F. Schwimmbeck). Dienstag, den 7. Oktober, Donnerstag, den 9. Oktober, und Samstag, den 11. Oktober, jeweils nachmittags 5.15 Uhr, Filmvortrag: „Wie eine Hamburger Quaimauer entsteht." Der Eintritt zu den Film- und Lichtbildvorträgen ist für Museumsbesucher frei.

Welttierschutztag. Der Verein gegen Vivisektion und sonstige Tierquälerei e. V. München feiert am Samstag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr (Todestag des Hl. Franz v. Assisi) den Welttierschutztag im großen Saale des Kreuzbräu, Brunnstraße 7. Themata: Kulturwert des Tierschutzes; Vivisektionsbekämpfung; das Lübecker Trauerspiel; die Hundesteuererhöhung. Hauptredner des Abends ist: Universitätsprofessor Dr. Joh. Ude, Graz. Alle Tierfreunde, auch Nichtmitglieder, sind herzlichst eingeladen.

Freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz, München. Am 3. und 10. Oktober beginnen die Kurse des neuen Übungsjahres 1930/31. Junge, unbescholtene Leute, die das 19. Lebensjahr vollendet haben und die für den Rettungsdienst erforderliche Eignung in körperlicher und geistiger Hinsicht besitzen, können sich an den Unterrichtskursen beteiligen. Näheres bei den Appellen an genannten Abenden im Übungslokal (großer Festsaal des „Mathäser", Eingang Zweigstraße) oder auf der Hauptsanitätswache, Hildegardstraße 12.

Fluggelegenheit München—Passau. Die Süddeutsche Luft-Hansa A.-G. entsendet anläßlich des Großflugtages in Passau am kommenden Sonntag unter Führung des Flugkapitäns Rother ein fünfsitziges Verkehrsflugzeug zur Durchführung von Rundflügen von München nach Passau. Der Abflug in München erfolgt am Samstag, den 4. Oktober 1930 um 13.30 Uhr. Der Rückflug wird am Sonntag, 5. Oktober, 17.30 Uhr, angetreten. Der Flugpreis beträgt pro Person RM. 35.— für den einfachen Flug. Anmeldungen werden erbeten an das Luftreisebüro der Süddeutschen Luft-Hansa A.-G. München, Promenadeplatz 19 (Hotel Bayerischer Hof), Telephon 6492 50 und 6492 51.

In der Rotkreuz-Landesversammlung am Samstag, den 4. Oktober, 9 Uhr vormittags, im großen Mathildensaal, Mathildenstr. 4/I, werden Oberregierungsrat Schmidt vom Ministerium für Landwirtschaft und Arbeit (Abteilung Landwirtschaft) über „Vermehrter Gebrauch einheimischer Erzeugnisse, ein Gebot der Stunde", Schwester Thekla Zürn, Kreisfürsorgerin der Oberpfalz über „Praktische Mitarbeit der Frauenzweigvereine vom Roten Kreuz bei der amtlichen Fürsorge" und Regierungsmedizinalrat Dr. Glatzel, Kolonnenarzt der Sanitätskolonne München, über „Infektion und Desinfektion" sprechen. Bei der großen Bedeutung, die besonders das erste Vortragsthema, das auch mit einer kleinen Ausstellung hochwertiger, einheimischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse verbunden sein wird, bei der augenblicklichen Wirtschaftskrise für die Allgemeinheit hat, sind alle Hausfrauen, auch wenn sie nicht dem Roten Kreuz angehören, als Gäste willkommen.

Zirkus Krone hat seine österreichische Tournee beendet, reiste durch Italien, gastierte in Mailand und Turin und ist gegenwärtig in Lyon (Frankreich), wo die Vorstellungen und die Organisation des deutschen Zirkus äußerst lobend beurteilt wird.

Café Fürstenhof. Die angestellt gewesenen tschechischen Musiker sind entlassen worden.

Bayerischer Volksbildungsverband. Der Bayer. Volksbildungsverband kann seinen Mitgliedern und den angeschlossenen Verbänden zu der Musikwoche vom 1. bis 13. d. M. der „Vereinigung für zeitgenössische Musik" Karten zu halbem Preise abgeben. (Geschäftsstelle Wittelsbacher Palast, Brienner Straße 50/0.

Der Reichsbund Deutscher Papier- und Schreibwarenhändler e. V., Ortsgruppe München, teilt uns mit: Es dürfte dem Publikum nicht allgemein bekannt sein, daß die Verkaufserlaubnis an den Oktoberfest-Sonntagen für den Stadtbezirk links der Isar heuer auch auf Papier- und Schreibwaren und Reise-Andenken ausgedehnt wurde und diese Geschäfte ebenfalls in der Zeit von 12 bis 18 Uhr zur Deckung eintretenden Bedarfs geöffnet sind.

Bayer. Kunstgewerbe-Verein e. V., München. Dienstag, den 30. September 1930, 20 Uhr, findet Hauptversammlung im Saale, Pfandhausstraße 7/I, statt.

Film in der Kritik

Phoebus-Palast. Schon als man las, daß Herr Eichberg Regie führte, war es klar, daß, gleichviel, ob er ein gutes oder schlechtes Manuskript verarbeiten würde, er stets in der Lage sein würde, jeden etwa durchgeführten Gedanken zu verzehren und alles plattzuschlagen. Im Falle des Films „Der Greifer" traf nun der komplett instinktlose Regisseur auf ein schlechtes Manuskript, so daß ans Publikum Zumutungen gestellt werden, die man nur als Unverfrorenheit bezeichnen kann. Weder Witz noch Spannung, dafür aber viel Lärm, alles auf der Stufe der einst grassierenden üblen „Sherlock-Holmes"-Heftchen. Das deutsche Publikum hat gar keine Ursache, sich derlei Zeug heute noch widerspruchslos bieten zu lassen; wir unsererseits wollen uns jedenfalls zur Stimme dieses Publikums machen und uns gegen den Filmschund wenden.

Das einzige, was dem Film noch etwas Leben gibt, ist das vorzügliche Spiel von Hans Albers.

Ringkämpfe im Zirkus Krone

Am Mittwoch siegte im ersten Kampf des Abends Otto Wilkekamp (Holland) über Hugo Podzuhn (Deutschland) nach 20 Minuten durch Ausheber mit Mühle. Sadurski (Rußland) blieb Sieger im Kampf gegen Heinz Koch (Deutschland) nach 22 Minuten durch Hüftschwung. Langer (England) und Essaw (Deutsch-Ostafrika) trennten sich nach 25 Minuten unentschieden. Den technisch vollwertigsten Kampf des Abends lieferten sich Banack (Schleswig-Holstein) und Alexius (Luxemburg). Banack, stets etwas überlegen, behielt die Oberhand nach 23 Minuten durch Untergriff von vorne. Neumann (Dänemark) siegte in der 19. Minute über Ernst Scholz (Brandenburg) durch Kopfzug.

Am Donnerstag ringen: Trinkgeld (München) gegen Ernst Scholz (Brandenburg); Berthold (Frankreich) gegen Laptschinsky (Rußland); Davis (Liberia) gegen Alexius (Luxemburg); Kautzky (Bayern) gegen Normann (Lettland); Entscheidungskampf: Steschulat (Deutschland) gegen von Sidow-Blumberg (Deutschland).

Handel

Amtlicher Marktbericht des Preisfeststellungsausschusses für den Schlachtviehmarkt München.

A. Lebendviehmarkt. Gesamtmarktauftrieb: 509 Ochsen, 875 Bullen, 1010 Kühe, 403 Jungrinder (von 3 Monate bis 2 Jahre). Summa Großvieh: 2797 Stück. 2145 Kälber, 2023 Schweine.

B. Fleischmarkt (geschlachtete Tiere). Gesamtmarktbestand: 572 Stück Großvieh, 22 Kälber, 641 Schweine, 402 Schafe, 5 Ziegen, 10 Ferkel.

Schlachtviehpreise (für 1 Pfd. in Reichspfennigen): I. Lebendviehmarkt. Ochsen, vollfleisch., ausgemäst., höchsten Schlachtwerts 54—58*, sonst. vollfleisch. Ochsen 48—53, fleisch. 41—47. — Bullen, jüng., vollfleisch. höchsten Schlachtwerts 50—53*, sonst. vollfleisch. oder ausgemäst. Tiere 46—49, fleisch. 42—45. — Kühe, jüng., vollfleisch. höchsten Schlachtwerts 43—47*, sonst. vollfleisch. oder ausgemästete Tiere 30—42, fleischige Tiere 30—37, gering genährte 20—29. — Kalbinnen, vollfleisch., ausgemäst., höchsten Schlachtwerts 52—57*, sonst. vollfleisch. 40—51. — Kälber, beste Mast- und Saugkälber 77—80*, mittl. Mast- und Saugkälber 72—76, gering genährte Kälber 68—71. — Schweine: Vollfleischige Schweine von 240—300 Pfd. Lebendgewicht und vollfleisch. Schweine von 200—240 Pfd. Lebendgewicht 56 bis 60, vollfleischige Schweine bis 200 Pfd. Lebendgewicht 57—63*, Sauen 44—50. (Die Preise verstehen sich für nüchtern gewogene Tiere.)

II. Fleischmarkt. Großvieh (geschlachtet in Vierteln): Frischfleisch bester Beschaffenheit 95 bis 105, mittlerer Beschaffenheit 81—94, geringerer Beschaffenheit 70—80. Gefrierfleisch: Vorderviertel 58, Hinterviertel 66. — Schweine, geschlachtet: Vollfleischige Schweine von 180 bis 225 Pfund Schlachtgewicht, und vollfleischige Schweine von 150—180 Pfd. Schlachtgewicht 70 bis 76*, vollfleisch. Schweine bis 150 Pfd. Schlachtgewicht 77—85*. — Schafe, geschlacht.: beste Mastlämmer und jüngere Masthammel 90 bis 92, mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gut genährte Schafe, fleischiges Schafvieh und gering genährte Schafe und Lämmer 55—89.

Marktverlauf: Großvieh: Langsam. Auftrieb: 2797, Rest: 443 Stück. — Kälber: Mäßig belebt. — Schweine: Sehr schleppend. — Schafe: Sehr ruhig.

* Für einzelne Tiere bester Beschaffenheit wurden Preise über Notiz bezahlt.

Nürnberger Hopfenmarktbericht. 250 Ballen Zufuhr, 150 Ballen Umsatz. Gehandelt wurde schließlich Hallertauer zu 60—95 M. Tendenz unverändert fest.

Allgäuer Butter- und Käsebörse, Kempten. Molkereibutter 117—123 (Vorwoche 117—123), Qualitätszuschlag nach Statistik der Vorwoche im Durchschnitt 9.7 Pf. Tendenz ruhiger. — Weichkäse mit 20% Fettgehalt grüne Ware 30—32 (30—32). Tendenz unverändert. — Allgäuer Emmenthaler mit 45% Fettgehalt 80 bis 102 (80—102). Tendenz unverändert. — Die Preise sind Erzeugerverkaufspreise ab Lokal oder ab Station des Börsengebietes ohne Verpackung für ein Pfund.

Aus der Bewegung

Sektion 24, Thalkirchen-Obersendling.

1. Pgg. der Ortsgruppe Süd, besonders aus Thalkirchen, die sich an unserem Orchester und an unserem Chor beteiligen wollen, finden sich zu den Proben (Orchester Montags, Chor Mittwochs) im Gasthaus Kiechle, Münchener Str. 2, ein. Anfragen an Eberhard Zehetmayr, Gg.-Hallmaier-Str. 8/II.

2. Welcher Pg. ist in der Lage, uns vollständige Besetzungen hierzu zur Verfügung zu stellen?

3. Sektionsabend jeweils Freitag 8 Uhr.

Ortsgruppe München-Süd.

Am Donnerstag, den 2. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus „Müllerbad", Hans-Sachs-Straße 8, Zusammenkunft der Ortsgruppenleitung, der Sektionsleitungen und deren Kassiere und Schriftführer statt. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich.

*

Ortsgruppe Gern-Nymphenburg mit Sektion Nord-West (Borstei) und Moosach.

Freitag, den 3. Oktober, abends 7.30 Uhr, öffentlicher Sprechabend im Ortsgruppenlokal, Gerner Straße 20. Redner: Pg. Hauptlehrer Bauer. Alle Parteimitglieder sorgen dafür, daß der Sprechabend von Gästen und von Volksgenossen, welche unserer Bewegung noch fernestehen, besucht wird. Alle Mitglieder, besonders aber die neuen Parteigenossen, haben an den Sprechabenden die beste Gelegenheit, sich mit allen Fragen, welche für Kleinarbeit, ebenfalls von Mund zu Mund, einschlägig sind, vertraut zu machen.

*

Deutscher Frauenorden „Rotes Hakenkreuz".

Sprechstunde: Jeden Mittwoch 5—7 Uhr in der Gau-Geschäftsstelle, Schellingstr. 37/I.

*

Deutscher Frauenorden-Rotes-Hakenkreuz. Ortsgruppe Stadt-Mitte

hat am Donnerstag, den 2. Oktober, Mitgliederversammlung. Erscheinen für Ordensschwestern Pflicht. Gäste willkommen.

*

Hitler-Jugend München.

Alle Hitlerjungens (einschließlich Jungmannschaft) treffen sich von jetzt ab jeden Freitag, abends von 7.30 bis 9 Uhr, im Turnsaal der Schrenckschule (Straßenbahnhaltestelle der Linie 19 und 29, Landsberger-Schrenckstraße).

Nächste Zusammenkunft: Freitag, den 3. Oktober. Turnhose, Trikot und Schuhe mitbringen. Bei Nichterscheinen Entschuldigung!

*

Ortsgruppen Au und Giesing.

Freitag, den 3. Oktober 1930, Abschiedsabend der bisherigen Ortsgruppenleitung im Franziskanerkeller an der Hochstr., 1. Stock (Terrassensaal). Bericht über die Neuorganisation der Ortsgruppen. Musikalische Darbietungen. Erscheinen sämtlicher Parteigenossen Ehrenpflicht!

*

Deutscher Frauenorden, Rotes Hakenkreuz. Jungmädchengruppe.

Freitag, den 3. Oktober, nachmittags 4.30 Uhr, Erlernung von Volkstänzen bei Fräulein Irene Brack, Ismaninger Straße 75 (Trambahnlinie 9, Haltestelle Sternwartstr.)

SPIEL-PLAN

Donnerstag, 2. Oktober.

National-Theater. „Feuersnot, Josefslegende". Anfang 7.30 Uhr.

Residenz-Theater. „Minna von Barnhelm". Anfang 8 Uhr.

Prinz-Regenten-Theater. „Mississippi". Anfang 8 Uhr.

Münchener Schauspielhaus. „Napoleon greift ein". Anfang 8 Uhr.

Theater am Gärtnerplatz. „Das Land des Lächelns". Anfang 8 Uhr.

Münchener Volkstheater. „Wasserscheu", Gastspiel Leopoldine Konstantin. Anfang 8 Uhr.

Freitag, 3. Oktober.

National-Theater. „Sly". Anfang 7.30 Uhr.

Residenz-Theater. „Die Lokalbahn. Die Medaille". Anfang 8 Uhr.

Münchener Schauspielhaus. „Sturm im Wasserglas". Anfang 8 Uhr.

Theater am Gärtnerplatz. „Das Land des Lächelns". Anfang 8 Uhr.

Münchener Volkstheater. „Wasserscheu", Gastspiel Leopoldine Konstantin. Anfang 8 Uhr.

Stadt-Theater Augsburg.

Donnerstag, 2. Oktober.

„Wallenstein". Anfang 8 Uhr.

Freitag, 3. Oktober.

„La Traviata". Anfang 8 Uhr

Theater in Nürnberg.

Donnerstag, 2. Oktober.

Schauspielhaus am Lorenzerplatz: Platzmiete C. „Lord Byron kommt aus der Mode". Anfang 8 Uhr.

Opernhaus am Ring: Platzmiete F und H. „Der Freischütz". Anfang 8 Uhr.

Freitag, 3. Oktober.

Schauspielhaus am Lorenzerplatz: Geschlossene Vorstellung.

Opernhaus am Ring: Geschlossene Vorstellung.

Stadt-Theater Würzburg.

Freitag, 3. Oktober.

Außer Abonnement. Preise B. Erstaufführung: „Der Kaiser von Amerika". Anfang 8 Uhr.

Landestheater Koburg.

Freitag, 3. Oktober.

Freitags-Dauerkarte, Vorstellung 6. Zum ersten Male! „Der Zar läßt sich photographieren". Hierauf: Zum ersten Male! „Arlecchino". Anfang 7.30 Uhr.

Film des Tages

Sendlingertor-Lichtsp., Sendlingertorpl. 11. „Rosenmontag" mit Lien Deyers, Matthias Wiemann, Peter Voß.

Bahnhof-Lichtspiele, Schillerstraße 4. „Hai-Tang" mit Anna May Wong, Franz Lederer.

Imperial-Theater, Schützenstraße 1a. „Skandal um Eva" mit Henny Porten.

Kapitol, Türkenstraße 89. „Das Halsband der Königin" mit Dianna Karenne.

Karlsplatz-Theater. Am Stachus. „Der Tiger".

Viktoria-Theater. Lindwurmstr. 25. „Der Tiger".

Fern-Andra-Lichtspiele. Nymphenburger Str. 136. „Menschen-Arsenal". „Der Leutnant Ihrer Majestät" mit Ivan Petrovich, Agnes Esterhazy, Lilian Ellis.

Marmorhaus, Leopoldstr. 35. „Zwei Herzen im ¾-Takt" mit Gretl Theimer.

Leopoldlichtspiele, Leopoldstr. 80. „Es war ein treuer Husar" mit Grit Haid, Ernst Rückert.

Kamera-Kino, Geibelstr. 6 n. d. Friedensengel. „Fruchtbarkeit". — „Ihr Spielzeug" mit Laura la Plante.

Phoebus-Palast, Sonnenstr. 8. „Der Greifer" mit Hans Albers.

Rathaus-Lichtspiele, Weinstr. 8. „Va banque" mit Lil Dagover.

Gloria-Palast, Stiglmaierplatz und **Schauburg,** Elisabethplatz. „Kapitän Halls große Liebe".

Film-Palast, Blumenstr. 29. „Kapitän Halls große Liebe".

Regina-Lichtspiele, Kaufingerstr. 23. „Der Würger".

Schloß-Theater, am Rotkreuzplatz. „Die Czikosbaroneß" mit Gretl Theimer, Ernst Verebes Esterhazy, Lilian Ellis.

Beerdigungen

Am 3. Oktober.

Ostfriedhof: Schaffrath Max, Kaufmann, 37 J., 3 Uhr. Hösl Anna, Rentnerin, 84 J., 3.45 Uhr. Mayr Joseph, Musiker, 61 J., 2.30 Uhr. Gunkel Katharina, Malerswitwe, 56 J., 9.30 Uhr (Feuerbestattung). Schmid Anna, Brauersgattin, 40 J., 9 Uhr (Feuerbestattung).

Westfriedhof: Braun Matthias, Betongesch.-Inhaber, 72 J., 2 Uhr. Stuber Georg, Kesselschmied a. D., 64 J., 2.30 Uhr.

Südlicher Friedhof: Wurst Wilhelmine, ehem. Sprachenlehrerin, 74 J., 11 Uhr. Spaeth Wilhelmine, Zimmervermieterin, 73 J., 11.30 Uhr.

Sendling: Zellhuber Anna, Maurersgattin, 27 J., 11.15 Uhr. Wagner Berta, Modistin, 25 J., 11.30 Uhr. Pöschl Johann, Werkmeister, 33 Jahre, 11 Uhr.

Nordfriedhof: Mayer Friedrich, ehem. Krongutsdiener, 66 J., 2.30 Uhr. Schmid Karl, Bahnverwalter a. D., 64 J., 3.30 Uhr. Eisenhofer Babette, Eisendreherswitwe, 60 J., 3 Uhr.

Waldfriedhof: Ruding Alois, Graveur, 61 Jahre, 2.30 Uhr. Göring Rolf, 3 J. 11 M. 3 Uhr. Helmes Johann, Landgerichtspräsident, 58 J., 3.30 Uhr.

Nachtrag zum 2. Oktober.

Ostfriedhof: Weber Xaver, Schäffler, 73 J., 4 Uhr.

Südlicher Friedhof: Mittermaier Matthias, Gütler, 59 J. (kommt nach Grafing).

Waldfriedhof: Pommer Else, Kaufmannsgattin, 36 J., 2 Uhr.

Zum Essen verlange man stets SW Tafelbutter
in allen einschlägigen Geschäften täglich frisch erhältlich, wo nicht, bitte Anruf 91836, damit ich das nächstliegende Geschäft bekanntgeben kann.
S. Winkimeier, Sendlingerstr. 30.

NEUE BILDERBÜHNE
Kulturfilmbühne Nürnberg
Bacher Straße 5 / Am Tiergärtnertor
Zur Eröffnung der Spielzeit 1930/31
Der neue Beyfuß-Film
„... den schickt er in die weite Welt!"
Eine Reise durch vier Erdteile
Fr / Mo / Di je 17.00 18.45 20.30 Uhr
Sa u. So je 15.00 17.00 18.45 20.30 Uhr
Nachmittags auch Jugend zugelassen

Geschäfts-Stenographen-Kurse, (Gab), 20 Std. 15 M. Anmeldung Montag, 6. Oktober, 19 bis 22 Uhr, „Adlerkrone", Hans-Sachsstr. 17/0

Noten- und Blumenständer neu, zu verkaufen. S. 1. Maximilianstr. 36/IV.

Echtes Waschbär-Pelzwerk zu verkaufen. S. 1. Clemensstr. 67/III links

Fabrikgelände
Für Maschinenfabrik geeignetes Grundstück od. bestehendes Fabrikanwesen ca. 1 ha groß, mögl. mit Gleisanschluß zu kaufen gesucht!
Ang. u. 20383 a. d. „V. B."

Ab Samstag, den 11. Oktober 1930 befindet sich mein Geschäft
Sonnenstraße 19
zwischen Landwehrstraße und Postscheckamt, neben dem Konfektionshaus Singer & Co.
Bis dahin in meinem alten Geschäft Sendlingertorplatz 10
billige, bedeutend ermäßigte Verkaufsangebote in allen Abteilungen.
Kaufhaus OTTO MADLENER / MÜNCHEN / Sendlingertorplatz 10

Messing-Schilder
STEMPEL REUTHER Augustenstr. 39
EMAIL-SCHILDER
Gravier-Arbeiten

Unsere Anzeigen haben nachweisbar größten Erfolg

CAFÉ FÜRSTENHOF
München Otto Seeländer Neuhauserstr. 21
Der ideale Aufenthalt! Täglich nachmittags und abends
erstklassige Konzerte
der ganz hervorragenden, rein deutschen Kapelle
Violine ..... Wittighausen
Klavier ..... Grundmann
Baß ..... Kohlhelm
Cello ..... Katzenberger
Trompete ..... Thärigen
Posaune ..... Schaudinn
Pauker ..... Binder
Flöte ..... Birke
Oboe ..... Ostersehlt
Saxophon ..... Fegeler
Eintritt frei! Mäßige Preise!

Dem Winterkampf entgegen

Der „Nazi"

Eine Pressestimme aus dem Banat.

Durch das Wahlergebnis wurde der Nationalsozialismus zum Gespräch der ganzen Welt. Nun ist auch die marxistische Lüge von der „Partei der Hakenkreuzbanditen und Mordbuben" in sich zusammengebrochen. Die 6,5 Millionen nationalsozialistischen Wähler haben gesprochen. So beginnt man, uns nun mit anderen, mit ehrlicheren und objektiveren Augen in vielen Auslandsblättern als bisher zu betrachten. Auch die „Banater Deutsche Zeitung" mußte ihre bisherige Haltung uns gegenüber korrigieren. In ihrer Ausgabe vom 23. September schreibt sie:

(K. M.) „Nazi" ist im trotzig-lustigen Gegensatz zu „Sozi" konstruiert und wird in Deutschland als volkstümliche Bezeichnung für den Nationalsozialisten, den Hitler-Mann, gebraucht; nicht zuletzt von den „Nazis" selber. Daß diese Hitler-Leute aber ein gewaltiger Machtfaktor geworden sind im Reich, weiß der Leser, der den Ausgang der deutschen Reichstagswahlen vom 14. d. M. überdachte: der Nationalsozialismus, die N.S.D.A.P. (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei), stürmte von den zwölf Reichstagssitzen der vorletzten Wahlen mit einem Schlag zu einhundertsieben empor und wurde aus einem Fraktiönchen die zweitstärkste Partei Deutschlands. Unter solchen Umständen lohnt es sich wohl, der nationalsozialistischen Bewegung im Reich eine Betrachtung von unparteiischer Warte aus zu widmen, sine ira et studio, zumal das rasende Großwerden des Hakenkreuzes vor allem Frankreich fast aus dem Gleis warf, und auch in deutschen Landen bestürztes Raunen und Kopfschütteln umherschleicht. Mein jüngster viermonatiger Aufenthalt in verschiedenen Teilen Deutschlands und die Fühlungen, die ich dort mit verschiedenen Menschen nehmen konnte, ermöglichen mir, der Frage sachkundig an den Leib zu rücken.

Um die Werbekraft des Hitlergedankens zu charakterisieren: ich redete in Sachsen, Westfalen und im Rheinland mit Lehrpersonen von allerhand Schulen, mit Beamten, kleinen Leuten, Wirtschaftern, Studenten, und in sehr vielen Fällen wurden die deutschkühlen Menschen, sobald ich das Gespräch auf den Nationalsozialismus brachte, überraschend warm, traten aus sich heraus und bekannten: Auch ich bin ein „Nazi".

In Wiesbaden geschah es, daß eine alte, sichtlich sanfte, feine Frau in einer Buchhandlung nach der Inseratenaufnahme für eine örtliche Zeitung fragte und der Buchhändler sie an „Mosse" verwies. Da kam das Weib außer sich, fuhr hoch, stampfte auf: „Mosse? Zu Mosse? Niemals! Ich bin Nationalsozialistin!" Ich war zufälliger Zeuge.

Und ich sah zahllose Jugend, blühende blonde deutsche Jugend mit leuchtenden Augen hinter dem Hakenkreuz marschieren; sie gehörte allen Schichten des Volks an, fand sich im Hitler-Gedanken; Arbeiterjungen, Fürstensöhne, Hochschüler und Bauern. Es war ganz kurze Zeit nach dem Abzug der Franzosen aus den Rheinlanden, der Welsche haßte die „Nazis", duldete nicht einmal ihre Tageszeitung, den „Völkischen Beobachter", da begegnete mir am Abend in einer sonst keineswegs zu Extremen neigenden, vielmehr wohltemperierten Rheinstadt ein Menschenzug fast ohne Ende, straff in Einheiten gegliedert, von vielen Bannern überragt, mit einem Trommler- und Pfeiferkorps in seiner Mitte, marschierend wie wohlgeschulte Soldaten, mit hingebungsvollen Gesichtern, alten und jungen, ihr Fahnenlied singend: Nationalsozialisten; im Nu hatten sie sich mehrtausendköpfig organisiert gehabt, und wie organisiert!

In Mainz sah ich durch eine finster blickende kommunistische Menge an den Rheinanlagen der Dampfer vier Radfahrer lächelnd fahren: und sie hatten das Hakenkreuz am Wimpel, junge Burschen, richtige Typen alter Germanenzeit.

Dann sprach Hitler in Frankfurt a. M.: 20 000 Menschen drängten sich in der Halle und Zahllose mußten draußen bleiben; im Saal raste ein Begeisterungs- und Kampfsturm, als brauste Thor hammerschwingend über die nordische Welt. Und dabei war Adolf Hitler „nur" Bauarbeiter, ehe er zu dem Manne emporwuchs, den die „München-Augsburger Nachrichten", eine keineswegs nationalsozialistisch gerichtete Tageszeitung, an Hand einer Kritik des Hitler-Buches „Mein Kampf" genial hießen; der Kritiker ging so weit, das Buch neben Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" zu stellen.

Wer die seelische und materielle Not des deutschen Volkes monatelang zu beobachten Gelegenheit hatte wie ich jetzt wieder, kann leicht verstehen, daß Millionen in einem solchen Programm den Wegweiser zur Rettung aus der bedrängten Lage zu erkennen vermeinen.

Denn da liegt den tränenschweren Augen etwas Neues vor, ein der nordischen Eigenart Angepaßtes, den Rassegedanken geschickt Anklingendes, eine starke Andeutung deutscher Besonnenheit, die keine fremdrassige Vormundschaft brauche und zurückfinden wolle zu blutgemäßem Gesittungsausdruck.

Die Bewegung ist „idealistisch" aufgezogen, ohne Frage; inwieweit ihre Werbekraft auch praktisch gestaltungsfähig sein könnte vom Augenblick an, wo der „Nazi" Regent Deutschlands sein wird, vermag ich noch nicht zu erkennen. Wohl aber glaubt man zu fühlen: noch eine Reichstagswahl, und nicht 6,5 Millionen, sondern 10 und mehr stimmen für den „Nazi".

Nationalsozialistische Hochburgen in der Pfalz

An 1. Stelle.

Sommersheim 166 (9). — **Rodt b. Edenkoben** 372 (52) als zweitstärkste Partei D.V.P. 187 (257). — **Siebeldingen** 149 (15). — **Mackenbach** 267 (35) als zweitstärkste Partei K.P.D. 52 (59). — **Miesenbach** 187 (19). — **Fußgönnheim** 360 (68). — **Gimmeldingen** 277 (31). — **Hardt bei Neustadt a. d. Hardt** 286 (72). — **Lachen-Speyerdorf** 363 (80). — **Meckenheim** 273 (77). — **Mußbach** 594 (136). — **Künschweiler** 221 (56) als zweitstärkste Partei Zentrum 72 (78). — **Saalstadt** 101 (49). — **Thaleischweiler** 346 (119). — **Thalfröschen** 144 (34). — **Windsberg** 163 (7) alle übrigen Parteien zusammen 94 Stimmen. — **Winzeln b. Pirmasens** 246 (30). — **Bisterschied Bez. Rockenhausen** 147 (54) alle übrigen Parteien zusammen 45 Stimmen. — **Duchroth-Oberhausen** 341 (83) alle übrigen Parteien zusammen 187 Stimmen. — **Oberhausen a. Appel** 89 (41) alle übrigen Parteien zusammen 49 Stimmen. — Obermoschel 129 (10). — **Sembach** 125 (2) alle übrigen Parteien zusammen 96 Stimmen. — **Wartenberg-Rohrbach** 104 (4) alle übrigen Parteien zusammen 24 Stimmen. — **Niedermiesau** 137 (39). — **Battenbach Bez. Zweibrücken** 128 (39). — **Dellfeld** 136 (15). — **Hornbach** 346 (43). — **Ixheim b. Zweibr.** 492 (253). — **Krähenberg** 91 (10) alle übrigen Parteien zusammen 28 Stimmen. — **Langwieden** 74 (29) alle übrigen Parteien zusammen 30 Stimmen. — **Mittelbach** 150 (47). — **Rieschweiler** 103 (9).

*

An 2. Stelle.

Annweiler 724 (61). — **Altleiningen** 123 (13). — **Grünstadt** 567 (171). — **Hördt Bez. Germersheim** 305 (24). — **Deidesheim** 200 (27). — **Ebertsheim** 169 (90). — **Obrigheim** 149 (5). — **Schaidt** 124 (69). — **Germersheim** 497 (140). — **Kandel** 522 (60). — **Sondernheim** 205 (18). — **Alsenborn** 220 (6). — **Otterberg** 325 (14). — **Göllheim** 154 (17). — **Diedesfeld** 119 (2). — **Herxheim b. Landau** 403 (5). — **Queichheim b. Landau** 287 (90). — **Lambrecht** 483 (164). — **Waldfischbach** 372 (45). — **Rockenhausen** 192 (95). — **Gries** 102 (31). — **Contwig** 300 (86). — **Lingenfeld** 367 (46). — **Minfeld** 162 (8). — **Weingarten** 145 (2). — **Frankenstein** 133 (54). — **Weilerbach** 190 (2). — **Kirchheimbolanden** 429 (136). — **Edesheim** 191 (75). — **Maikammer** 352 (40). — **Landstuhl** 674 (267). — **Rodalben** 503 (277). — **Alsenz** 161 (24). — **Glanmünchweiler** 101 (14). — **Waldmohr** 174 (70).

*

Weitere beachtliche Erfolge:

Ludwigshafen a. Rhein 3. Stelle 8661 (1455). — **Frankenthal** 4. Stelle 1473 (327). — **Speyer am Rhein** 3. Stelle 1836 (414). — **Haßloch** 3. Stelle 861 (42).

Fast die gesamte Rednertätigkeit, mit wenigen Ausnahmen in den größeren Städten, wurde durch unsere Gauredner bestritten. Kaum einige Dörfer, in denen keine nationalsozialistische Versammlung stattfinden konnte. Unsere 33 Gauredner hatten über 1200 Versammlungen zu bemeistern, eine Aufgabe, der sie im höchsten Maße gerecht wurden. Unermüdlich stand die S.A. Tag und Nacht im Dienst, zum Versammlungsschutz, zur Flugblattverteilung und zur Plakatierung.

Wenig oder fast nichts las man von uns Pfälzern im „V. B.". Wir haben, wie all die Jahre her, selbst unter den widrigsten Verhältnissen der Besatzungszeit, unsere Ideen in Stadt und Land getragen, ohne daß die Parteigenossen in den anderen Gauen durch Versammlungsberichte auf uns aufmerksam wurden. Die „Berichte" liegen uns Pfälzern nicht.

Gleichviel, wie in allen übrigen Gauen unseres Vaterlandes steht auch bei uns in der Pfalz das Hakenkreuzbanner. Das hat der 14. September bewiesen.

Anordnung der Gaupressestelle Hessen

1. An alle verantwortlichen Pressewarte sei nochmals die Mahnung gerichtet, daß alle Manuskripte und Berichte gleich welcher Art, soweit sie zur Veröffentlichung in Frage kommen, in zweifacher Ausführung zum Versand an die Gaupressestelle kommen müssen, da nicht nur der „Hessenhammer" als Gauorgan mit diesen versehen werden muß, sondern auch das Zentral-Organ der Bewegung, der „Völkische Beobachter".

2. Es sei schon jetzt darauf hingewiesen, daß ein für die Pressearbeit in Hessen bedeutsames Rundschreiben der Gaupressestelle in den nächsten Tagen in Versand kommt. Diejenigen verantwortlichen Leiter der Ortsgruppen usw. und Pressewarte, die bis 10. d. M. ein solches Rundschreiben nicht erhielten, wollen sich von diesem Datum an unverzüglich an den Gau wenden.

Der Gaupressewart von Hessen.
gez. Erich Berger.

Berufsbeamte und Nationalsozialismus

Frage und Antwort

Der Reichsbund der Amtmänner, Landesverband Sachsen, hat an die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, München, ein Schreiben gerichtet, in dem er um Stellungnahme zu seinen beamtenpolitischen Forderungen bittet. Die Fragen des Reichsbundes der Amtmänner lauteten folgendermaßen:

Ist die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei bereit:

1. das deutsche Berufsbeamtentum öffentlich rechtlichen Charakters außerhalb des Rahmens des Arbeitsrechtes zu erhalten, zu sichern und zu festigen und die wohlerworbenen Rechte der Beamtenschaft zu schützen?

2. allen Bestrebungen, durch Übertragung von Dienstgeschäften der Beamten auf Angestellte und Arbeiter das Berufsbeamtentum einzuschränken, stärksten Widerstand entgegenzusetzen?

3. dem Hineinströmen berufsfremder, nicht oder nicht genügend vorgebildeter Elemente, die nur aus parteipolitischen Gründen Beamte werden sollen, energisch zu begegnen und nur auf Grund von ausreichenden Kenntnissen, Leistungen und Charakter ein Anrecht auf die Beamtenstellung zu geben?

4. die Bildungsbestrebungen und Einrichtungen, welche die allgemeine und fachwissenschaftliche Fortbildung der Beamten und damit die Hebung der Kenntnisse und der Leistungsfähigkeit sowie wirtschaftlichen Verwendbarkeit zum Ziele haben, ideell und materiell zu unterstützen, insbesondere die Vollreife einer neunstufigen höheren Lehranstalt als Vorbildung für die gehobene mittlere Beamtenschaft zu fordern?

5. für die Durchführung einer Verwaltungsreform, die sich nicht in einem verschleierten Beamtenabbau erschöpft und einen Abbau wohlerworbener Beamtenrechte in sich schließt, sondern von einer organischen Umgestaltung des Verwaltungskörpers ausgeht, einzutreten und die Beamtenorganisationen bei der Inangriffnahme der Vorarbeiten als mitwirkenden Faktor einzuschalten?

6. die dringliche Neuregelung des Beamtenrechts und der Reichsdienststrafordnung im Sinne eines einheitlichen Rechtes für alle Beamte zu fördern, wobei die bereits vorliegenden Entwürfe der neuen Beamtengesetzgebung entsprechend anzuordnen sind?

7. für die Beseitigung der Fehler und Härten in der Besoldungsgesetzgebung einzutreten und jede Kürzung der Beamtengehälter und Pensionen (Notstandsbeihilfen, Unterstützungen) energisch zu bekämpfen?

8. die grundsätzlichen Ansprüche aller Versorgungsberechtigten in vollem Umfange aufrechtzuerhalten?

9. jeder einseitigen Sonderbesteuerung der Beamtenschaft stärksten Widerstand entgegenzusetzen?

10. die freien und parteipolitischen Beamtengewerkschaften zu bekämpfen, und

11. für Wahrung und Erhaltung der staatsbürgerlichen Rechte der Beamtenschaft einzutreten?

*

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat auf die Anfrage folgende Antwort gegeben:

„Auf ihre gefällige, an unsere Parteileitung in München gerichtete Zuschrift vom 29. August dieses Jahres, die uns von dort zuständigkeitshalber zur Stellungnahme übermittelt worden ist, erwidern wir ergebenst, daß unser praktisches Verhalten zu den die Beamtenschaft berührenden Fragen im Reichstage jederzeit eindeutig bewiesen hat, daß wir uns ohne jede Einschränkung zum Berufsbeamtentum bekennen und uns die Erhaltung, Sicherung und Festigung seiner Existenzverhältnisse zur ernstesten Aufgabe gemacht haben.

Wir können die in Ihrem Schreiben aufgeworfenen elf Fragen, mit Ausnahme der Fragen 7 und 10, ohne weiteres mit Ja beantworten.

Soweit der Punkt 7 in Betracht kommt, war es immer unser Bestreben, die in der Besoldungsgesetzgebung in die Erscheinung getretenen Fehler und Härten insbesondere für die unteren und mittleren Beamten, nach Möglichkeit zu beseitigen. Der etwaigen Absicht, die Gehälter und Pensionen dieser Beamtenkategorien zu kürzen, würden wir uns auf das schärfste widersetzen. Wir haben aber anderseits auch nie einen Zweifel darüber gelassen, daß die Gehälter der höchsten Beamtenstufen, in erster Linie natürlich der Reichs- und verschiedener Länderminister, zuzüglich der übrigen Beamten entsprechend herabgesetzt werden müßten, und daß die Höchstpension den Betrag von jährlich 12 000 Reichsmark nicht übersteigen soll.

An diesem Standpunkt müssen wir im Hinblick auf die wachsende Not der breiten erwerbstätigen Schichten unseres Volkes festhalten.

Zu Punkt 10 bemerken wir, daß unsere Partei die Zumutung, die Gewerkschaften an sich zu bekämpfen, entschieden ablehnen müßte, weil sie sie für notwendige Einrichtungen hält. Soweit einzelne Gewerkschaften, wie das in der letzten Zeit namentlich die sogenannten „freien" Gewerkschaften getan haben, sich für parteipolitische Sonderinteressen einspannen lassen, sind wir natürlich gewillt, einem solchen Mißbrauch den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen."

Die Lawine rollt . . . auch in Oesterreich

Unser Gautag in Krems

Vor acht Tagen fand in Krems der niederösterreichische Gauparteitag der Hitler-Bewegung statt.

Weinbauersöhne aus der Wachau, knorrige Waldviertler Bauern, Arbeiter und Bauern aus dem Marchfeld, und wiederum Arbeiter, Angestellte und Bauern aus den Kreisen Wiener-Neustadt, Baden und St. Pölten, nebst starken Abordnungen aus Wien — per Kraftwagen, Bahn und Dampfschiff, zu Fuß und zu Rad, in hellen Scharen rückten sie an, so daß sie Krems, die alte, gastfreundliche Stadt, kaum fassen konnte!

Von allen Häusern grüßten Fahnen und Wimpel, Festesjubel und herzliches Willkommen entstrahlte jedem Antlitz, fast war kein Haus bis in die weiteste Umgebung, das nicht eine ganze Schar von Gästen zu beherbergen und zu versorgen hatte. So ward Krems im Nu in ein Hakenkreuzheerlager verwandelt, in dem es jedoch recht friedlich und frohgemut zuging.

Samstagnachmittag begannen die Beratungen und Sitzungen. Der Landesleiter Alfred Proksch gab eine ausführliche politische Übersicht, in der er u. a. ausführte:

„Der Sieg unserer Partei im Reiche legt den österreichischen Nationalsozialisten eine besondere Pflicht auf. Auch in Österreich ist die Partei in ihrer Entwicklung erfreulich vorwärts geschritten und wird in den kommenden Monaten den Beweis dafür erbringen, daß sie sich auch in Österreich mit derselben Wucht durchsetzt."

Neben dem Parteitag wurden eine Reihe von Parallelsitzungen abgehalten. Es tagten die Gemeinderäte, die Fürsorge- und Ortsschulräte und die nationalsozialistischen Lehrer.

An die Beratungen schloß sich ein Fackelzug an, wie ihn Krems noch nie gesehen. Unsere braunen Kolonnen wurden stürmisch umjubelt und begrüßt von der begeisterten Bevölkerung, die sich zu dichten Spalieren drängte.

Abends fand eine Riesen-Festversammlung statt, und die begeistert aufgenommenen Worte des Landesleiters lassen sich in den einen Satz zusammenfassen:

„Der prächtige Verlauf des Gauparteitages, der völlig im Zeichen des so unerhört siegreichen 14. Septembers steht, beweist an und für sich schon, daß nun auch in Österreich der Nationalsozialismus Adolf Hitlers gewaltig und erfolgreich durchdringt. Und wenn in kurzer Zeit schon draußen im Reiche die Entscheidung fällt, so wird sie auch uns hier in der Ostmark gerüstet finden!"

Auch die Ausführungen des Gauführers von Niederösterreich, Oberleutnants Leopold, waren ein Appell an die Massen, Treue und Disziplin gegen Volk, Führer und Bewegung stets zu bewahren, der Lohn werde nichts Geringeres sein als der Sieg des wiedererwachten Deutschtums in der Welt.

Eine überfüllte Parallelversammlung bewies die begeisterte Beteiligung der Bevölkerung von nah und fern. Propagandaleiter Seidl, Dr. Zeidler und der Gauleiter von Kärnten, Herzog, fanden stürmischen Beifall.

Der Festtag wurde ebenfalls zu einer beispiellosen Kundgebung. Um 5 Uhr früh kam ein Sonderschiff aus Wien, 6 Uhr begann die Tagwache mit Musik, 8 Uhr fand eine feierliche, tief zu Herzen gehende Heldengedenkfeier vor dem Sappeurdenkmal statt, 9 Uhr: Feldmesse am Hauptplatz.

Der Rapport meldete einen Ausrückungsstand von 2736 Mann. An die 4000 Nationalsozialisten in Zivil sind überdies zu zählen.

Gauführer Leopold ergriff sodann das Wort zu einem flammenden Appell an alle, einzurücken in die deutsche Einheitsfront Adolf Hitlers. Nicht oft hat eine Ansprache eindrucksvoller und begeisternder geklungen und gewirkt als jene kurze, doch so schwunghafte und überzeugende Festrede des niederösterreichischen Gauführers. Den Abschluß bildete ein nicht endenwollender Festzug.

Unerhörter Jubel brach los, ein wahrer Blumenregen aus den Fenstern der reich beflaggten Häuser deckte die Kraftwagen der Führer wie auch die marschierenden Braunhemden zu; von Krems bis Stein und durch das rote Stein gleichfalls unter Blumen und Fahnen hindurch, wieder zurück nach Krems — ein einziger wahrer Triumphzug! Beim Sappeurdenkmal als Höhepunkt und Abschluß die Defilierung. Höchste Steigerung des Jubels, höchste Steigerung der Strammheit der Marschierenden, höchste Begeisterung!

Damit war der Gautag beendet. Er wird jedem Teilnehmer, aber auch jedem Kremser unvergeßlich bleiben! Er wird ein Ansporn zu neuer, zielbewußter, nimmermüder Arbeit sein.

Niedriger hängen!

Einem Spatzengehirn ins Stammbuch

Es gibt Grenzen des politischen Anstandes, die auch von einem Mitglied der — zwar an Verleumdung und Rüpeleien aller Art gewöhnten — Sozialdemokratie nicht überschritten werden sollten. Der Verfasser des Aufsatzes „Politik der Woche" in der famosen „Deutschen Republik" Josef Wirths ist anderer Ansicht. Hört es, ihr Nationalsozialisten, was dieses Mitglied einer Partei, welche bei jeder Gelegenheit den „ethischen" Boden so sehr betont, auf dem sie sich angeblich befindet, über unseren Führer zu sagen hat:

> „Aus den Radi-Abfallhaufen der Münchener Bierkeller zur deutschen Sonne aufgestiegene Größe".

Mit diesen Worten glaubt er den Führer einer Partei von fast 7 Millionen Wählern abzutun, dessen flammendem Idealismus und dessen Glauben an das deutsche Volk und seine Mission in der Welt das Deutsche Reich wieder einmal seine Geltung unter den anderen Völkern zu verdanken haben wird.

Von derartigen Pamphleten pflegte Friedrich der Große bekanntlich zu sagen: „Niedriger hängen!" Auch in diesem Fall scheint es uns angebracht, allen Mitgliedern und Wählern unserer Partei immer und immer wieder die Methoden und Praktiken vor Augen zu führen, die angewendet werden, eine Bewegung zu diskreditieren, die der roten Mißwirtschaft ein Ende mit Schrecken bereiten soll und muß.

Die schlotternde Angst vor dem gleich einem Phönix aus der Asche des sozialistischen Schutthaufens emporgestiegenen Nationalsozialismus steckt den Roten so in den Knochen, daß jedes Maß von Anstand durch die Devise: „Verleumden und Kotwerfen um jeden Preis" ersticken muß. Hilft diese Methode noch nicht allein, so nimmt man zum Verbergen der eigenen Angst noch den Popanz des Putsches oder aber das Mittel der scheinbaren Nichtbeachtung, der Verkleinerung zu Hilfe. Hören wir daher, was die Schreiberseele noch für Offenbarungen von sich zu geben hat:

> „Die Sieger bei der Wahl (die Nationalsozialisten) haben ein Interesse, sich einige Zeit vergessen zu machen. Sie feiern nur unter sich und gebärden sich nach außen nett und harmlos. Das hat tiefere Gründe, man hat sich überstiegt. Der Rausch verflog. Adolf Hitler hat noch nicht zum Marsch nach Berlin kommandiert."

Damit nun den zwar ängstlichen, aber noch nicht ganz überzeugten Gemütern der ganze Schreck, die „große Gefahr", recht vor Augen geführt wird, wirft er den weiteren Trumpf auf den Tisch, indem er zu der Verleumdung noch die Gemeinheit fügt, nämlich:

> „Die nationalsozialistische Revolution soll erst gewagt werden, wenn sie kein Risiko mehr ist. Die Nationalsozialisten ziehen es heute vor, sich die Macht zu erschleichen."

So schreibt das Mitglied einer Partei, deren ganzes Sinnen und Trachten darauf gerichtet ist, einem schwarz-roten Bündnis nunmehr jedes Hindernis aus dem Wege zu räumen, um die Wähler unserer Partei um die Früchte des Sieges zu prellen. Er macht denn auch kein Hehl aus diesem Willen, wenn er den Zentrumswählern und allen, die einfältigen Gemütes sind, wohl auch nicht zuletzt der Regierung Brüning, die Mahnung zuruft, ja um Gottes willen nicht mit Hitler zu verhandeln, denn:

> „Es gibt ein sicheres Mittel, die illegalen Pläne der Nationalsozialisten doch noch zur Ausführung kommen zu lassen, wenn man auf ihre legalen Vorschläge eingeht. Man wartet, bis es sicher ist, daß die Reichswehr nicht schießt. Deshalb die Bereitwilligkeit zum Eintritt in die Regierung. Wer mit Hitler Koalitionsgespräche führt, öffnet ihm den Weg zu Putschen."

So, Mitglieder und Wähler der Partei, jetzt wißt ihr es. All eure Anstrengungen, aus dem roten Sumpf und der Mißwirtschaft der letzten 10 Jahre herauszukommen, all euer Idealismus, euer Glaube an Deutschland und seine Zukunft soll eitel gewesen sein; ihr habt euch nur in den Dienst egoistischer Interessen eures Führers gestellt und seid dessen nicht einmal gewahr geworden.

Erst Werner Thormann, so heißt der edle Schreiber des erwähnten Artikels, mußte euch darauf aufmerksam machen, daß Rot und Schwarz es nicht dulden wollen, daß auch eure Stimme gehört wird in Berlin. Aber er dürfte die Rechnung ohne die Wähler und unseren Führer gemacht haben. Die zweitstärkste Partei des Reichstages einfach zu vergewaltigen, ist ein Unterfangen, wozu der Herkules erst noch geboren werden müßte.

Aus der Engstirnigkeit des Gedankens, die 107 Abgeordneten unserer Partei einfach mattzusetzen, sie von jeder produktiven Mitarbeit auszuschalten, spricht nur die schlotternde Angst vor dem endlichen Ausfegen des Augiasstalles, zu dem Rot und Schwarz in innigem Bunde seit 10 Jahren das Baumaterial zusammentrugen.

Wir werden den Herkules stellen, der es vollbringt.

Gau Groß-München

Geschäftsstelle: Schellingstr. 37/1, Telephon 23 5 94, Postscheckkonto München Ad. Wagner Nr. 27588. Parteiverkehr: 10—12 Uhr vorm. und 3—7 Uhr nachm., Samstags 10—1 Uhr. Rechtsauskunft: Samstags 4—6 Uhr nachm.

Rechtsauskunftsstelle. Der Gau richtet ab sofort jeden Samstag nachm. zwischen 4 und 6 Uhr eine Rechtsauskunftsstelle ein. Die Pg. bekommen gegen Vorzeigung ihrer ordnungsgemäßen Mitgliedskarte und Entrichtung einer Gebühr von 20 Pf. (Erwerbslose frei) Auskunft über alle Rechtsfragen. Zum Leiter der Auskunftsstelle ist Pg. Rechtsanwalt Dr. Hofmann ernannt.

*

Bund deutscher Mädchen
i. d. Hitler-Jugend e. V., Leonrodstr. 40, 2. St.

Samstag/Sonntag, den 4./5. Oktober, Wanderung. Näheres an den vorhergehenden Heimabenden.

Versammlungssturm in Wien

14 Massenversammlungen in zwei Wochen

Am 14. September saßen auch in Wien tausend Parteigenossen, bald den Klängen der S.A.-Kapelle lauschend, bald die verkündeten Wahlresultate bejubelnd, beisammen bis in die Morgenstunden.

Schon am nächsten Tag verkündeten Hunderte roter Plakate den Sieg unserer Bewegung und luden zu den ersten 7 Massenversammlungen, die in den darauffolgenden vier Tagen stattfanden.

Am Dienstag waren beim Stalehner über 2500 Menschen versammelt und jubelten den aus dem Reiche zurückgekehrten Rednern zu, waren doch Gauleiter A. E. Frauenfeld, Geschäftsführer Blahut und H.J.-Gauleiter Kirchner mehrere Wochen im Reiche als Redner tätig gewesen.

Nach Musikvorträgen der S.A.-Kapelle und Eröffnung der Versammlung durch Pg. Stefan Kroyer sprach Gauleiter Frauenfeld über den Wahlsieg in Deutschland und seine Auswirkungen und seine Erlebnisse im Wahlkampf, in dem er in sieben Gauen in 30 Versammlungen gesprochen hatte. Das Deutschlandlied und stürmische Kundgebungen, die sich noch auf der Straße fortsetzten, beschlossen die Versammlung.

Weitere sechs folgten in den nächsten drei Tagen, in den größten Sälen Wiens. Alle dicht gefüllt, trotzdem die Polizei die Musikwerbeumzüge verboten hatte . . . Man scheint hier wirklich nicht von den Ereignissen im Reiche lernen zu wollen! . . . Es sprachen in diesen Versammlungen außer den bereits angeführten Rednern die Pg. Kroyer, Raimund und Ballusched.

Samstag und Sonntag ging es dann mit einem Sonderschiff die Donau aufwärts nach Krems, am Eingange der Wachau, zur Niederösterreichischen Gautagung, zu der sich mehr als 1000 Parteigenossen aus Wien begaben.

Dann ging der Versammlungssturm in Wien weiter. Die Regierungskrise und das rote „Volksbegehren" lieferten den Anlaß.

Der unerhörte Korruptionsskandal bei den Bundesbahnen, der anläßlich eines Presseprozesses zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangte, bot der N.S.D.A.P. Gelegenheit, zwei Führer der völkischen Eisenbahnergewerkschaft in zwei Massenversammlungen Gelegenheit zu geben, als Kenner dieser Verhältnisse vor einem großen Forum über diese unerhörten Vorfälle zu berichten.

Unterdessen beschäftigte sich bereits die ganze Wiener Presse mit der Tatsache, daß Dr. Walter Riehl und der deutschsoziale Verein, die vor Jahren von dem genugsam bekannten Herrn Schulz aus der Partei geekelt worden waren und mit der Wiener Gauleitung schon lange in Verbindung standen, nunmehr endgültig ihren Übertritt zur Hitlerbewegung zu vollziehen beabsichtigten und aus diesem Anlaß auch der Führer der sudetendeutschen Nationalsozialisten, der Abg. des Prager Parlamentes Ing. Jung, nach Wien kam, um gemeinsam mit Dr. Riehl und Gauleiter Frauenfeld in den „Sofiensälen" in einer Massenversammlung zu sprechen und so die Verbundenheit aller Nationalsozialisten ohne Rücksicht auf die Grenzen, die die Willkür der Feinde gezogen hat, sichtbar zum Ausdruck zu bringen.

Diese Versammlung war seit dem Gauparteitag im Mai, dem Dr. Goebbels und Hauptmann Goering beigewohnt hatten, die größte Veranstaltung des Jahres. Bereits bei der Saalöffnung drängten sich hunderte Leute an den Eingängen dieses großen Saales. Etwas nach 8 Uhr marschierte unter den Klängen des Standartenmarsches die S.A. Wiens unter Vorantritt ihrer Sturmfahnen in den Saal, stürmisch bejubelt von der bereits tausendköpfigen Menge. Bald darauf erscheinen die Redner des Abends, Abg. Jung, Dr. Walter Riehl, Gauleiter Frauenfeld, begleitet von dem Obf. O. der S.A. Herman Reschny, und betraten, begleitet von den prächtigen S.S.-Leuten den Saal, von der Versammlung stürmisch begrüßt. Schon eine halbe Stunde vorher wegen Überfüllung polizeilich gesperrt, bot der Saal mit seiner tausendköpfigen, dicht gedrängten Menschenmenge einen erhebenden Anblick. Mächtige Hakenkreuzfahnen wehten von den Galerien und Logen, riesige Spruchbänder warben für S.A., Partei und den „Kampfruf". Der Sekretär der Sofiensäle stellte fest, daß er noch nie eine so große Menschenmenge in diesen Sälen gesehen hatte. Bedenkt man, daß in dieser Woche schon sechs Massenversammlungen, alle gut besucht, zum Teil polizeilich gesperrt, stattgefunden hatten und zur selben Stunde eine Versammlung in Floridsdorf lief, so kann man ermessen, welche Stoßkraft die Hitlerbewegung in Wien bereits besitzt.

Abg. Jung sprach in fesselnder Rede über die Verbundenheit aller Nationalsozialisten und betonte, daß die österreichische Bewegung nur als ein Teil der großen deutschen denkbar sei. Er beleuchtete die Wichtigkeit des Nationalsozialismus für jene Deutschen, die heute außerhalb des Deutschen Reiches stehen müssen, und zeigte die Wege einer Außenpolitik auf, wie sie zum Nutzen aller Deutschen aussehen müßte.

Dr. Walter Riehl, der unter großem Beifall das ihm vor neun Jahren von Adolf Hitler verliehene Parteiabzeichen wieder anlegte und die Auflösung des deutschsozialen Vereins mit diesem Tag verkündete und alle zum Übertritt in die Hitlerbewegung aufforderte, sprach von den Fehlern und Irrungen, nach denen er und eine Reihe alter Nationalsozialisten wieder in die Reihen ihrer Bewegung zurückgefunden haben, und er betonte, daß diese Eingliederung ohne Bedingungen aus ihrer inneren Verbundenheit mit der Bewegung und ihrem Führer heraus erfolgt sei.

Zum Schluß ergriff Gauleiter Frauenfeld das Wort und umriß die Sendung der Bewegung in Österreich. Seine Worte klangen in eine aus tiefstem Herzen kommende begeisterte Huldigung und ein erneutes Treuegelöbnis für Adolf Hitler aus. Die Musik fiel mit dem Deutschlandlied ein, die Festbeleuchtung flammte auf, fünftausend Menschen erhoben sich von den Plätzen und sangen mit erhobener rechten Hand das Lied, das so zu einem Schwur an unserem obersten Führer und dem Reich, das er uns bauen wird, wurde.

Vierzehn Massenversammlungen in zwei Wochen. Der Sturm geht weiter, Wahlen stehen vor der Türe; wir trommeln. Wir trommeln das deutsche Wien wach!

STAATLICHE LOTTERIE-EINNAHME
AUBELE
MARIEN-PLATZ 1

Hier winkt Ihr Glück!
Gesamtgewinne ca.
114 Millionen
Ziehung I. Klasse 24. und 25. Oktober
STAATLICHE LOTTERIE-EINNAHME
AUBELE
Marienplatz 1, München
Durchgehend geöffnet von 1/2 9 Uhr bis 1/2 7 Uhr
Postscheckkonto 4344 Telephon 91621 23
Lospreis pro Klasse: 1/8 Los RM. 5.-, 1/4 Los RM. 10.-,
1/2 Los RM. 20.-, 1 ganzes Los RM. 40.-.
Amtlicher Gewinnplan kostenlos

Für die Glückwünsche und Geschenke zu unserer Vermählung herzlichsten Dank
Otto Schmidt und Fr. Helene geb. Knauft
Presse- u. Propag.-Leiter d. N.S.D.A.P. Schlesw.

Nochmal richtig wählen!
Diesmal aber bei der Wahl Ihrer Vertretung. Wer besucht:
1. Krankenkassen und -häuser,
2. Zahnärzte und Dentisten
3. Bau- bezw. Forstämter
4. Landkundschaft
Wenn Sie meine Artikel mitführen, ist es nochmals ein Sieg, aber f. Sie persönlich. Machen Sie mit?
Paul Lemberg, Ingen., Breslau II
Chemische und technische Fabrik.

Markenfirma
der Nahrungsmittelbranche mit Monopolstellung sucht gute in Bayern
a) bei Groß- und Kleinhandel, Reformhäusern u. a., sowie
b) in Hotels u. Gaststätten eingeführte
Stadt- und Bezirksvertreter
für neuzeitl. Nährmittel bezw. Spezialartikel bei guten Umsatzprovisionen. München und Nürnberg ausgenommen. Tätigkeitsbericht u. 14563 a. d. „V.B."

Geschäftsleiterin/Teilhaberin
Kaufmännisch durchaus versierte, repräsentable Dame mit langjähriger Praxis, Kenntnissen in englisch, französisch und italienisch, organisatorisch befähigt, sucht
tätige Beteiligung
an solidem Unternehmen.
Freundliche Angebote mit Angabe der Sicherstellung der zu investierenden Summe unter Nr. 14584b an den „V.B."

Teilhaber
Ich suche zur Auszahlg. einer Zwangsvergleichsquote einen Herrn mit 10—15000 RM. Der Betrag genügt zur Weiterführung der über 30 Jahre bestrenommierten Sport- u. Büromöbelfabrik. Der betr. Herr soll Mitinhaber d. Firma werden. Sicherheit vorhanden. Off. an **R. Bunzel, Leipzig C 1, Wittenberger Straße 6**, in Fa. Leipziger Sport- und Turngerätefabrik

Pg. sucht zur Ablösung verschiedener Hypotheken
RM. 45 bis 50000 an erster Stelle
auf großes Grundstück, Fabrik und Wohnhaus. Die Fabrik ist kürzlich abgebrannt und wird noch vor Winter mit den Versicherungsgeldern modern und besser wie früher wieder aufgebaut. Hierdurch und durch den schätzungsweisen Wert des gesamten Anwesens von RM. 140000 ist gute Anlage gewährleistet. Eile ist nicht erforderlich. Die Ablösung soll nach restloser Klärung aller Punkte gelegentlich erfolgen. Nur Selbstgeber-Parteigenossen bitte ich um Zuschrift unter 20381 an den „V. B."

Welches **Textilunternehmen**
gibt jungem, strebsamem
Chemiker-Koloristen
mit 2½jähriger vorwiegend Druckereipraxis, der infolge schlechten Geschäftsganges abgebaut wurde, Gelegenheit, wieder in Druckerei, Färberei oder Bleicherei zu arbeiten, allenfalls auch als Volontär? Ein Dipl.-Ing., Pg., SA-Mann, war Ortsgruppenführer. Angebote unter 14582 a. d. „V.B."

Die kommende Inflation

Partei-genossen!
Trefft Ihr
W. Gärtner
aus Essen, so veranlaßt, daß er seine Anschrift dringend nach Essen, Nähe Wasserturm, angebe.

Zwangsverkauf fast unter Wert
Metallbetten, weiß o. schwarz lack., 24 M.
Stahldrahtmatratze mit Steilig. Auflege- u. Kopfteil, Satin, grau-weiß oder rot, mit Afrik 35 M. (jedes Maß); mit Auflage blau-gold, Jacquarddrell 44 M. in bester Ausführung u. Füllung. Bei Nichtgefallen nehme anstandslos zurück. Franko-Lieferung jed. Bahnstat. per Nachnahme.
Albrecht Fritzsche, Seelingstädt bei Werdau i. Sa.

Für 2.50 RM. Vollpension bietet Parteigenosse in Ostseebadvilla (gemütl. Kleinstadt) gegen
Darlehen
von 1000—1500 RM. oder Vorauszahlung. Wenn Dauerpension nicht in Frage kommt wird außer Zinsen 8 Wochen freier Badeaufenthalt geb. Hyp. Eintrag. Ang. unt. 14572 a. d. „V. B."

Eilt!
Parteigen., welcher sich in groß. Not befindet, sucht von edeldenkendem Parteigen. 1000—1200 Mark zu leihen geg. zeitgem. Zinsen und monatl. Abtrag von 50 RM. Sicherheit vorhanden. Offert. an Pg. Jos. Möller, Hofaschenbach, Hünfeld-Land, H.-N.

Wer finanziert ein kleines Schuhgeschäft mit
1000 Mark
(nur von Pg.). Sicherheit vorh. Off. u. 20335 a. d. V. B.

1 Rasierapparat kostenlos
senden wir Ihnen bei Bestellung von 50 Rasierklingen zu 2.50 RM. Und in einem schönen Geschenk-Etui verpackt zu 3.— RM. Das alles sendet Ihnen portofrei die „Gritt"-Rasierklingenfabrik in Solingen 2

Deutsche! Eßt deutsche Butter, deutschen Käse!
Molkereibutter jede Menge, Schlesische Bürgerkäse 40% Fett, Kümmelkäse hat abzugeben
Molkerei Gertschsheim, Kreis Lauban.

Zwei Brüder
S.A.-Männer (Schlesier), 24 u. 22 Jahre alt, gel. Sattler u. Tapezierer, such. Stellung gleich welch. Art. Ang. erbet. an Paul Rauber, Glauchau in Sachs., Mittelgasse 11.

Junger, bilanzsicherer
Kaufmann
(Leder-, Rohleder- u. Schuhbranche), S.A.-Mann, sucht für sof. od. spät. Posten. Ang. unter 14565 an den „V. B."

Elektromonteur
S.A.-Mann, 21 J. alt, sucht weg. eingetretenem Arbeitsmangel Stellung. Verrichtet gern Nebenarbeiten mit. Best. vertr. mit der Errichtung landw. Anlagen sow. im Ortsnetzbau, an nur vorschriftsm. und sauber. Arbeiten gewöhnt. Gute Zeugn. vorhand. Ang. erb. a. Erw. Sieber, Henrietenhütte, Kr. Sprottau, Schlesien.

Tüchtiger
Herrenfriseur und Bubikopfschneider
Natf., 28 J. alt, mit gut. Zeugn., sucht sof. Stellung. R. Hartfiel, Wittenberge, Bezirk Pdm., Augustenstr. 44

Stellengesuch
Wer gibt erwerbsl. Parteigenoss. u. S.A.-Mann Stellung als
Chauffeur
Inh. d. Führersch. 3b, da derselbe weg. Betriebseinstellg. am 4. 5. 29 erwerbslos geworden ist. Off. unt. 20371 a. d. „V. B."

Jung. Mann, 24 J. alt, sucht zum 1. 11. od. 15. 11. Dauerstellung als
Chauffeur
(Führersch. 3b). Selbiger hat 1½ Jahre Fahrpraxis u. besitzt gute Zeugn. Ang. an A. Recknagel, Barkhausen b. Büren, Wf.

Student, Parteigen. (Volkswirtsch.), sucht
Volontärstelle
bei natf. Zeitung sof. od. später. Ang. unt. 14570 a. d. „V. B."

S.A.-Mann (Grenz.), 18 J. alt, Vollwaise, sucht Stelle als
Molkerei-Lehrling
Off. erbet. unt. 14568 an den „V. B."

Parteig. aus Hamburg, 33 J. alt, verh., sucht körperliche
Beschäftigung
im Lager od. sonst dergl., am liebsten b. Parteig. in Hamburg. Zusche. unt. 14580 a. d. „V. B."

Landwirt
S.A.-Mann, 3 Jahre Praxis, 4 Sem. Studium, cand. agr., w. Stellung als 2. Verwalter. Off. u. 20350 a. d. „V. B."

Vertrauensstellung
Parteigen., 30 Jahre, sucht Vertrauensstellg. gleich welch. Art. Gute Zeugn. vorhand. Ebenso gut beleumund. Angebote unter 20350 an den „V. B."

Suche zum 1. Nov. od. spät. Stellg. als
Praktikant
in einer kl. od. mittl. Geflügelfarm, Taschengeld erw. Prax. fast 2 Jahre. Angeb. unt. 14554 a. d. „V. B."

Deutscher Bezugsquellen-Anzeiger

Schmidtner **Möbel**
Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Einzelmöbel
Handwerkliche Arbeit, niedrige Preise, Teilzahlung, nur
Augustenstr. 59

Pelze
Mäntel Fohlen, Lamm, Seal, Bisam usw.
bis zu 12 Mon.-Raten ohne jed. Aufschlag
Kragen Neueste Form
Besatzfelle, Reparaturen, Umarbeitung billigst. Eigene Werkstätte
Alois Wutz, Dultstr. 1
Ecke Sendlinger Straße, geg. die M. N. N.

Bevorzugen Sie bei Ihren Einkäufen unsere Inserenten!

Sofie Ruppert
Müllerstr. 53 (n. Sendlingertorpl.)
Damenhüte
Reichhaltige Auwahl, billige Preise, individuelle Bedienung

S.A.- und S.S.-Leute
Schaftstiefel - Marschschuhe
Beste, wasserdichte Handarbeit, billigste Preise. Versand nach auswärts.
Kiermeier, München, Augustenstr. 58

Pianos
Flügel, Harmonium, nur beste Weltmarken
kaufen Sie am besten zu günstigen Zahlungsbedingungen
im Pianogeschäft
Fendl
München
St.-Paul-Straße 2 bei der Paulskirche
Mietpianos, Stimmungen

Hochwertige, anerkannte QUALITÄTSARBEIT unter Garantie. Besichtigen Sie unser MUSTER-LAGER
Polstermöbel
Dekorationen
Tapezier-Arbeiten
Ziegler & Köster
München Schommerstr. 3-4

Gewaltiger Preisabbau
bei
HEENE
MODEWAREN
München, am Karlstor
Filiale: Nürnberg, Kaiserstr. 9
vorm. Kahn & Samuel

Handschuhe
Stoff und Leder
am preiswertesten nur bei
Th. Kurringer
Weinstraße, im Rathaus

2
Minuten vom neuen
Parteiheim
ist das Spezialgeschäft für Schokoladen, Pralinen, Bonbons, Kaffee und Tee
Fr. Reuther
Wittelsbacher Passage im Hause d. Lichtspiele

ff. Wurst-, Fleisch- u. Aufschnittwaren
mildgesalzenen Schinken und Rauchfleisch, frisches Roastbeef, Salami, Servelat und alle üblichen Wurstwaren, in bester Qualität zu billigen Preisen
Th. Klaß, Wurstfabrik
München, Theresienstr. 25
(Ecke Amalienstr.) Telephon 27708

Gutschein für 10%
In bekannter Güte
Bodenwachs
1/1 Dose M. 1.70 1/2 Dose M. -.90
Bodenwachsbeize
gelb, rot und braun, 1/1 Dose M. 2.30 1/2 Dose M. 1.30
Karl Alllilllisch, Jakobsplatz 14
Tel. 25655, gegenüb. d. Angerkloster

Besichtigen Sie bitte meine 6 Schaufenster
Hugo Weiß
Ecke Isartorplatz - Rumfordstr. 57
Telephon 23917, Gegründet 1888
Weiß-, Woll- und Kurzwaren
Damen-, Herren-, Kinder- u. Bettwäsche, Strümpfe usw.
an Festbesoldete Kredit ohne Aufschlag
Braune Rabattmarken
Portofreier Versand

Gelegenheit!
ca. 50 **Küchen**
ca. 30 **Schlafzimmer**
10 — 20% unter Ladenpreis
VOGT München
Lindwurmstr. 140 Rgb.
Kein Laden.

Töpler
München
Reichenbachstr. 34
nächst Ecke Fraunhoferstraße
Straßenbahnhaltst. der Linien 5, 7, 15, 30

Gottlieb Müller
Tel. 51381 / München / Schommerstr. 19
Bereifung für Auto und Lastwagen
Jedes Fabrikat / Garagen-Schläuche
Technische Gummi- u. Asbestfabrikate

SPORT-ANZÜGE MÄNTEL
Nur erstklassige Werkstattarbeit
Maßanfertigung ohne Preisaufschlag
Gummi-, Ölhaut-, Loden- und Lederbekleidung
Norweger-Rucksack nur M. 24.75
Etagengeschäft
Chr. Schüner
MÜNCHEN 2 SW
Lindwurmstr. 129, I. Stock links - Tel: 70576

Wirklich gut passende Augengläser
erhalten Sie bei Diplom-
Optiker Deser
München
Schillerstraße 46
Telephon 57446
(am Hauptbhf.)
Ferngläser, Theatergläser, Barometer
Photo-Abteilung

PELZMÄNTEL
nach Maß
Fohlen-Mantel M. 210.—
Bisamrücken-Mantel M. 395.—
usw.
Kürschnerei
LUDW. TSCHIRK
MÜNCHEN
Reichenbachstr. 18/I Kein Laden

Strümpfe
die Sie nicht enttäuschen!
Waschseide, 4fach Sohle u. Ferse feinmaschig . . . . . M. 1.35
Waschseide, 4fach Sohle u. Ferse Neue Zeit . . . . . . M. 2.20
Waschseide 4fach Sohle u. Ferse Mignon . . . . M. 2.95
Wagners Sportana Woll-Vigogne nicht einlaufend nicht filzend, außerordtl. wärmd. M. 4.20
Braune Rabattmarken!
Georg Amtmann Nachf., gegr. 1885
Textilwaren, Reichenbachstr. 35

Stempel-Bock
München
Sendlingerstr. 54
Gravieranstalt mit Kraftbetr.
Metall- und Gummistempel-Fabrik
Emaill-Schilder
Datum- Nummeriermaschinen- Stahl- u. Messingstempel Schablonen
Klischees Siegel u. Petschafte
Messingtürschilder
Stempelkissen u. Farben
Versand nach Auswärts — Preisblatt gratis

Bäckerei
Feinbäckerei
Karl Kögl
Trappentreustr. 34
Telephon 57595

Reklamefachmann
Ingenieur - Kaufmann
langjähriger Geschäftsführer und Werbeleiter eines führenden Filmkonzernes, durchaus selbständige, vertrauenswürdige Persönlichkeit sucht Anstellung oder Arbeitsfeld als Filialleiter, Propagandist, Werbeleiter oder Reisevertreter. Kaution nötigenfalls vorhanden. Gegend gleich; Suchender wohnt in Leipzig. Angebote unter 14581 an den „V. B."

Allererste Kraft
der Brauerei- und Mälzerei-Branche sowie deren Rohstoffversorgung
routiniert in den modernsten Rationalisierungs-Methoden, durchgreifender Organisator, unabhängig, keine Beamten-, sondern Führernatur, weitblickender, elastischer, zielbewußter Beurteiler, erfkl. Finanz- und Einkaufspraktiker, äußerst repräsentable Erscheinung, beste Allgemeinbildung, universelles Wissen u. Können, 35 Jahre alt, Christ, streng national eingestellt, sucht, gestützt auf Ia Zeugn. u. Referenz., entsprechende Position, am liebsten in Mittel- oder Großbrauerei. Gefl. Angeb. unter 14583 an den „Völkischen Beobachter".

Kleine Anzeigen haben großen Erfolg!

Buchbinder-Gehilfe
Parteigen., 19 Jahre alt, bewand. in Satz u. Druck, sucht Stelle. Gefl. Angeb. erbittet Heinz Thoß, Meerane i. Sa., Martinstr. 10

Wer kann helfen?
Jung., zuverl., nüchterner Kraftwagenführer (Pg.), Führerschein 3b, sucht für sof. Stellg. Ang. unt. 14566 a. d. „V. B."

Junger
Mühlenkaufmann
Natf., 21 J. alt, an selbst. gewandt. Arbeiten gewöhnt, sucht veränderungsh. anderweitige aussichtsr. Position. Gefl. Ang. erb. unt. 14573 a. d. „V. B."

Junger, gebild.
Kamerad
ges. zwecks gemeins. Anlage und Aufbau einer Geflügelfarm in Bayern. Kenntnisse nicht erforderl., jed. Wille, unter größten Entbehrungen selbst. zu werden. Weibl. Anhang unzweckm. und unerwünscht. Angeb. mögl. mit Bild, Lebenslauf usw. unter 20376 a. d. „V. B."

Junger
Bäckergeselle
S.A.-Mann, 20 Jahre alt, der an flottes u. sauber. Arbeiten gewöhnt ist, sucht bald. Stellg. Off. an Alfr. Kogler, Waldorf a. d. Werra, Schafgasse Nr. 108.

Gesinnungsgenossin
22 J. alt, evang. Kindergärtnerin (Staatsexamen), sucht Beschäftigung in Privat od. Anst. Sie würde auch als Sprechstundenhilfe oder dergl. arbeiten. Gute Zeugnisse vorh. Ang. unt. 20374, N.S.D.A.P., Gau Hessen, Offenbach a. M., Friedrichsring 30/0.

Suche für m. Mädchen, 22 J. alt, welches sehr fleiß., saub. u. tüchtig ist, gute Stelle als
Alleinmädchen
Kann die Hausarbeit, auch etwas kochen u. nähen, und ist kinderlieb. Ang. m. Lohn an Frau Major Kanter, Bachendorf, Post Bergen II, Obb.

Verlangt in allen Gasthöfen u. Cafés unsere Zeitung!

Rund-Stempel
für Orts-, S.A.-, HJ-, Frauengruppen mit Aufschrift u. Hakenkreuz
nur RM. 3.-
Zeugmeisterei Ost Berlin SW 48, Hedemannstr. 10
Preisliste kostenlos!
nur beim ZEUGMEISTER

Deutsche Bausparkasse
sucht
Generalvertreter
in allen größeren Städten Deutschlands, außer Berlin.
Anschriften erbeten unter 20570 an den „V. B."

Vertrauens-Posten
sucht geschäftsgewandte, repräsentationsfähige, sprachenkundige Dame, perfekt in Stenographie, Schreibmaschine, Buchführung, Kassenwesen. Durchaus selbständig arbeitend. Beste Referenzen. Kaution vorhanden. Gefl. Zuschriften unter Nr. 14584 an den „V.B."

Kaufe
Eicheln und Kastanien
gute, trockene Ware, nur heurige Ernte. — Angebote an
Christian Weber, München,
Sebastiansplatz 9/II,
Fernsprecher 27728

OBACHT! OBACHT!
Billige Lebensmittel
Zufolge guter Ernte liefere ich meine Erzeugnisse, Bohnen- und Beerenkonserven, die Kilodose zu folgenden Preisen frachtfrei jeder deutschen Bahnstation bei jetzigem Bezug kistenweise à 50 Dosen, auch gemischt.
Stangenbohnen (Weiße Königin, geschnitten) . . . M. -.50
Buschbrechbohnen Hinrichs . . „ -.48
Johannisbeeren in Kristallzucker „ 1.05
Alles frisch von der Pflanze konserviert.
Hollwecksche Plantagenverwaltung
Ortenburg-Unterhausnet (Niederbay.)

Unsere Anzeigen finden weiteste Verbreitung!

Die verbesserte Staatslotterie
ca. 114 Millionen Gesamtgewinn
Daher eilen Sie sofort in den
Glückshafen Föll
Ziehung:
24. und 25. Oktober 1930
1/8 5 M., 1/4 10 M., 1/2 20 M., 1/1 40 M.
1 Doppellos 80 M.

Staatl. Lotterie-Einnahme **Föll** München Bahnhofplatz 2, Barerstraße 42
Tel. 21377, Postscheckk. 7760

Empfehle den werten Pg. meine
Ia. Thüringer Landwurstwaren
Ia. Cervelatwurst, Pfund 2.— M.,
Ia. Knackwurst, Pfund 1.80 M.,
Ia. Mettwurst, Pfund 1.60 M.,
Ia. Rot-, Leberwurst und Preßkopf, Pfund 1.30 M.,
Ia. fetter Speck, Pfund 1.30 M.,
Ia. Bauchspeck, Pfund 1.50 M.,
Ia. Schinkenspeck, Pfund 1.80 M.,
Ia. Nußschinken, Pfund 2.— M.,
Ia. fr. Bratwürste, 4 St. (1 Pfund) 1.40 M. Vers. per Nachnahme, portofrei
Max Otto, Fleischermeister, Marlishausen i. Thür.

Gelegenheitskauf!
Stereofriegstreiter-Kamera „Voigtl. Stereoflektoskop" nur 250 RM.
Betrachter Auflicht mit Projektionseinrichtung 120 RM.
Dynamischer Lautsprecher (Magnavox) 90 RM.
zu verkaufen. Vermittler 10 Prozent.
Müller, München, Königinstraße 65/II

Erika

Die Königin der Kleinschreibmaschinen
NEUES MODELL
EINFACHE UMSCHALTUNG
GERINGES GEWICHT
FLACHES FORMAT
Deutsches Fabrikat
Generalvertrieb:
Anton Schwarzmüller, München
Lindwurmstraße 141 / Tel. 73938

Töchterheim Gut Pentenried
bei Gauting (Bahnstrecke München—Starnberg)
Vornehmes, erstklassiges Töchterpensionat. Gründliche Ausbildung in allen hauswirtschaftlichen Fächern. Auf Wunsch Sprachen, Musik, Handelsfächer usw. Herrliche Lage in großem Park. Gelegenheit zu Sommer- und Wintersport. Anmeldung jederzeit. Prospekte gratis, beste Referenzen.

Daunensteppdecken
von M. 30.- an, Ausführung in Satin M. 55.-, 60.-, 65.- in reinen Volldaunenfüllungen
Bettfedern
von M. 1.- pro Pfd. an bis zur feinsten Daune zu M. 14.- pro Pfd. Muster und Preisliste gratis
Pommersche Bettfedern-Fabrik
Otto Lubs, Stettin-Grabow 78

Für Durchreise od. Aufenthalt in
Hamburg
habe schl. möbl. Zimmer mit 1—2 Betten billig abzugeben. Pg. Plewka, Grindelallee 29/I (b. Dammtor-Bahnhof).

Bitte um dringende Hilfe!
Suche 1—2 Zimmer, evtl. m. Kammer od. Küche. Off. unt. 14421 a. d. „V. B."

Für
Furnierschälwerk
sucht Parteigen. sof. tät. Mitarbeiter aus der Sperrholzbranche, mögl. unverh. Erw. Kapit. zirka 5—10 000 RM. Anfr. erb. unt. 14576 a. d. „V. B."

Zur Gründung einer
nationalen Schule
od. eines Heims wird v. feingeb., sehr erf. Lehrerin geb. Teilhaber (in) mit etw. Kapital ges. Off. unt. 20378 a. d. „V. B."

Zimmer
schön, sonnig, möbl. od. leer, per sof. an einzeln. Herrn oder Dame zu vermieten. Diehm, Nymphenburger Straße 96/3 l.

Fremdenheim Dr. Schmidt
München,
Landwehrstr. 42/I, Teleph. 52856. „Das Haus der Nationalsozialisten." Oliver, Remington,

Beschlagnahmefreie,
an der Elbe gel. schl. 3-Zimmerwohnung, Badezimmer u. Zubehör, monatl. Miete 50 M., für zirka 2500 Mark zum 1. 12. 30 abzugeben. Geld wird voll für Miete angerechnet. Näher. Kollmeyer, Magdeburg, Gr. Klosterstr. 11.

Wunderschöner Herbstaufenthalt
Märchenhafte Lage, inmitten von Wald u. Wiesen. Herrl. Gebirgsblick. 15 Min. vom Starnberger See. Zimmerpreis M. 1.50. Anfr. bei Frau Dr. Ruge, München, Leopoldstraße 33. F. 33801.

Gutschein Nr. 40
(8 Tage Gültigkeit)
Dieser Gutschein berechtigt Sie zur Aufgabe einer 30mm hohen einspaltigen Gelegenheitsanzeige (Stellengesl. bzw. sonstige Privatanzeigen — Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen —) zum Ausnahmepreis von nur 60 Pf. Jede Mehrzeile wird mit 7 Pf. pro mm-Zeile berechnet. Für die Zusendung der Chiffrebriefe ist Porto mit einzusenden, andernfalls erfolgt Zusendung gegen Nachnahme. Falls Belegexemplar gewünscht, sind 25 Pf. extra beizulegen.
Der Betrag liegt hier bei — ist auf Postscheckkonto 11346 eingezahlt — ist durch Postanweisung abgegangen.
Verlag „Völkischer Beobachter"
Anzeigen-Abteilung
Name: ____________
Wohnort: ____________
Straße: ____________
Eingangsstempel — Nicht beschreiben!

Volk schütze dein Eigentum